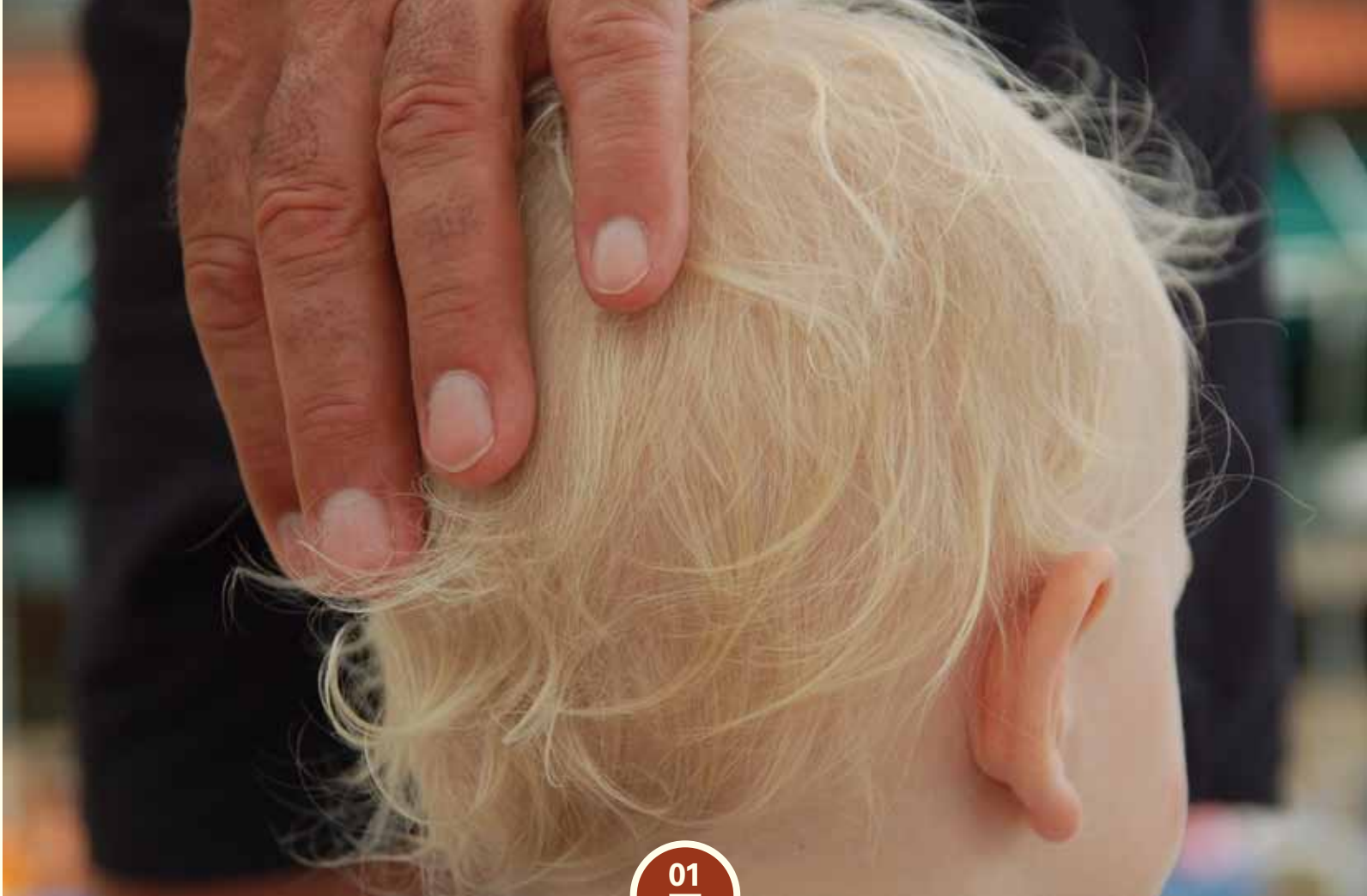




01
09

Der demografische Wandel in Baden-Württemberg

Herausforderungen und Chancen

 Reihe Statistische Analysen, 1/2009



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Gefördert durch die

Robert Bosch **Stiftung**



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Der demografische Wandel in Baden-Württemberg

Stand 30.04.2009

Artikel-Nr. 8033 09001
ISSN 1860-1197

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Gefördert durch die Robert Bosch Stiftung

Fotonachweis

© Christiane Nill/PIXELIO, © Jan Gropp/
aboutpixel.de, © Matthias Balzer/PIXELIO,
© mačka/aboutpixel.de, © bruno/aboutpixel.de,
© Stefan Hiller/aboutpixel.de, © Rainer Sturm/
aboutpixel.de, Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

01
09

Der demografische Wandel in Baden-Württemberg

Herausforderungen und Chancen

 Reihe Statistische Analysen, 1/2009

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Werner Brachat-Schwarz ■ **Mitarbeit:** Siegfried Angelmaier, Heidrun Baldauf, Franz Burger, Ivar Cornelius, Katrin Dietrich, Brigitte Fölker, Ingolf Girschbach, Dagmar Glaser, Christina Hackl, Monika Hin, Ariane Krentz, Jens Ridderbusch, Alexandra Schmider, Cornelia Schwarck, Cosima Strantz, Erich Stutzer, Michael Walker, Dr. Rainer Wolf ■ **Redaktion:** Jenny Reichert ■ **Technische Leitung:** Wolfgang Krentz ■ **DTP/Grafik:** Simela Exadakilou, Gabriele Vogel, Gabriele Hass, Florian Lenz ■ **Repro/Druck:** SV Druck + Medien GmbH & Co. KG

Vorwort



Der demografische Wandel betrifft uns alle. Es hat Konsequenzen, wenn Familien kleiner werden. Es betrifft uns, wenn Schulen womöglich schließen müssen, weil die Kinderzahlen stark zurückgehen und die Betreuung von immer mehr älteren Menschen auf den Schultern einer schrumpfenden Zahl junger Menschen lastet. Schließlich hat der demografische



Wandel erheblichen Einfluss auf die Finanzierung des Sozial- und Rentenversicherungssystems. Die Ausgangsbedingungen Baden-Württembergs zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels sind dabei günstiger als in der übrigen Bundesrepublik – hier lebt die jüngste Bevölkerung in Deutschland mit der höchsten Lebenserwartung im Vergleich aller Bundesländer. Dennoch wird die Einwohnerzahl im Südwesten nur noch wenige Jahre wachsen, und die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich auch in Baden-Württemberg gravierend verändern.

Die Frage, wie unsere demografische Zukunft gestaltet werden soll, muss deshalb heute beantwortet werden. Nur dann besteht Aussicht, dort, wo es möglich ist, nachteilige Entwicklungen rechtzeitig aufzufangen und die positiven Potentiale zu nutzen.

Denn: Die Bevölkerungsentwicklung bietet Chancen für unsere Gesellschaft – sei es für Unternehmer, die den Konsumgewohnheiten älterer Menschen Rechnung tragen und generationengerechte Produkte entwickeln, oder für Schüler und Studenten, die von kleineren Klassen, mehr Mitteln und verbesserter Qualität in Schulen und Hochschulen profitieren könnten.

Die Robert Bosch Stiftung und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg haben diese Zukunftsthemen aufgegriffen. Mit der Neuauflage dieser Broschüre werden die Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen des demografischen Wandels – soweit sie heute absehbar sind – auf aktueller Datenbasis faktengestützt für Baden-Württemberg aufbereitet. Eingebettet sind diese Ergebnisse in einen bundes-, europa- und weltweiten Kontext, um die Stellung Baden-Württembergs im demografischen Wandel zu verdeutlichen.

Stuttgart, im Juni 2009

Robert Bosch Stiftung

Dr. Ingrid Hamm
Geschäftsführerin

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Dr. Carmina Brenner
Präsidentin

Inhalt

1. Blick in die demografische Zukunft	9
1.1 Langfristige Wirkung demografischer Prozesse	11
1.2 Vorausrechnungen ja – Prognosen nein	11
2. Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg	13
2.1 Gesamtbevölkerung und deren Altersstruktur	15
2.2 Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse	16
2.3 Voraussichtliche Entwicklung in den Stadt- und Landkreisen	17
3. Geburtenentwicklung	19
3.1 Geburtenraten im internationalen Vergleich	21
3.2 Entwicklung der Geburtenrate seit 1890	22
3.3 Kinderzahl deutscher und ausländischer Frauen	22
3.4 Zusammenhang zwischen Geburtenhäufigkeit und Geburtenzahl	23
3.5 Kinderzahl von Frauen in Baden-Württemberg und Deutschland	24
3.6 Zahl der Kinder mit Geschwistern	25
3.7 Bildungsstand der kinderlosen Frauen	25
3.8 Geburtenraten in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs	25
4. Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten einer Generation	27
4.1 Keine Monokausalität	29
4.2 Zukunftsoptimismus steht gegen Zukunftspessimismus	29
4.3 Plurale Gesellschaft und Wertewandel	29
4.4 Schwierige Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit	30
4.5 Schwierige ökonomische Situation von Familien	31
4.6 Verlässliche Partnerschaft	32
4.7 Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter	32
4.8 Hohe Wertschätzung von Kindern	33
5. Lebenserwartung	35
5.1 Lebenserwartung gestern, heute und morgen	37
5.2 Lebenserwartung in den Bundesländern	38
5.3 Lebenserwartung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs	39
6. Zukünftige Altersstruktur der Bevölkerung	41
6.1 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	43
6.2 Entwicklung der Zahl älterer Menschen	44
6.3 Durchschnittsalter im Jahr 2025	44
7. Erwerbsbevölkerung und Erwerbsbeteiligung	47
7.1 Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung	49
7.2 Entwicklung der Erwerbspersonenzahl und deren Qualifikationsstruktur	49
7.3 Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer	50

7.4	Erwerbsbeteiligung von Frauen	50
7.5	Erwerbsbeteiligung von Migranten	52
8.	Kinderbetreuung, Schülerzahlen und Schulabschlüsse	55
8.1	Kinder und Jugendliche	57
8.2	Kinderbetreuung im Kleinkindalter	57
8.3	Künftige Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen	58
8.4	Schulabschlüsse im Generationenvergleich	60
8.5	Schulbesuch bzw. Schulabschlüsse ausländischer und deutscher Kinder	62
8.6	Hauptschüler nach Staatsangehörigkeit	62
9.	Konsequenzen des demografischen Wandels für die Sportvereine	63
9.1	Anzahl und Altersstruktur der Mitglieder in den Sportvereinen	65
9.2	Altersstruktur der Mitglieder nach Sportarten	66
10.	Folgen für die Sozialversicherung	67
10.1	Drei-Generationen-Verbund	69
10.2	Heraufsetzen des Renteneintrittsalters	69
10.3	Perspektiven für das Gesundheitswesen	71
11.	Pflegebedürftigkeit und Pflegekräfte	73
11.1	Aktuelle Situation	75
11.2	Pflegerisiko nach Altersgruppen	75
11.3	Künftige Entwicklung der Pflegebedürftigenzahl insgesamt	75
11.4	Künftige Entwicklung der Pflegebedürftigenzahl nach Pflegearten	76
11.5	Künftiger Entwicklung des Bedarfs an Pflegekräften	76
12.	Mobilität, Motorisierungsgrad und Pkw-Bestand	79
12.1	Mobilität heute und morgen	81
12.2	Motorisierungsgrad in den Stadt- und Landkreisen	82
12.3	Künftige Entwicklung des Pkw-Bestands	82
13.	Bevölkerungsentwicklung in Deutschland	85
13.1	Gesamtbevölkerung und deren Altersstruktur	87
13.2	Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern seit der Wiedervereinigung	88
13.3	Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern	88
13.4	Altersstrukturen 2050 in den Bundesländern	89
14.	Globale Bevölkerungsentwicklung	91
14.1	Voraussichtliche Entwicklung der Weltbevölkerung	93
14.2	Künftige Alterung der Bevölkerung in Europa	93
15.	Konsequenzen und Chancen einer alternden Bevölkerung	97

16. Spezielle Angebote des Statistischen Landesamtes	
zum demografischen Wandel und Anhang	101
16.1 Demografie-Spiegel – ein Angebot des Statistischen Landesamtes	103
16.2 Familienfreundlichkeit – Serviceangebote der FamilienForschung Baden-Württemberg	103
16.3 Demografische Zäsuren	104
16.4 Fachbegriffe und Methoden	105
• Alten- und Jugendquotient	105
• Bevölkerungsvorausrechnungen	105
• Demografie	105
• Geburtenrate	106
• Generatives Verhalten	106
• Erwerbsbeteiligung	106
• Familienstrukturen	107
• Krankheitskosten	107
• Lebenserwartung	107
• Migranten	107
• Migrationshintergrund	108
• Pflegebedürftigkeit	108
• Vorausrechnungen zur Mobilitätsentwicklung	108
• Wanderungsgewinn	108



1. Blick in die demografische Zukunft

- 1.1 Langfristige Wirkung demografischer Prozesse
- 1.2 Vorausrechnungen ja – Prognosen nein

1. Blick in die demografische Zukunft

1.1 Langfristige Wirkung demografischer Prozesse

Baden-Württemberg hat eine dynamische Bevölkerungsentwicklung hinter sich wie kein anderes Land Deutschlands und es blickt in eine spannende demografische Zukunft. Die Einwohnerzahl des Landes wird voraussichtlich nur noch einige wenige Jahre lang wachsen, aber sie wird gleichzeitig in einem Maße „altern“, wie wir es bisher noch nicht erlebt haben. Die Herausforderungen, die sich besonders aus den Verschiebungen in der Altersstruktur für unsere Gesellschaft ergeben, berühren praktisch alle Lebensbereiche: Von der Kinderbetreuung und dem Bildungsbereich über das Angebot an und die Nachfrage nach Arbeitsplätzen bis hin zu Fragen der sozialen und materiellen Sicherung im Alter.

Demografische Vorgänge wirken in der Regel langfristig und sind deshalb nicht mehr kurzfristig aufzuhalten oder gar umzukehren. Aus diesem Grund muss bereits heute eine Diskussion darüber geführt werden, wie die demografische Zukunft aussehen soll. Nur dann eröffnen sich Möglichkeiten, die Weichen so zu stellen, dass unerwünschte Entwicklungstendenzen möglichst verhindert werden. Damit gilt: Die künftige Bevölkerungsentwicklung und ihre Auswirkungen sind keineswegs nur als Schicksal zu bewerten, sondern es eröffnen sich Chancen, Altgewohntes zu überdenken und mit Blick auf künftige Entwicklungen zukunftsicher neu zu gestalten.

Um künftige Trends besser abschätzen zu können, bietet die amtliche Statistik seit etwa 40 Jahren Ergebnisse von Voraussrechnungen über die Entwicklung und Altersstruktur der Bevölkerung als wichtige Informationsgrundlage an. Die Voraussrechnungen, die für das Land insgesamt und auch für seine Teilräume durchgeführt werden, werden im Abstand von etwa drei Jahren aktualisiert und den veränderten Bedingungen angepasst. Dieser Publikation liegen die jüngsten Bevölkerungsvoraussrechnungen für Baden-Württemberg vom Oktober 2006 und Februar 2007 zugrunde.

1.2 Voraussrechnungen ja – Prognosen nein

Der athenische Staatsmann Perikles (495 v. Chr. – 429 v. Chr.) sagte: *„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf sie vorbereitet zu sein.“*

Die amtliche Statistik kann keine Prognose abgeben, wie viele Menschen im kommenden Jahr, geschweige denn im Jahr 2050, in Deutschland oder Baden-Württemberg wirklich leben werden. Allerdings können Aussagen darüber getroffen werden, wie sich die Bevölkerung unter der Zugrundelegung bestimmte Annahmen bezüglich der künftigen Geburtenrate, zur Lebenserwartung und zum Wanderungsgeschehen entwickeln wird.

Entsprechende Voraussrechnungen werden seitens der amtlichen Statistik Baden-Württembergs seit Ende der 60er-Jahre in der Form von „wenn – dann“-Aussagen durchgeführt. Beispielsweise wurden für die aktuelle Bevölkerungsvoraussrechnung die Annahmen getroffen, dass die Geburtenrate in den nächsten 50 Jahren so niedrig bleiben wird, wie sie heute ist, die Lebenserwartung wie in den vergangenen Jahren ansteigen wird und die Nettozuwanderungen sich im Rahmen der letzten Jahre halten werden. Wenn also diese Annahmen so eintreffen werden, dann wird die demografische Entwicklung so verlaufen, wie sie in der vorliegenden Broschüre dargestellt ist.

Allerdings basieren die Ergebnisse einer Bevölkerungsvoraussrechnung nicht ausschließlich auf Annahmen zur künftigen Entwicklung der einzelnen Einflussgrößen und damit auf unsicheren Ereignissen. Vielmehr ist die aktuelle Bevölkerungsstruktur bekannt, die einen erheblichen Einfluss auf die weitere Entwicklung hat. So werden die heute 40-Jährigen in 20 Jahren die Altersgruppe der 60-Jährigen bilden. Daran würde beispielsweise eine Unterschätzung der Lebenserwartung oder eine Überschätzung des Wanderungsgewinns nichts Entscheidendes ändern.



2. Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg

- 2.1 Gesamtbevölkerung und deren Altersstruktur
- 2.2 Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse
- 2.3 Voraussichtliche Entwicklung in den Stadt- und Landkreisen

2. Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg

2.1 Gesamtbevölkerung und deren Altersstruktur

Die Bevölkerungsentwicklung ist in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahrzehnten dynamischer verlaufen als in den meisten anderen Regionen Deutschlands. Seit der Gründung des Landes im Jahre 1952 hat sich die Einwohnerzahl um gut vier Millionen oder knapp zwei Drittel erhöht, sodass heute rund 10,75 Millionen Menschen im Südwesten leben. Baden-Württemberg hatte damit den mit Abstand höchsten Bevölkerungszuwachs aller Bundesländer. Hessen und Bayern folgen mit einem Plus von 40 % bzw. 38 %.

Der jüngsten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg liegen folgende Annahmen zugrunde:

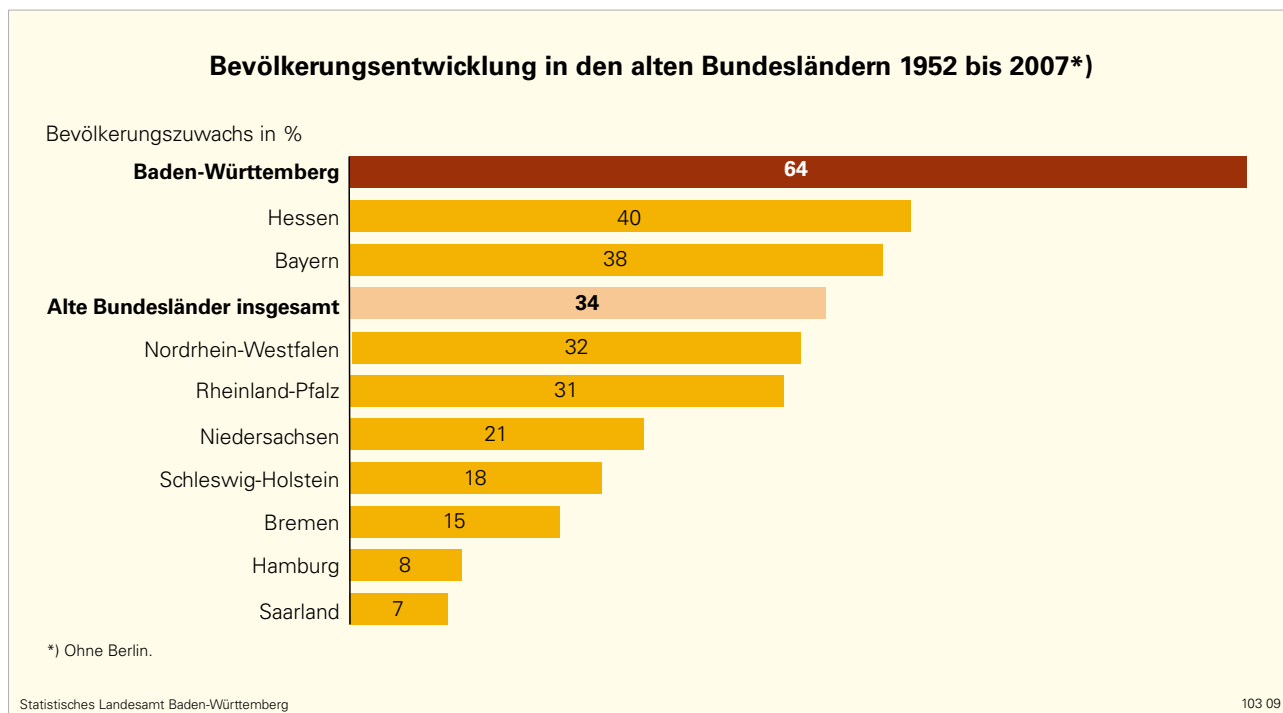
- Die Geburtenrate bleibt mit etwa 135 Kindern je 100 Frauen in Zukunft so niedrig wie sie heute ist.

- Die Lebenserwartung steigt ähnlich an wie in den letzten 30 Jahren, sodass diese im Jahr 2050 bei etwa 84 Jahre für Männer und etwas über 88 Jahre für Frauen liegen könnte; dies wären bei den Männern rund sechs Jahre mehr als heute, bei den Frauen immerhin gut fünf Jahre mehr.

- Der Zuwanderungsgewinn bis 2050 liegt bei 17 000 Menschen pro Jahr.

Unter diesen Bedingungen würde die Einwohnerzahl des Landes bis 2011 noch leicht auf rund 10,77 Millionen Menschen ansteigen, danach jedoch zurückgehen. Im Jahr 2050 hätte das Land dann nur noch knapp 9,7 Millionen Einwohner, also eine Million weniger als heute und damit ebenso viele wie 1990. Diese rückläufige Entwicklung ergibt sich daraus, dass künftig aller Voraussicht nach aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung Jahr für Jahr mehr Menschen sterben als Kinder geboren werden und die angenommenen Wanderungsgewinne nur noch kurze Zeit das Minus in der Bilanz aus Geburten und Sterbefällen ausgleichen können.

Schaubild 1



Die entscheidende Aussage betrifft nicht so sehr die Bevölkerungszahl insgesamt, sondern die gravierenden Verschiebungen im Altersaufbau. Zwar wird aller Voraussicht nach der Südwesten auch weiterhin – nicht zuletzt aufgrund seiner wohl auch künftig relativ günstigen Arbeitsmarktsituation – eine für Zuwanderungen attraktive Region bleiben, sodass deshalb erst ab dem Jahr 2012 mit einem zunächst moderaten Bevölkerungsrückgang zu rechnen sein wird. Dennoch wird der Südwesten sicherlich einen ähnlichen Alterungsprozess erleben, wie viele andere westdeutsche Regionen auch.

Ende 2000 gab es in Baden-Württemberg die historische Zäsur, dass hier erstmals mehr ältere Menschen lebten als unter 20-Jährige. Bereits heute liegt der Anteil der unter 20-Jährigen nur noch bei 21 %, der Anteil des Erwerbspersonenpotenzials, das heißt der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren, bei 55 % und der Anteil der 60-Jährigen und Älteren bei 24 %. Bis 2050 würde der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen auf 15 % sinken, der Anteil

der Menschen im erwerbsfähigen Alter auf 47 % zurückgehen und der Anteil der 60 Jahre und älteren auf 39 % ansteigen. Darunter befände sich ein Anteil von 7 % an Hochbetagten, d.h. Menschen im Alter von 85 und mehr Jahren. 40 % dieser Menschen sind heute pflegebedürftig. Wir erleben einen Alterungsprozess nicht etwa nur deshalb, weil die Zahl der älteren Menschen so stark zunehmen wird, sondern weil uns die Kinder fehlen.

2.2 Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse

In der Vergangenheit stellten die Wanderungsbewegungen den „Hauptantrieb“ für das Bevölkerungswachstum im Lande dar. Seit 1952 erhöhte sich die Einwohnerzahl des Landes durch Wanderungsgewinne um annähernd drei Millionen. Dies war auf Flüchtlings- und Vertriebenenströme nach dem Zweiten Weltkrieg, Gastarbeiterzuwanderung sowie Arbeitskräftezuwanderung aus anderen

Schaubild 2

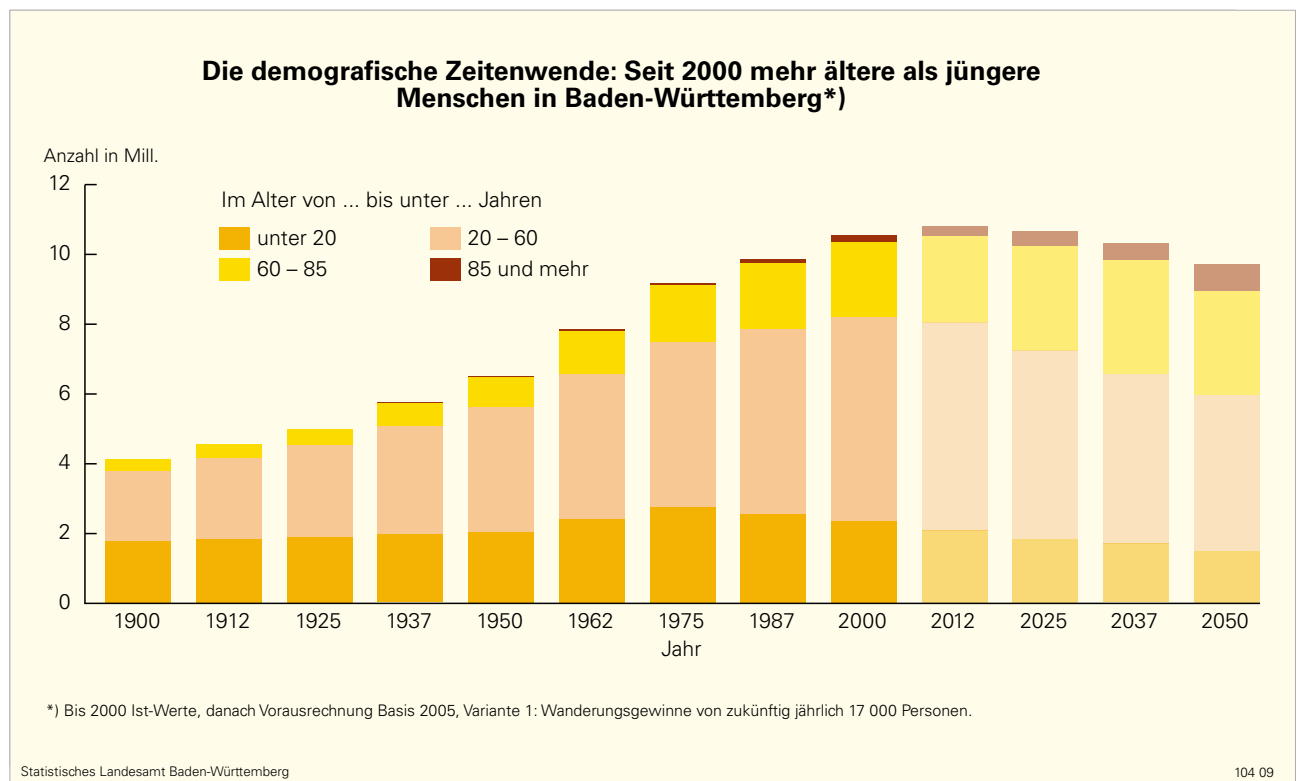
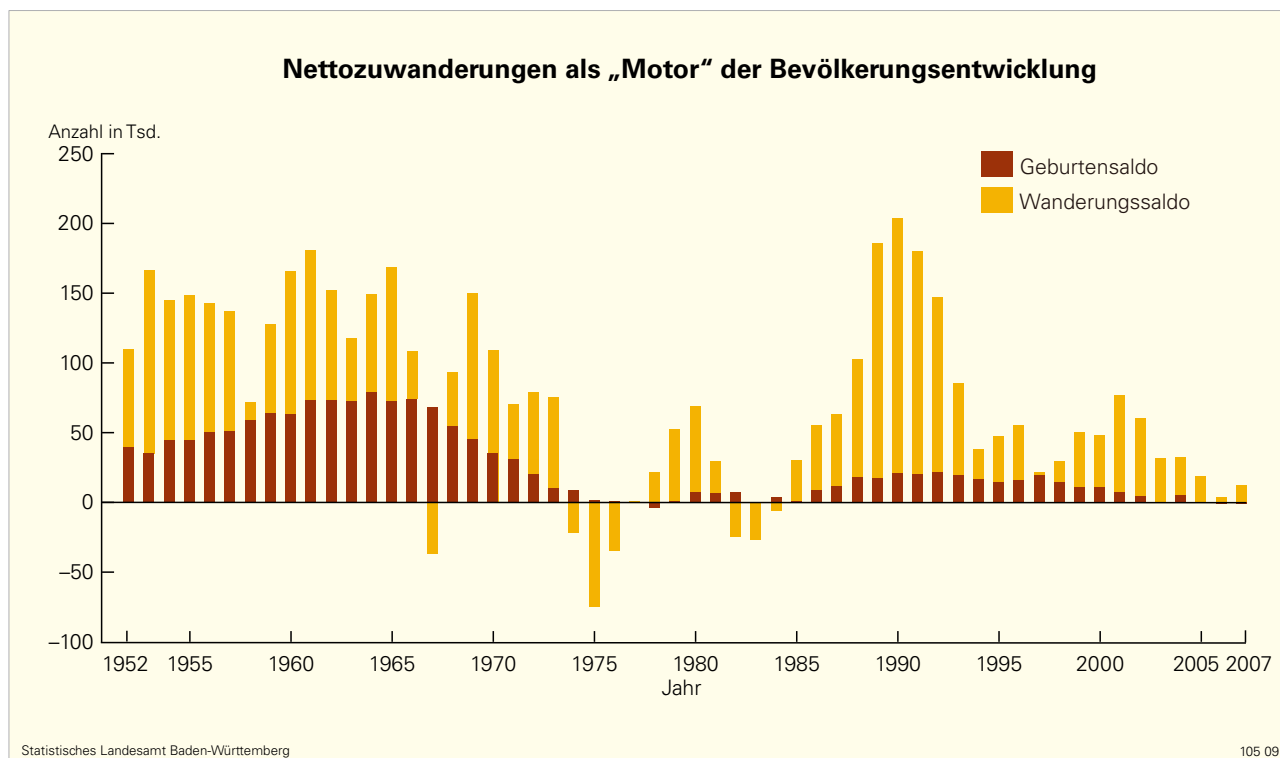


Schaubild 3



Teilen Deutschlands, Bürgerkriegsflüchtlinge und die einigungsbedingte Zuwanderung aus Ostdeutschland zurückzuführen. Damit sind etwa zwei Drittel des bisherigen Bevölkerungswachstums auf Nettozuwanderungen und zu einem Drittel auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen.

Da die zuwandernden Personen im Durchschnitt etwa zehn Jahre jünger sind als diejenigen, die bereits im Lande leben, bewirken die Nettozuwanderungen einen gewissen, wenn auch begrenzten „Verjüngungseffekt“. Dennoch haben die Zuwanderungen nicht verhindern können, dass die baden-württembergische Bevölkerung bereits in den vergangenen fünf Jahrzehnten deutlich „gealtert“ ist.

Der Gedanke, den Alterungsprozess dennoch mit Hilfe von Zuwanderungen zu stoppen, würde für Baden-Württemberg bedeuten, dass bis 2050 Jahr für Jahr etwa 170 000 Menschen per saldo zuwandern müssten. Dann hätte der Südwesten voraussichtlich eine Integrationsleistung in allen Bereichen für jähr-

lich bis zu 400 000 neu zuwandernde Menschen zu leisten. Tatsächlich wurde eine entsprechende Größenordnung seit Mitte der 70er-Jahre nur dreimal erreicht – zu Beginn der 90er-Jahre, als nach dem „Mauerfall“ außergewöhnlich viele Menschen nach Baden-Württemberg gezogen sind. Zuwanderung allein kann deshalb auf Dauer keine demografischen Probleme lösen.

2.3 Voraussichtliche Entwicklung in den Stadt- und Landkreisen

Aufgrund der Ergebnisse der jüngsten kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung für die 44 Stadt- und Landkreise ist bis zum Jahr 2025 in immerhin noch 13 Kreisen mit leichten Bevölkerungszunahmen zu rechnen. Die stärkste Zuwachsrate bis 2025 wird voraussichtlich der Landkreis Heilbronn mit einem Plus von 3 % aufweisen.

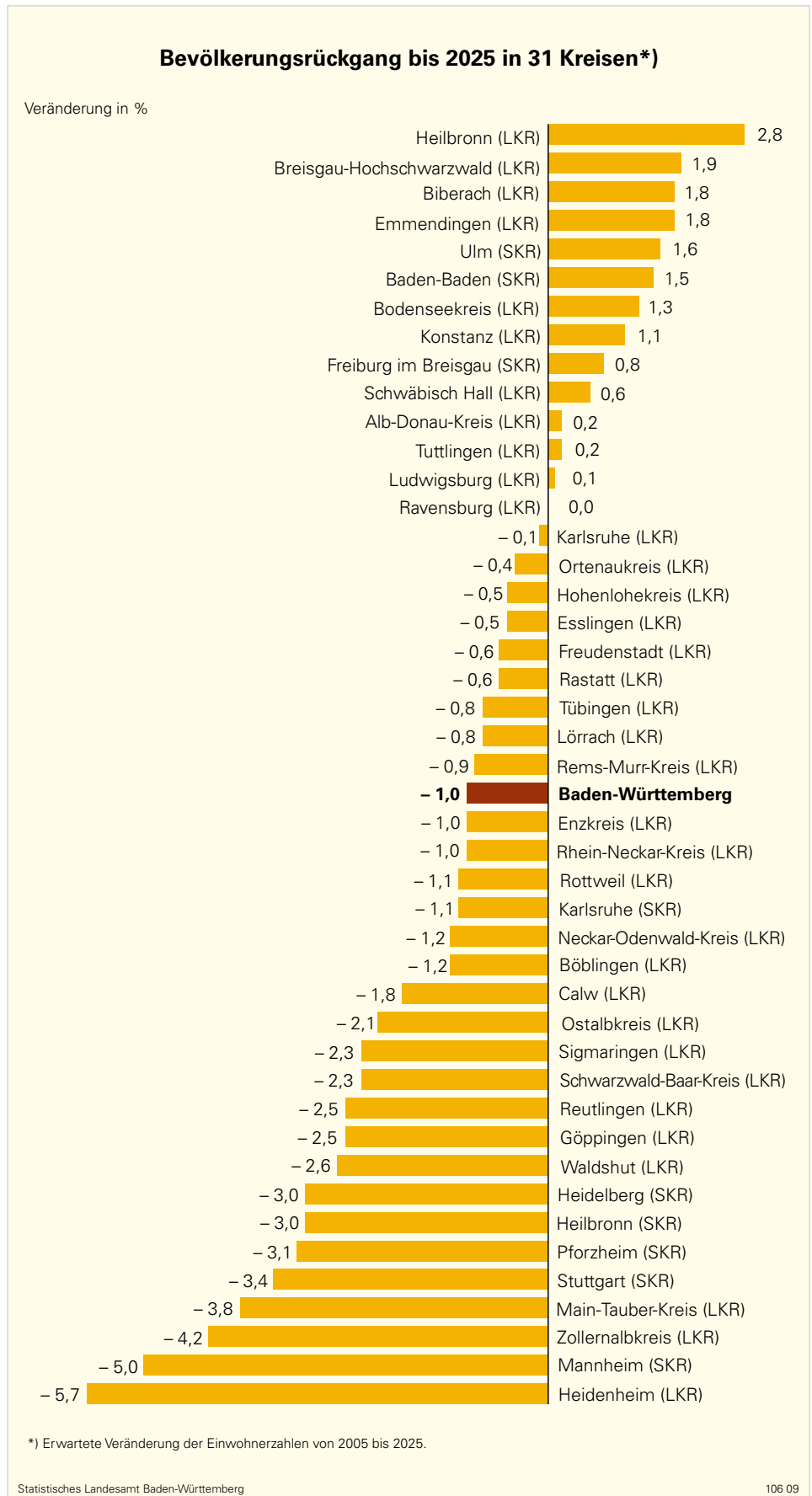
Es folgen die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Biberach und Emmendingen sowie die Stadt

Ulm mit jeweils 2 % Bevölkerungszuwachs. Dagegen würden – wenn die regionalen Verhältnisse der Jahre 1997 bis 2005 fortgeschrieben werden – der Landkreis Heidenheim und die Stadt Mannheim die größten Einwohnerrückgänge zu erwarten haben.

Etwas geringer, aber oberhalb des Landesdurchschnitts, dürfte die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in den Städten Heidelberg, Heilbronn, Pforzheim und Stuttgart ausfallen. Die regional unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen lassen sich zum großen Teil durch die unterschiedliche Stellung der Stadt- und Landkreise im Wanderungsgeschehen erklären.

Alle „schrumpfenden“ Kreise können, über den gesamten Zeitraum bis 2025 gesehen, ihr Geburtenminus nicht mehr durch Wanderungsgewinne ausgleichen.

Schaubild 4





3. Geburtenentwicklung

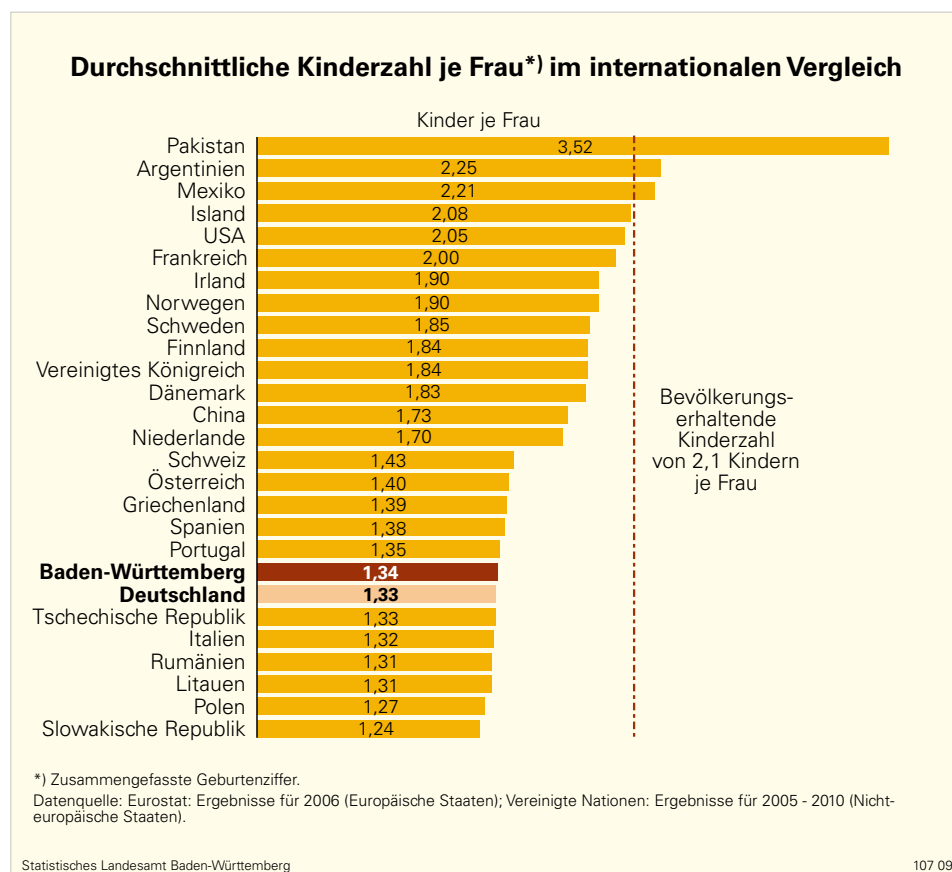
- 3.1 Geburtenraten im internationalen Vergleich
- 3.2 Entwicklung der Geburtenrate seit 1890
- 3.3 Kinderzahl deutscher und ausländischer Frauen
- 3.4 Zusammenhang zwischen Geburtenhäufigkeit und Geburtenzahl
- 3.5 Kinderzahl von Frauen in Baden-Württemberg und Deutschland
- 3.6 Zahl der Kinder mit Geschwistern
- 3.7 Bildungsstand der kinderlosen Frauen
- 3.8 Geburtenraten in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

3. Geburtenentwicklung

3.1 Geburtenraten im internationalen Vergleich

Deutschland hatte wie kein anderes Land der Welt bereits seit der zweiten Hälfte der 60er-Jahre über etwa zehn Jahre hinweg einen drastischen Geburtenrückgang zu verzeichnen. Seit Mitte der 70er-Jahre kommt ein Drittel weniger Geburten zur Welt, als notwendig wäre, um den Bevölkerungsstand ohne nennenswerte Zuwanderungen zu halten. Die Geburtenrate bewegt sich seitdem in der schmalen Bandbreite von 1,3 bis 1,5 Kindern je Frau. Um den Bevölkerungsstand ohne Zuwanderungen zu erhalten, wäre eine Kinderzahl von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich.

Schaubild 5



(2006: 1,34 Kinder pro Frau), liegt aber dennoch nur unwesentlich über dem bisherigen Tiefstwert im Jahre 1985 (1,32 Kinder je Frau).

Die niedrige Geburtenrate Deutschlands wäre – wegen ihrer Bedeutung für die Verschiebungen in der Altersstruktur – weniger problematisch, wenn wir weltweit die gleiche Entwicklung feststellen würden. Dies ist aber nicht der Fall. Die USA, der wichtigste Absatzmarkt der baden-württembergischen Wirtschaft, haben eine nahezu bevölkerungserhaltende Geburtenrate von knapp 2,1 Kindern pro Frau, wobei die weiße Bevölkerung eine Geburtenrate von 1,8 Kindern, die farbige von 2,0 Kindern und die Bevölkerung hispanischer Herkunft von 2,9 Kindern je Frau aufweist. Frankreich, der wichtigste Absatzmarkt Baden-Württembergs innerhalb der

Europäischen Union, hat mittlerweile eine Geburtenrate von 2,0 Kindern pro Frau.

Die Türkei, Albanien und Island haben derzeit die höchsten Geburtenraten in Europa und erreichen mit jeweils etwa 2,1 Kindern je Frau das populi-onserhaltende Niveau. Dagegen verzeichnen Deutschland und die südeuropäischen Länder, besonders Italien, schon seit Mitte und Ende der 80er-Jahre ein anhaltend niedriges Geburtenniveau. Seit den politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in den Ländern des früheren Ostblocks

Derzeit liegt die Geburtenrate sowohl in Deutschland als auch in Baden-Württemberg bei 1,37 Kindern pro Frau (137 Kinder je 100 Frauen). Damit ist das Geburtenniveau im Land zwar etwas gestiegen

sind die Geburtenraten dort deutlich gesunken. So rangieren heute etwa Polen und die Slowakische Republik am Ende der Rangskala. Dort werden gegenwärtig weniger als 1,3 Kinder je Frau geboren.

3.2 Entwicklung der Geburtenrate seit 1890

Um 1890 hatte das Deutsche Reich die dritthöchste Geburtenrate Europas. Heute weist Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten der Europäischen Union auf. Deutschland ist wie kein anderes Land Europas innerhalb von 100 Jahren von einem Extrem zum anderen übergegangen. Die Frauenjahrgänge von 1935 bis 1938 waren in Baden-Württemberg die letzten, die sich vollständig reproduziert haben. Diese Frauen sind heute zwischen 70 und 74 Jahre alt.

Wesentliche Gründe für den deutlichen Rückgang der Geburtenrate von 1890 bis zum Ersten Weltkrieg bestanden in der Industrialisierung, der Verstädterung, der zunehmenden räumlichen Trennung von Wohnen und Arbeiten, der erfolgreichen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Einführung der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Beachtlich war der Babyboom der 60er-Jahre. Die Geburtenrate stieg Mitte der 60er-Jahre auf 2,5 Kinder pro Frau. Einer der Unterschiede zu heute dürfte darin liegen, dass es sich bei der damaligen Generation um die letzte junge Generation in Deutsch-

land gehandelt hat, der man einen ausgeprägten Zukunftsoptimismus zuschreiben konnte. Seitdem belegen Umfragen, dass die deutsche Jugend eher ängstlich und um die eigene Zukunft besorgt ist. In Baden-Württemberg folgte das Geburtenniveau nahezu immer dem gesamtdeutschen Entwicklungstrend, lag jedoch bis vor wenigen Jahren stets leicht über dem Bundesdurchschnitt. Zuletzt entsprach die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Baden-Württemberg allerdings exakt dem Bundesdurchschnitt.

3.3 Kinderzahl deutscher und ausländischer Frauen

Das Bevölkerungswachstum Baden-Württembergs in den letzten 50 Jahren ist wesentlich auf Zuwanderung von jungen Menschen auch aus dem Ausland zurückzuführen. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil leben im Lande mehr ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger als in den übrigen Flächenländern Deutschlands. Obwohl ausländische Frauen nach wie vor (relativ) mehr Kinder zur Welt bringen als deutsche Frauen, liegt die aktuelle Geburtenrate Baden-Württembergs nicht mehr höher

Schaubild 6

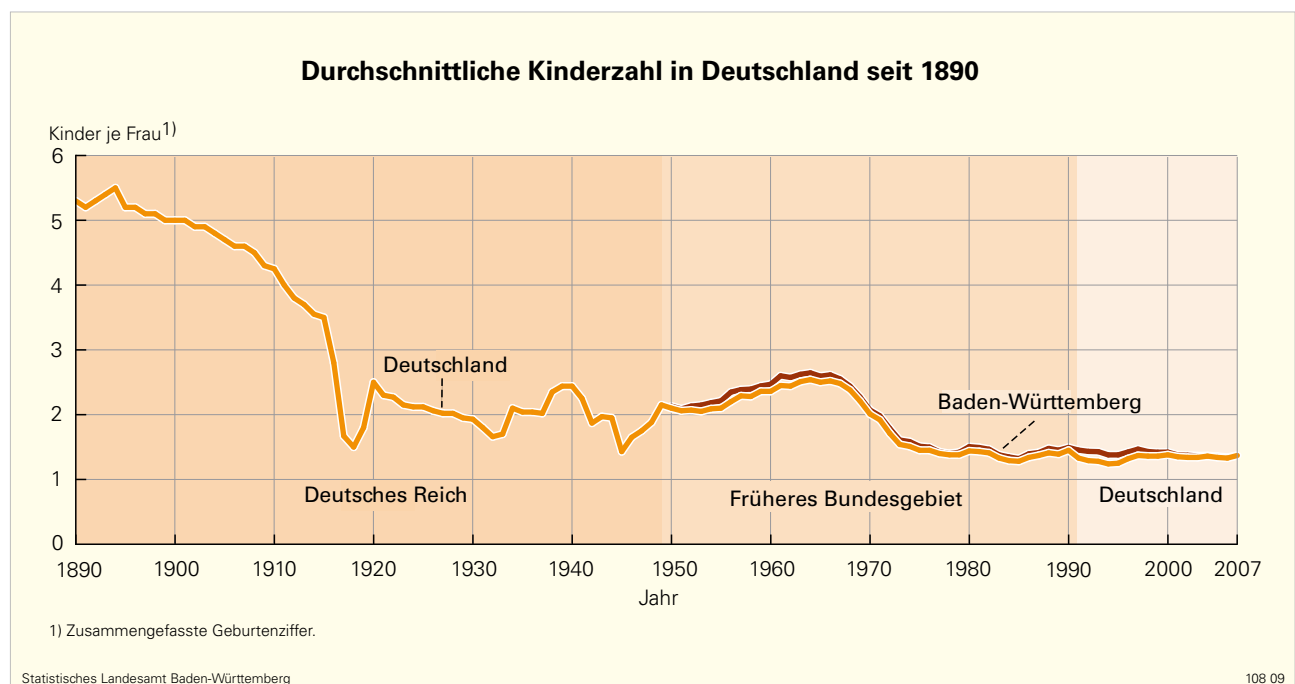
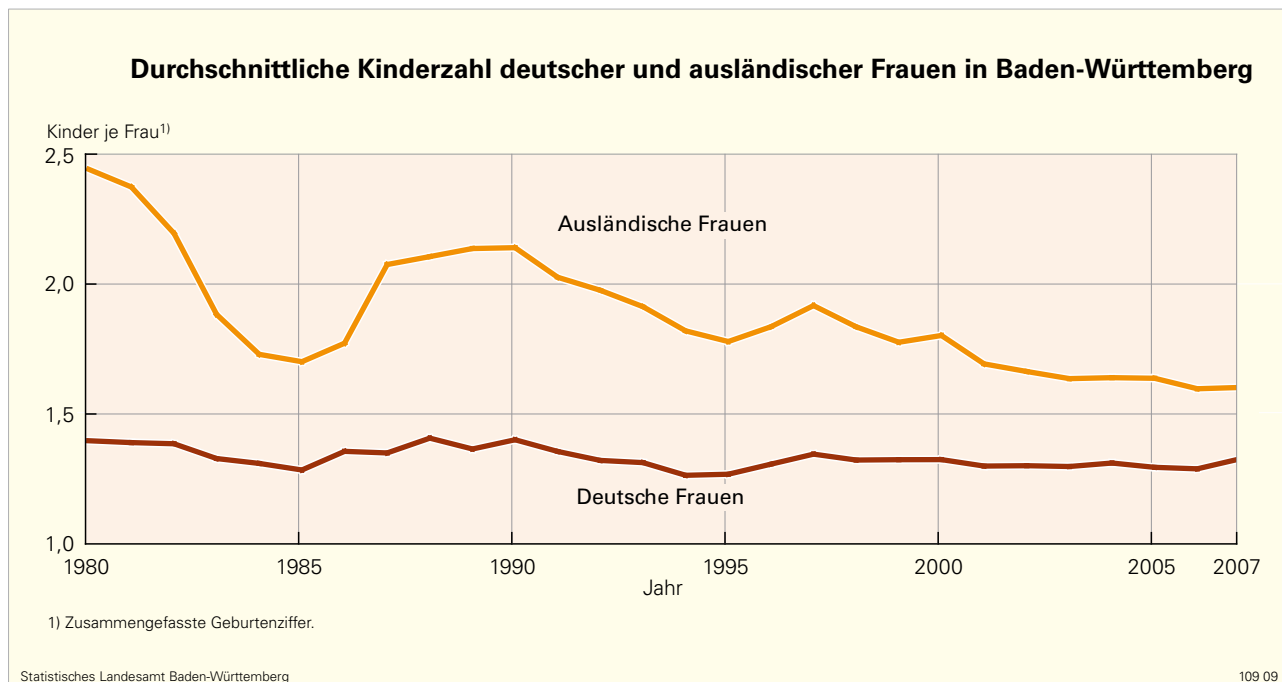


Schaubild 7



als im Bundesdurchschnitt. Auch wenn ausländische Frauen immer noch relativ viele Kinder bekommen, so hat sich dennoch ihr generatives Verhalten im Laufe der Zeit dem der einheimischen Bevölkerung mehr und mehr angepasst: So lag die Geburtenhäufigkeit ausländischer Frauen in Baden-Württemberg 1990 noch bei rund 2,1 Kindern je Frau, während seinerzeit von deutschen Frauen 1,4 Kinder je Frau geboren wurden. Bis heute hat sich die durchschnittliche Kinderzahl der deutschen Frauen nur allmählich auf etwa 1,3 Kinder verringert. Demgegenüber sank die Geburtenhäufigkeit bei den Ausländerinnen auf gegenwärtig 1,6 Kinder je Frau. Der Abstand hat sich damit bis heute in etwa halbiert.

3.4 Zusammenhang zwischen Geburtenhäufigkeit und Geburtenzahl

Die Geburtenrate ist seit etwa 30 Jahren gleich bleibend niedrig. Das bedeutet aber nicht, dass auch die absolute Zahl der jährlich geborenen Kinder relativ konstant verlaufen ist und sich die Geburtenentwicklung stabilisieren würde. Vielmehr kann seit Mitte der 90er-Jahre ein neuer Schub des Geburtenrückgangs beobachtet werden. Denn hier wirkt

der Geburtenrückgang der 70er-Jahre nach: Nicht geborene Töchter können keine Mütter werden. Weil die „Babyboomer“ der 60er-Jahre nicht das generative Verhalten ihrer Elterngeneration übernommen haben, sondern im Durchschnitt eine um rund ein Viertel niedrigere Kinderzahl zur Welt gebracht haben, waren bereits zwischen 1990 und 2000 die jährlichen Geborenenzahlen deutlich niedriger als in den 60er-Jahren. Durch das veränderte generative Verhalten ist der „Echoeffekt“ der Babyboom-Phase nur relativ schwach ausgefallen. Die Basis der Reproduktion wird durch die gesunkenen Jahrgangsstärken immer geringer, wenn die Geburtenrate langfristig unter der bevölkerungserhaltenden Rate liegt, erst recht, wenn sie um ein Drittel zu niedrig ist.

Während sich das Geburtenniveau auf einem anhaltend niedrigen Stand eingependelt hat, haben die Paare zugleich die Altersphase der Familiengründung, d.h. der Geburt eines ersten Kindes, kontinuierlich in höhere Altersstufen verschoben. Bei den verheirateten Frauen stieg das durchschnittliche Alter bei der Geburt eines ersten Kindes seit Anfang der 70er-Jahre von rund 24,6 Jahren auf exakt 30 Jahre an (2007). Diese Verschiebung bedeutet

in der Mehrzahl der Fälle nicht ein „Nachholen“ von zeitlich aufgeschobenen Entscheidungen für ein Kind. Häufig bedeutet hier: „Aufgeschoben ist aufgehoben“. Aus der bisherigen wie auch der aktuellen Geburtenentwicklung in Baden-Württemberg ergeben sich keine Hinweise auf einen grundlegenden Wandel des generativen Verhaltens in Richtung auf höhere Kinderzahlen. Dies hat zur Folge, dass aufgrund der in den kommenden Jahren etwas schwächer besetzten Frauenjahrgänge im Alter von 15 bis 44 bzw. 49 Jahren die Zahl der jährlich geborenen Kinder in Zukunft weiter rückläufig sein dürfte. Im Jahre 2010 könnte nach der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung die Geborenenzahl nur noch bei knapp 90 000 Kindern liegen, also rund 4 000 weniger als im Jahre 2007. Langfristig dürfte die Zahl der Geborenen auf eine Größenordnung von deutlich unter 90 000 pro Jahr absinken.

3.5 Kinderzahl von Frauen in Baden-Württemberg und Deutschland

Das generative Verhalten in Deutschland wie auch in Baden-Württemberg ist seit Jahren wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass Eltern auf dritte oder

weitere Kinder verzichten und damit die Zahl der kinderreichen Familien immer geringer wird. Daneben steigt – wenn auch nicht drastisch – die Zahl der Frauen und Männer, die ganz auf Kinder verzichten. Heute bleiben in Baden-Württemberg etwa 25 % der Frauen kinderlos, 23 % haben ein Kind, 36 % zwei Kinder und etwa 16 % der Frauen haben drei oder mehr Kinder. In Westdeutschland ist die Kinderlosigkeit etwas höher und der Frauenanteil mit mehreren Kindern niedriger als im Lande: 26 % der Frauen bleiben kinderlos, 26 % haben ein Kind, 34 % zwei Kinder und 13 % haben drei oder mehr Kinder.

Noch Anfang der 70er-Jahre hatten in Baden-Württemberg 31 % der Frauen drei oder mehr Kinder. Bis heute ist der Anteil kinderreicher Familien um die Hälfte gesunken. In dieser Entwicklung liegt ein großer Teil des Geburtenrückgangs begründet.

Hinzu kommt der von 19 % auf 25 % gestiegene Anteil Kinderloser. Dies ist aber keine Erscheinung der letzten Jahrzehnte. Bereits im Deutschen Reich lag der Anteil kinderloser Frauen und Männer hier wesentlich höher als in den anderen europäischen Ländern. In vielen Familien gab es die kinderlose Tante. Heute gibt es zusätzlich noch die tantenlosen Kinder.

Schaubild 8

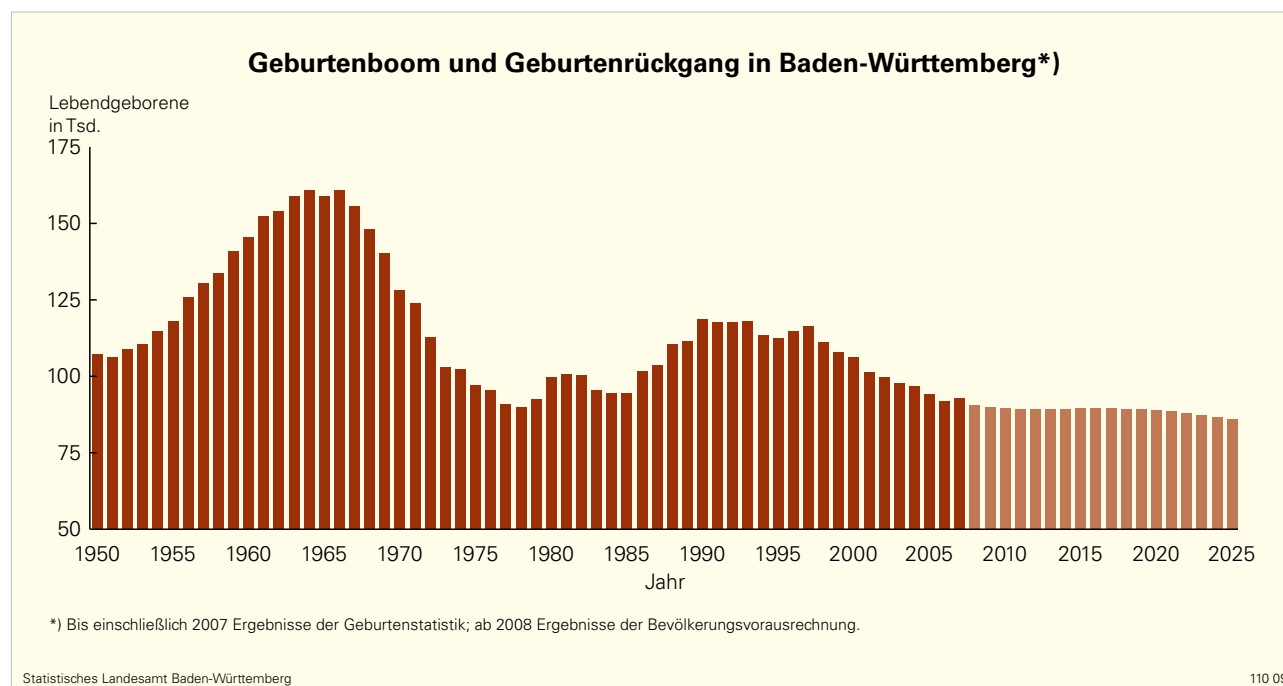
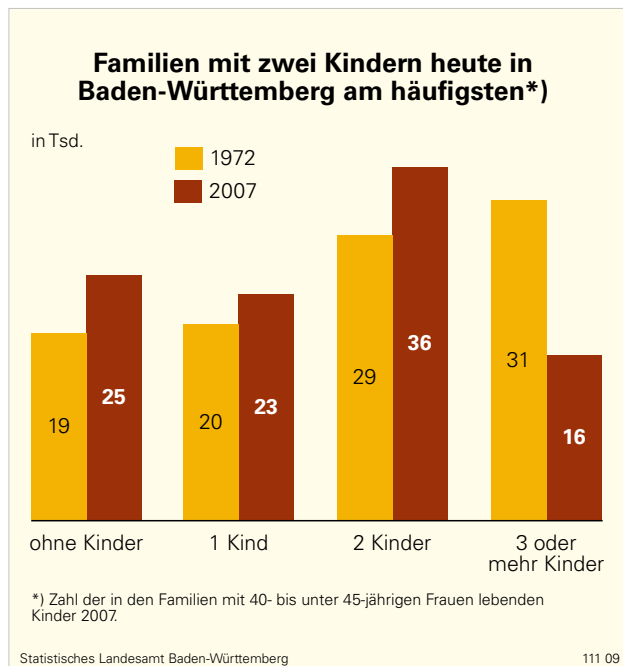


Schaubild 9



3.6 Zahl der Kinder mit Geschwistern

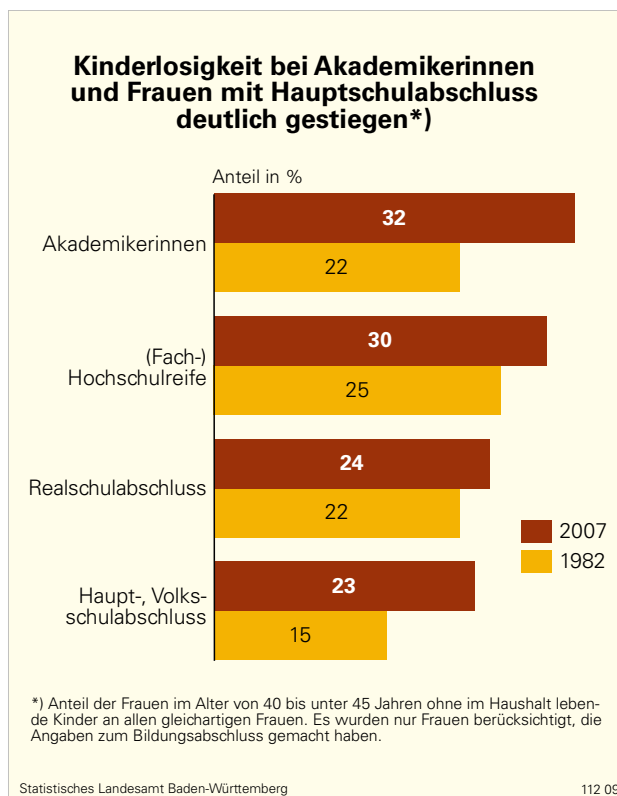
In der Folge der niedrigen Geborenenzahlen sind Familien heute kleiner geworden, und Kinder haben weniger Geschwister als früher. Zu Beginn der 70er-Jahre – also etwa eine Generation zurück – wuchsen in Baden-Württemberg rund 14 % der Kinder als Einzelkinder auf, aber fast die Hälfte der Kinder hatte damals zwei oder mehr Geschwister, ein Viertel sogar drei oder mehr. Der Anteil der Einzelkinder liegt heute in Baden-Württemberg bei knapp 21 %, d.h. immerhin fast 80 % der Kinder wachsen noch mit Geschwistern auf. Allerdings hat nur noch knapp jedes dritte Kind zwei oder mehr Geschwister.

3.7 Bildungsstand der kinderlosen Frauen

Das Ausmaß der Kinderlosigkeit von Frauen variiert mit dem Bildungsstand. Je höher der berufliche Ausbildungsstand, desto weniger Frauen werden Mütter. Heute bekommt etwa jede dritte Akademikerin in Baden-Württemberg keine Kinder. 1982 blieb nur etwas mehr als jede fünfte Akademikerin im Südwesten kinderlos.

Es ist aber nicht nur der Anteil der Akademikerinnen, der kinderlos bleibt, deutlich gestiegen. In einem vergleichbaren Umfang ist die Kinderlosigkeit bei Frauen mit Volksschul- oder Hauptschulabschluss angestiegen: Anfang der 80er-Jahre war nur knapp jede siebte Frau mit diesem Schulabschluss kinderlos geblieben. Von den Volksschul- oder Hauptschulabsolventinnen, die heute ihre Familienphase abgeschlossen haben, hat dagegen nahezu jede vierte Frau kein Kind zur Welt gebracht. Deutlich geringer war dagegen der Anstieg der Kinderlosigkeit bei Frauen mit Realschulabschluss.

Schaubild 10



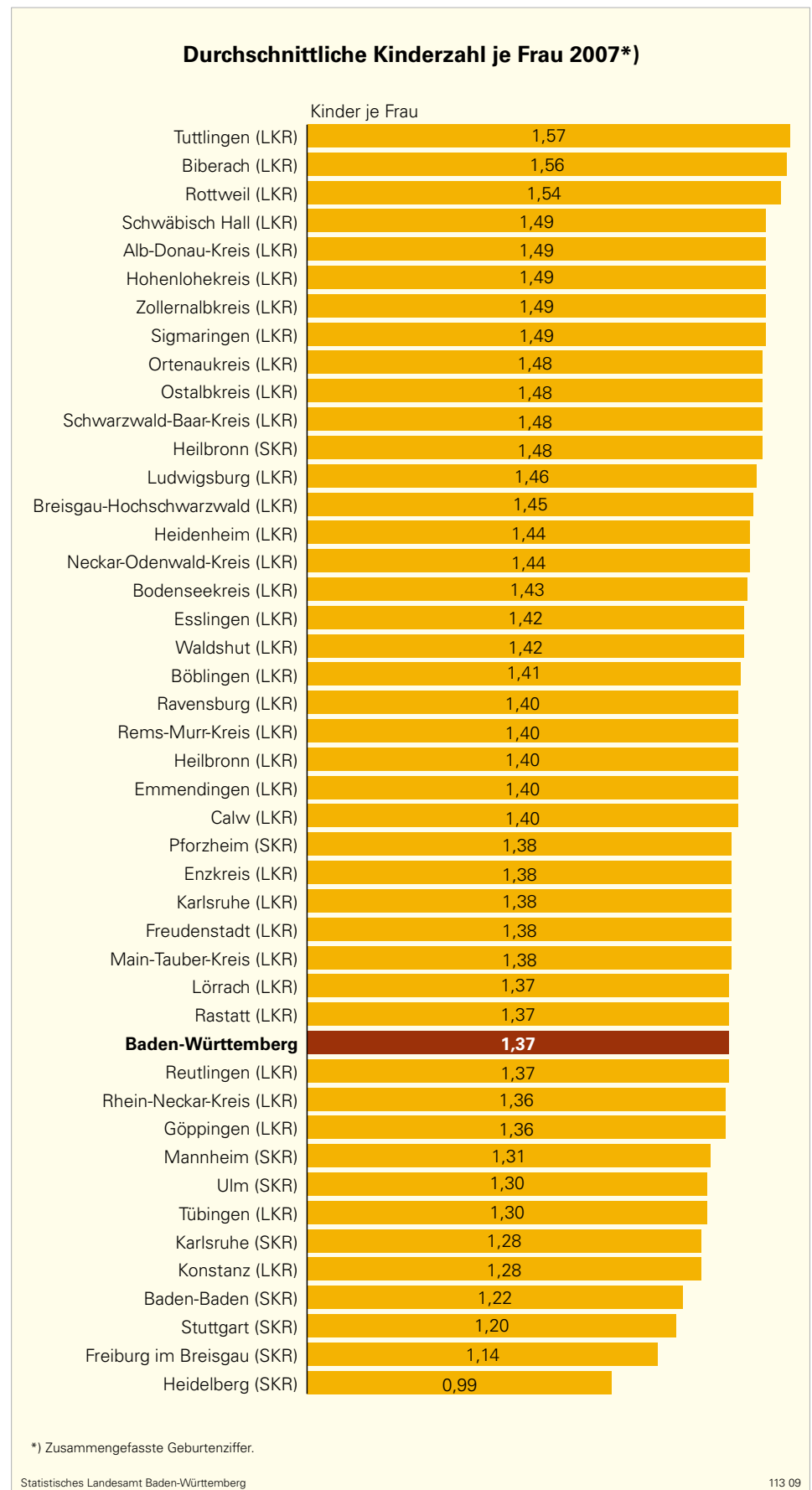
3.8 Geburtenraten in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

Die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs weisen ausgeprägte Unterschiede in den Geburtenhäufigkeiten auf. So lagen im Jahre 2007 der Landkreis Tuttlingen mit rund 1,57 Kindern je Frau und der Landkreis Biberach mit 1,56 Kindern je Frau als Spitzenreiter deutlich über dem Landesdurchschnitt

von 1,37 Kindern. Am Ende der Rangskala befanden sich die Stadtkreise Heidelberg, Freiburg im Breisgau, Stuttgart und Baden-Baden. Dabei dürften die Geburtenraten besonders in den beiden zuerst genannten Städten erheblich von der dort auch studentisch geprägten Bevölkerung beeinflusst werden.

Landesweit werden die Geborenenzahlen aus heutiger Sicht bis etwa zum Jahr 2012 zurückgehen und danach für eine kurze Zeit relativ konstant bleiben. Insbesondere Landkreise mit einer vergleichsweise jungen Bevölkerung und somit augenblicklich vergleichsweise hohen Geborenenzahlen dürften dabei die stärksten Geburtenrückgänge erleben. Es wird deshalb erwartet, dass der Rückgang der Geborenenzahlen bis 2025 in den Landkreisen Böblingen, Esslingen und Tübingen besonders stark ausfallen wird. Voraussichtlich in allen Kreisen Baden-Württembergs – mit Ausnahme der Stadt Ulm – werden von heute bis zum Jahr 2025 zusammen genommen mehr Menschen sterben als Kinder geboren.

Schaubild 11





4. Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten einer Generation

- 4.1 Keine Monokausalität
- 4.2 Zukunftsoptimismus steht gegen Zukunftspessimismus
- 4.3 Plurale Gesellschaft und Wertewandel
- 4.4 Schwierige Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit
- 4.5 Schwierige ökonomische Situation von Familien
- 4.6 Verlässliche Partnerschaft
- 4.7 Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter
- 4.8 Hohe Wertschätzung von Kindern

4. Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten einer Generation

4.1 Keine Monokausalität

Es schien früher ganz einfach zu sein. Dem Denken von Thomas Mann entsprach die Auffassung: „*Kinder hat man zu haben*“. Adenauer wird im Zusammenhang mit der Konzeption der gesetzlichen Rentenversicherung in den 1950er-Jahren als Umlagesystem („Drei-Generationen-Verbund“) zitiert: „*Kinder haben die Leute immer*“. Was aber geschah? Nach dem Babyboom begann in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre ein rasanter Rückgang der Geborenenzahlen, in dessen Verlauf 1978 der Tiefpunkt mit nur fast halb so vielen Geborenen wie 1965 erreicht wurde.

Dennoch haben 30 Jahre lang Politik und Gesellschaft die Frage nach den Gründen und den Folgen des Geburtenrückgangs – wenn überhaupt – zu wenig beachtet. Erst seit wenigen Jahren beginnt die vertiefte Diskussion, ausgelöst durch die nachhaltigen Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungssysteme, über Möglichkeiten, mit der absehbaren Bevölkerungsentwicklung umzugehen. Man darf gespannt sein, wann die Diskussion darüber beginnt, dass es nicht nur um materielle Aspekte geht. Eine Gesellschaft ohne Kinder verliert mehr als die Finanzierungsbasis für ihre sozialen Sicherungssysteme. Eine Entscheidung gegen Kinder ist nicht nur eine Entscheidung gegen die Zukunft. Sondern: Kinder sind ein Wert an sich.

Worin liegen die Ursachen für diese Entwicklungen und warum unterscheidet sich das generative Verhalten der jungen Generationen beispielsweise in Frankreich, Norwegen und Dänemark seit drei Jahrzehnten so deutlich von dem in Deutschland? Zunächst gilt festzuhalten, dass es hierfür sicherlich nicht nur einen einzigen Grund gibt, denn dann gäbe es vermutlich auch ein Patentrezept. Stattdessen gibt es ein ganzes Ursachenbündel, weshalb sich junge Paare für oder gegen ein erstes Kind oder Paare mit zwei Kindern für

oder gegen weitere Kinder entscheiden. Hier sollen einige Einflussfaktoren vorgestellt werden:

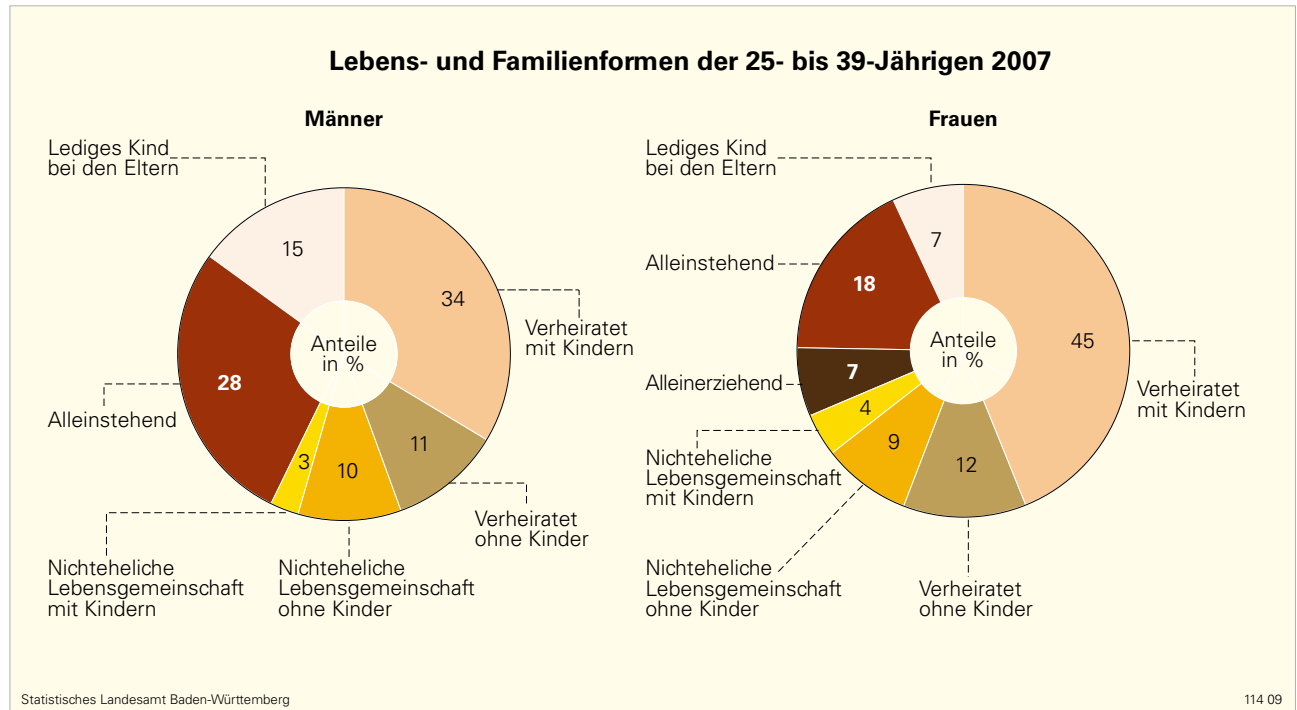
4.2 Zukunftsoptimismus steht gegen Zukunftspessimismus

In gesellschaftlichen Krisen- und Umbruchsituationen verzichten Menschen auf die Geburt von Kindern. Dies zeigt z.B. das deutliche Absinken der Geburtenrate in den ostdeutschen Bundesländern nach dem Zusammenbruch der DDR. Eine Entwicklung, die zudem in allen ehemals kommunistischen osteuropäischen Ländern festgestellt werden kann. Allerdings trifft der Umkehrschluss nicht zu. Mit Stabilisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation kehrt die Geburtenrate nicht wieder auf ihr altes Niveau zurück. Unsicherheiten über die persönliche Zukunft und gesellschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit, Misstrauen in die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme, Verschuldung und das Gefühl, von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt zu sein, tragen durchaus mit dazu bei, dass Menschen die Verwirklichung ihres Kinderwunsches erst einmal aufschieben oder ganz auf Kinder verzichten. Ob die momentane Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Verringerung der heute schon niedrigen Geburtenrate führen wird, bleibt abzuwarten.

4.3 Plurale Gesellschaft und Wertewandel

Plurale Gesellschaft heißt in diesem Zusammenhang, dass sich Lebensformen ausdifferenziert haben, dass es keine Standardbiografie mehr gibt, die das Leben des einzelnen Mannes oder der einzelnen Frau bestimmt. Was vor vierzig Jahren noch als Stationen des Lebens für die meisten selbstverständlich war – Schule, Ausbildung (oft nur für den Mann), Heirat, Geburt von Kindern, Großelternschaft, Ehen nicht auf Zeit, sondern bis zur Verwitwung – ist heute durch eine breite Palette an wählbaren Lebensformen abgelöst worden: Alleinlebende, nichteheliche Partnerschaften, Alleinerziehende, Patch-Work-Familien (Zusammenleben geschiedener Partner mit Kindern aus ersten Ehen,

Schaubild 12



die nicht notwendigerweise im eigenen Haushalt leben), Wiederverheiratete oder Paare mit getrennten Haushalten. Viele dieser Lebensformen sehen nicht mehr zwangsläufig Kinder vor. Hinzu kommt ein Nebeneinander unterschiedlicher Werte in unserer Gesellschaft. So gibt es keine „vorgeschriebene“ Verbindlichkeit mehr, Kinder zu bekommen. Leben mit Kindern ist zu einem denkens- und planenswerten Lebensmodell neben anderen geworden. Lebensformen und Lebensbiografien, die vor ein oder zwei Generationen noch kaum akzeptiert wurden, gehören heute zum alltäglichen Leben.

4.4 Schwierige Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit

Eine ganz wesentliche Rolle für die niedrigen Geburtenraten spielt die Erwartungshaltung in unserer Gesellschaft, dass insbesondere Frauen es schaffen (sollen), Familie und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Noch bis in die 60er-Jahre hinein wurden Frauen darauf vorbereitet, ihre wesentliche Lebensaufgabe in der Geburt und Erziehung von Kindern zu sehen. Heutzutage bieten sich Frauen (mindestens) zwei sinnstiftende Bereiche für ihr Le-

ben an. Zum einen weiterhin die Mutterschaft und zwar mit dem hohen Anspruch, für das Kind ganz da zu sein, Liebe, Kraft und Zeit zu investieren; zum anderen aber auch die Verwirklichung über eine Erwerbstätigkeit und das Erreichen von beruflichen Zielen.

Wie vor allem junge Frauen die Lebensbereiche Familie und Beruf miteinander vereinbaren können sollen, wird in unserer Gesellschaft aber bislang zu wenig mitbedacht. Denn die Arbeitsanforderungen verlangen häufig hohe Mobilität und Flexibilität. Mit der Geburt eines Kindes werden für Eltern aber viele Möglichkeiten eingeschränkt, besonders die einer erfolgreichen Berufstätigkeit mit dem damit verbundenen gesellschaftlichen Ansehen und den materiellen Vorteilen. Eine kinderfreundliche Gesellschaft, die ihrer negativen demografischen Entwicklung entgegensteuern möchte, muss sich daher fragen, wie sie Chancen für Familien öffnen und wo sie strukturelle Barrieren für Mütter und Väter abbauen kann. Nicht zuletzt deshalb, weil sich Familie und Beruf oftmals nur schwer miteinander vereinbaren lassen, wird die Geburt des ersten Kindes in ein höheres Lebensalter verschoben. Frauen sind bei Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt bereits 30 Jahre alt. In der

Regel möchten sie die hohen Investitionen in ihre Ausbildung nutzen und sich vor der Familiengründung erst beruflich etablieren. Diese Lebens- und Berufsplanung trägt auch dem Umstand Rechnung, dass es für viele schwierig ist, nach einer kindbedingten Unterbrechung der Erwerbstätigkeit eine Tätigkeit zu finden, die ihren Qualifikationen entsprechen. Um den Berufseinstieg dann wieder realisieren zu können, wird oft auf ein zweites oder drittes Kind verzichtet. Frauen, die bereits in jungen Jahren Karriere machen, verzichten häufig ganz auf Kinder, weil der Verdienstausschlag, aber auch der Verzicht auf die Gestaltungsspielräume, die eine qualifizierte berufliche Position bietet, als ein zu großer Nachteil empfunden werden. Das trifft europaweit insbesondere auf Hochschulabsolventinnen zu. Schließlich ist oftmals auch der Partner nicht zu einer entsprechenden „Pflichtenteilung“ bereit, mit der sich ein früherer Kinderwunsch realisieren ließe.

Heute vereinbaren gut zwei Drittel der Mütter mit minderjährigen Kindern in Baden-Württemberg Familien- und Erwerbstätigkeit gleichzeitig. Häufig geschieht dies über eine Teilzeiterwerbstätigkeit. Sind die Kinder noch klein (unter 3 Jahren), übernehmen immerhin 46 % der Mütter eine Erwerbstätigkeit; sind die Kinder der Schulpflicht bereits erwachsen,

so sind es bereits 77 %. Demgegenüber sind von den Frauen, die keine Kinder haben oder deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben, 85 % erwerbstätig.

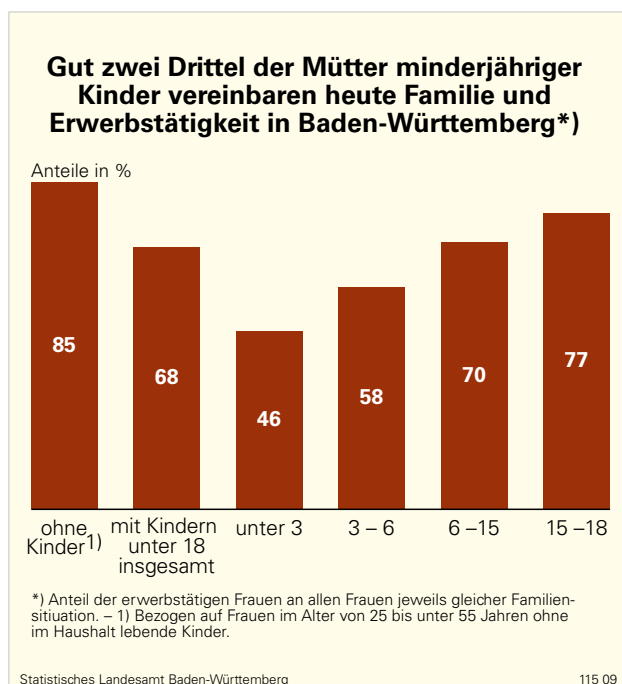
Ein Blick auf andere europäische Länder zeigt, dass höhere Kinderzahlen nicht immer mit einer niedrigen Erwerbsbeteiligung der Frauen einhergehen müssen. So weisen vor allem Dänemark, Norwegen, Schweden und die Niederlande sowohl eine höhere Frauenerwerbstätigkeit als auch eine höhere durchschnittliche Kinderzahl auf als Deutschland. Demgegenüber korrespondiert insbesondere in Italien eine niedrige Geburtenrate mit einer relativ geringen Erwerbsbeteiligung von Frauen. Besonders auffallend ist aber auch, dass in Frankreich, das über vorbildliche flächendeckende Kinderbetreuungsangebote verfügt, zwar die Geburtenrate deutlich höher ist als in Deutschland, aber die Frauenerwerbsbeteiligung unter der deutschen liegt. Dies zeigt, dass es keine einfachen Antworten auf die Frage nach dem Zusammenhang von Kinderzahl und Frauenerwerbstätigkeit gibt.

4.5 Schwierige ökonomische Situation von Familien

Kinderreiche Familien und Alleinerziehende gehören in Deutschland zu den eher einkommensschwachen Gruppen. Viele dieser Familien müssen mit dem Einkommen eines Hauptverdieners auskommen und haben damit pro Kopf deutlich weniger zur Verfügung als Kinderlose. Familien stehen gegenüber dem, was sich Alleinlebende oder Doppelverdiener ohne Kind leisten können, eindeutig schlechter da. Die Ursachen für eine Entscheidung gegen Kinder haben also auch eine materielle Dimension, sind aber ebenso struktureller Art, was fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen und familienfreundliche Arbeitsbedingungen anbetrifft.

Betrachtet man konkret die Einkommenslagen junger Familien, fällt ein deutliches Gefälle im Pro-Kopf-Einkommen zwischen kinderlosen Ehepaaren und solchen mit Kindern auf. Bei dieser Berechnung

Schaubild 13

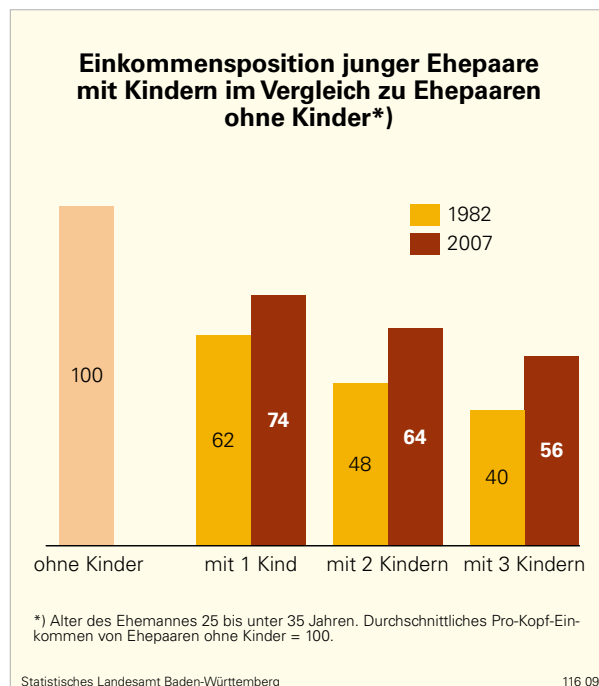


werden die einzelnen Familienmitglieder unterschiedlich gewichtet, weil der aus dem Familieneinkommen bestrittene Lebensunterhalt nach Zahl und Alter der Familienmitglieder unterschiedlich hoch ausfällt. Für Erwachsene wird daher ein höherer Faktor angesetzt als für Kinder. Gerade in der Phase der Familiengründung, in der weitreichende Entscheidungen für oder gegen Kinder fallen, ist eine deutliche Einkommensdiskrepanz festzustellen. Junge Ehepaare mit einem Kind verfügen pro Kopf nur über 74 % dessen, was gleichaltrigen kinderlosen Ehepartnern zur Verfügung steht. Bei zwei Kindern sind es 64 %, bei drei Kindern 56 %. Diese Relationen haben sich in den letzten Jahrzehnten zumindest graduell und wohl vor allem deshalb verbessert, weil in den 80er- und 90er-Jahren viele familienpolitische Transfers, wie z.B. das Erziehungsgeld, die Kinderfreibeträge oder das Kindergeld, entweder neu eingeführt oder deutlich erhöht worden sind.

sie das nicht als gegeben an, verzichten sie eher auf Kinder, als das Risiko einzugehen, dem Kind womöglich keine vollständige Familie im traditionellen Sinne bieten zu können. In unserer Gesellschaft sind jedoch auch Partnerschaft und Ehe oft nur noch zu einer Option auf Zeit geworden. Aus heutiger Sicht wird etwa ein Drittel der Mitte der 80er-Jahre geschlossenen Ehen letztlich vor dem Scheidungsgericht enden. Diese Brüchigkeit von Partnerschaften wirkt sich vermutlich auch auf die Geburtenrate aus.

In Deutschland dokumentiert die Ehe immer noch zumindest im gewissen Rahmen die Verbindlichkeit einer Beziehung. Etwa ein Viertel der Frauen der Geburtsjahrgänge ab 1960 wird voraussichtlich zeitlebens unverheiratet bleiben, Frauen der Geburtsjahrgänge bis 1940 sind dagegen zu über 90 % eine Ehe eingegangen.

Schaubild 14



4.6 Verlässliche Partnerschaft

Studien belegen, dass für Frauen eine harmonische und stabile Partnerschaft ein wichtiges Kriterium für die Verwirklichung ihres Kinderwunsches ist. Sehen

4.7 Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter

Zu dieser europaweiten Entwicklung kommt noch ein typisch deutsches Phänomen hinzu: Berufstätigkeit von Frauen ist zwar akzeptiert, aber nur solange keine kleinen Kinder im Haushalt leben. Mütter, die Vereinbarkeitslösungen suchen, müssen sich neben allen anderen Schwierigkeiten auch noch mit einem negativen gesellschaftlichen Urteil auseinandersetzen. Diese Sichtweisen beginnen sich erst allmählich aufzulösen. Ein Großteil der Elternpaare wünscht sich Teilzeitmodelle, um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren. Dass ein Partner qualifiziert Teilzeit erwerbstätig ist, der andere Vollzeit oder dass sogar beide Elternteile in Teilzeit arbeiten, ist in Deutschland oft nicht umsetzbar.

In vielen europäischen Ländern, die eine höhere Geburtenrate haben, ist die Situation anders. In Schweden beispielsweise sind drei Viertel der Befragten einer internationalen Studie zur Sozialpolitik der Meinung, dass die Berufstätigkeit der Frau auch bei einem kleinen Kind im Haushalt selbstverständlich möglich sein sollte und sich nicht negativ auf die Entwicklung

des Kindes auswirkt. In Deutschland liegt der Anteil der Befragten, die sich dieser Meinung anschließen können, unter einem Drittel und das seit Jahren.

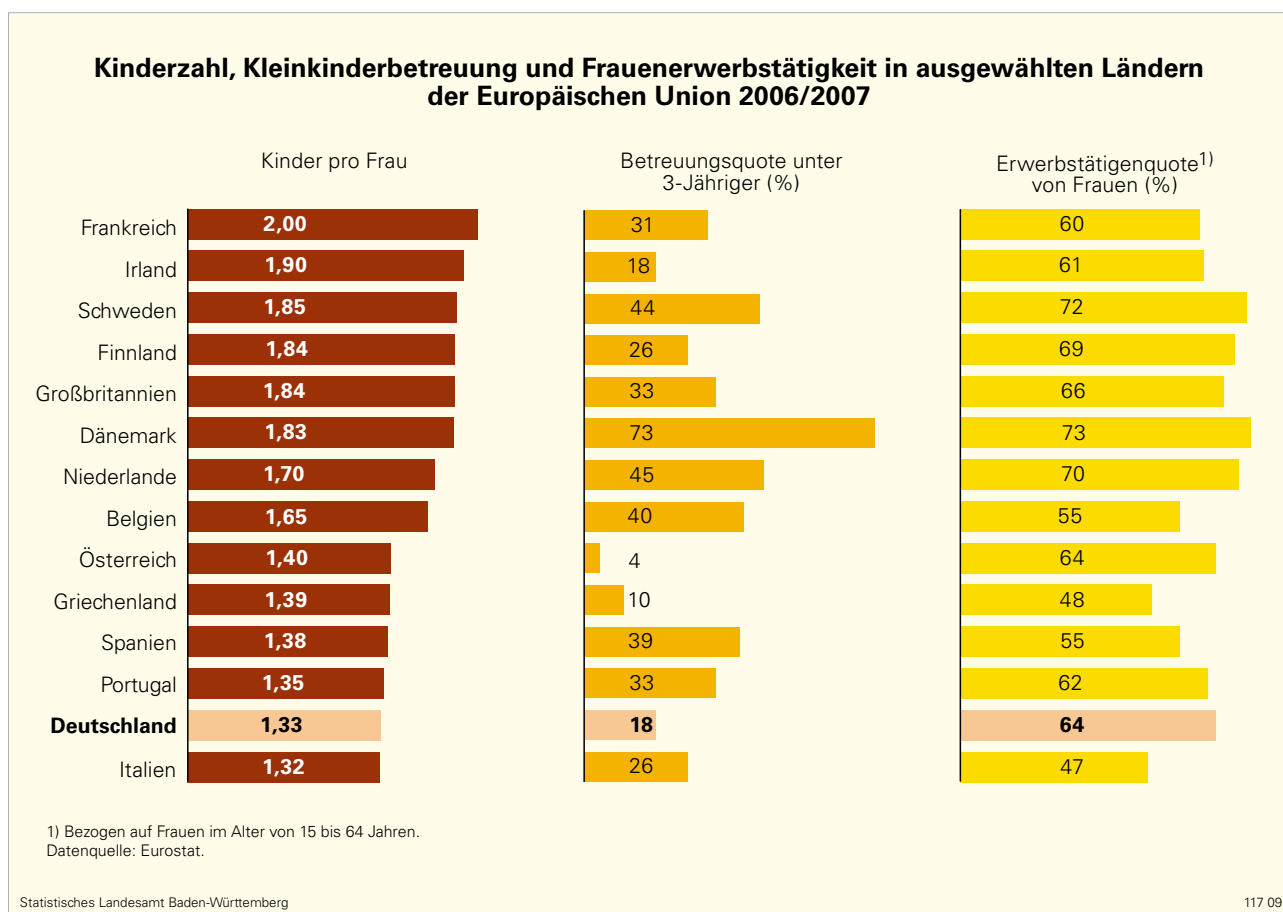
In Dänemark steht für fast drei Viertel der Kinder unter drei Jahren eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung, in den Niederlanden und Schweden für annähernd die Hälfte der Kleinkinder. Dagegen gibt es in Deutschland heute nicht einmal für ein Fünftel der unter 3-jährigen Betreuungsplätze. In Frankreich müssen sich Eltern keine Gedanken machen, wie sie ihre Kinder nachmittags unterbringen, weil es flächendeckend Ganztageschulen gibt. In Deutschland hat eine intensive Diskussion erst vor wenigen Jahren begonnen.

In Schweden hat sich der Staat aktiv um Arbeitszeitmodelle bemüht, die Möglichkeit der Teilzeitarbeit für Eltern ist weitgehend eine Selbstverständlichkeit. So liegt die Erwerbstätigkeit schwedischer Frauen bei 72 %.

4.8 Hohe Wertschätzung von Kindern

Eine Ursache auf Kinder zu verzichten, ist paradoxerweise deren hohe Wertschätzung. Um es vereinfacht zu sagen: Früher bekam man einfach Kinder. Heutzutage dagegen entscheidet man sich sehr bewusst. Und diesen Kindern möchte man dann ermöglichen, in unserer Leistungsgesellschaft ein erfolgreiches und glückliches Leben zu führen. Sie sollen keine materiellen Sorgen haben, pädagogisch wertvoll erzogen werden, genug Zeit und Zuwendung bekommen. Daher wird der ideale Zeitpunkt für die Geburt geplant. Das „Nest“ muss gemacht sein, die Bedingungen für den neuen Erdenbürger sollen möglichst perfekt sein. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, entscheiden sich Paare oft lieber gegen ein Kind, bevor sie es ihm „zumuten“, in weniger idealen Verhältnissen aufzuwachsen. Man kann auch sagen: Wenn diese Voraussetzungen dann endlich vorliegen, ist es für viele zu spät.

Schaubild 15





5. Lebenserwartung

- 5.1 Lebenserwartung gestern, heute und morgen
- 5.2 Lebenserwartung in den Bundesländern
- 5.3 Lebenserwartung in den Stadt- und Landkreisen
Baden-Württembergs

5. Lebenserwartung

5.1 Lebenserwartung gestern, heute und morgen

Vor etwa 1 000 Jahren hatten die Menschen – vor allem aufgrund der sehr hohen Kindersterblichkeit – eine Lebenserwartung von lediglich etwas mehr als 20 Jahren, um das Jahr 1900 erst von rund 43 Jahren, heute dagegen von immerhin ca. 80 Jahren. Die Lebenserwartung hat sich damit in den letzten 100 Jahren fast verdoppelt, so wie zuvor innerhalb eines knappen Jahrtausends.

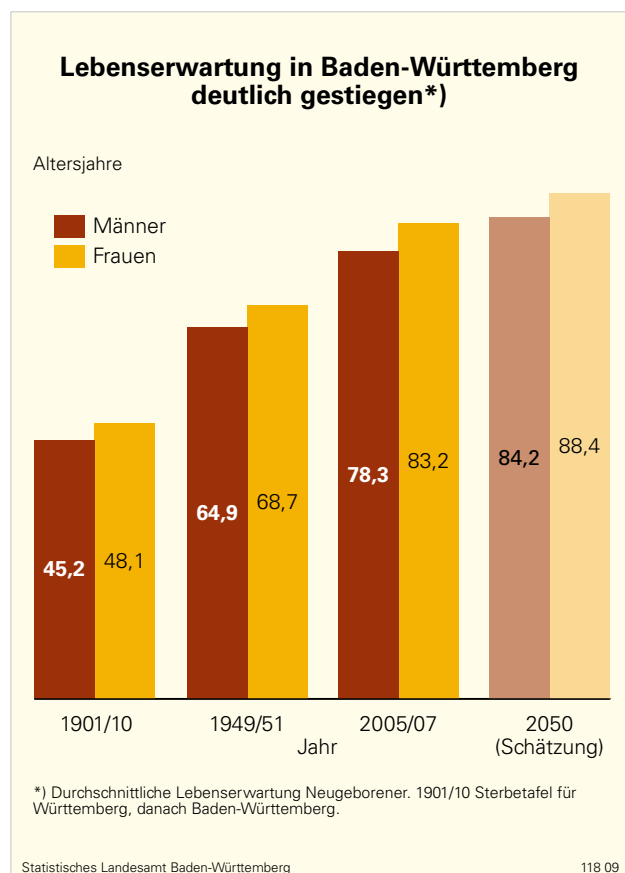
Frauen leben im Schnitt deutlich länger als Männer: Derzeit haben Frauen in Baden-Württemberg eine Lebenserwartung von 83,2 Jahren, Männer von 78,3 Jahren. Studien belegen, dass der große Unterschied z.T. auf biologische Ursachen zurück-

zuführen ist, vor allem aber mit unterschiedlichen Lebensweisen erklärt werden kann: Frauen ernähren sich im Schnitt gesünder und sind deshalb seltener übergewichtig; sie rauchen weniger und trinken seltener Alkohol, auch wenn bei den Jüngeren eine tendenzielle Angleichung an das Verhalten der Männer zu beobachten ist; Frauen setzen sich im Alltag weniger Gefahren aus, verüben deutlich seltener Suizid und nehmen häufiger Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen in Anspruch.

Ein wesentlicher Grund für die stetige Zunahme der Lebenserwartung ist die stark gesunkene Säuglings- und Kindersterblichkeit. Während Anfang der 70er-Jahre etwa 20 von jeweils 1 000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr starben, sind es gegenwärtig nur ca. drei von 1 000 Neugeborenen. Aber auch im höheren Alter hat die Sterblichkeit aufgrund der verbesserten gesundheitlichen Vorsorge und Gesundheitsversorgung beträchtlich abgenommen. So können nach den aktuellen Sterblichkeitsverhältnissen 75-jährige Männer im Land eine weitere Lebensdauer von durchschnittlich knapp elf Jahren erwarten; Anfang der 70er-Jahre waren es lediglich etwa sieben Jahre. Bei den 75-jährigen Frauen sind es derzeit sogar annähernd 13 Jahre, 1970/72 waren es dagegen nur etwas mehr als acht Jahre.

Mit welcher künftigen Entwicklung bei der Lebenserwartung ist zu rechnen? Ganz überwiegend wird davon ausgegangen, dass es zwar ein natürliches Höchstalter für Menschen gibt und dass das Potential für eine Verringerung der Säuglingssterblichkeit weitgehend ausgeschöpft ist. Trotzdem wird erwartet, dass die Lebenserwartung der Menschen auch künftig weiter ansteigen wird. Dies wird unter anderem mit einer weiteren Verbesserung der medizinischen Versorgung im hohen Alter begründet. In der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung wurde unterstellt, dass sich der Sterblichkeitsrückgang ähnlich wie in den vergangenen drei Jahrzehnten fortsetzen könnte. Die Lebenserwartung der Frauen im Südwesten würde dann bis 2050 um etwas mehr als fünf Jahre und die der Männer um annähernd sechs Jahre zunehmen. Der Unterschied der

Schaubild 16



Lebenserwartung zwischen Frauen und Männer würde somit auf rund vier Jahre zurückgehen.

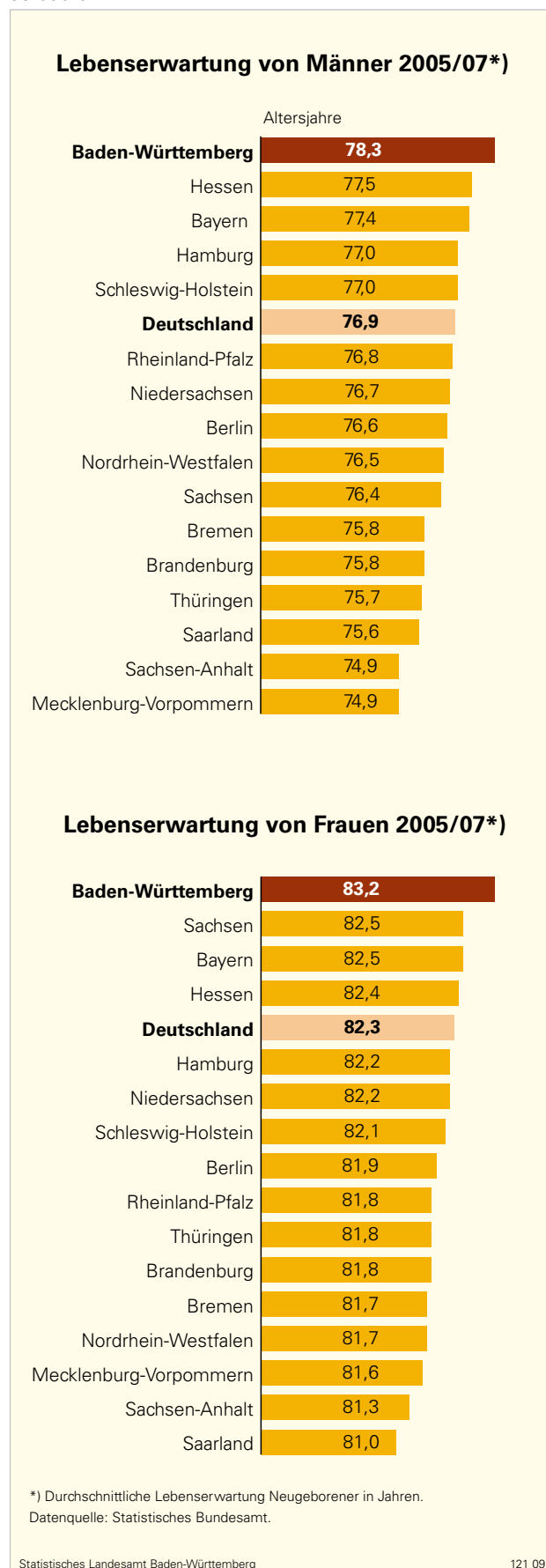
5.2 Lebenserwartung in den Bundesländern

Im bundesweiten Vergleich weist Baden-Württemberg seit Beginn der 70er-Jahre regelmäßig die höchste Lebenserwartung Neugeborener auf. Im Zeitraum 2005/07 lag die Lebenserwartung neugeborener Mädchen in Deutschland bei 82,3 Jahren, die der Jungen bei 76,9 Jahren. Damit haben baden-württembergische Mädchen bei der Geburt die Aussicht auf eine um elf Monate höhere Lebenserwartung als im Bundesdurchschnitt, bei den Knaben sind es sogar siebzehn Monate mehr.

Unter den einzelnen Bundesländern folgen nach Baden-Württemberg Hessen und Bayern und bei den Frauen auch Sachsen, am Ende der Rangskala befinden sich mit Ausnahme von Sachsen ostdeutsche Bundesländer. Bei der Lebenserwartung der Frauen liegt allerdings das Saarland am Tabellenende. Insgesamt gesehen fällt die Spannbreite bei den Länderunterschieden bei den Männern mit 3,5 Jahren deutlich größer aus als bei den Frauen (2,2 Jahre).

Unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union gibt es gegenwärtig nur wenige, deren Bevölkerungen eine höhere Lebenserwartung aufweisen als die Baden-Württembergs. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) waren dies im Jahr 2006 bei den Frauen Frankreich, Spanien (jeweils 84,4 Jahre), Italien (83,8 im Jahr 2004), Finnland und Schweden (jeweils 83,1 Jahre). Bei den Männern erreichte nur Schweden und Zypern mit jeweils 78,8 Jahren eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung als Baden-Württemberg, alle anderen EU-Länder verzeichneten hier niedrigere Zahlen. Das Nachbarland Schweiz weist ebenfalls eine höhere Lebenserwartung auf (Männer 79,2 Jahre, Frauen 84,2 Jahre). Im weltweiten Vergleich kommen mit Japan, Australien und Kanada nur noch wenige größere Staaten hinzu, die eine günstigere Lebenserwartung als Baden-Württemberg aufweisen.

Schaubild 17

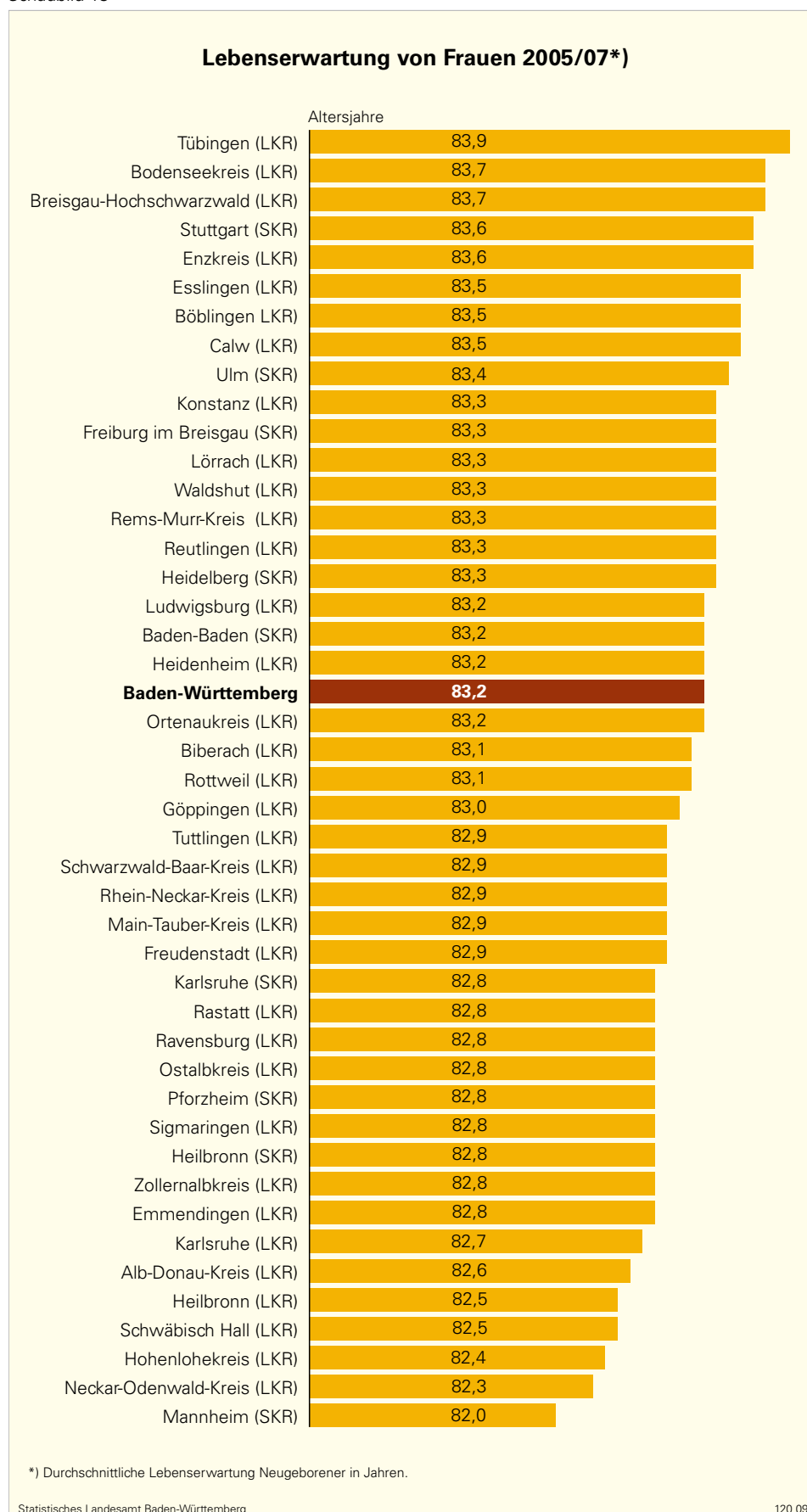


5.3 Lebenserwartung in den Stadt- und Landkreisen Baden- Württembergs

Auch innerhalb des Landes zeigen sich bei der Lebenserwartung von Männern und Frauen merkliche Unterschiede. So können die Bewohner der Landkreise Tübingen und Breisgau-Hochschwarzwald mit der im Schnitt höchsten Lebensdauer in Baden-Württemberg rechnen. Am unteren Ende der Skala befinden sich der Stadtkreis Mannheim (Frauen) und Landkreis Schwäbisch Hall (Männer). Insgesamt gesehen bewegen sich die regionalen Unterschiede in der Lebenserwartung innerhalb einer Spannbreite von ca. 2,5 Jahren bei den Männern und von etwa zwei Jahren bei den Frauen.

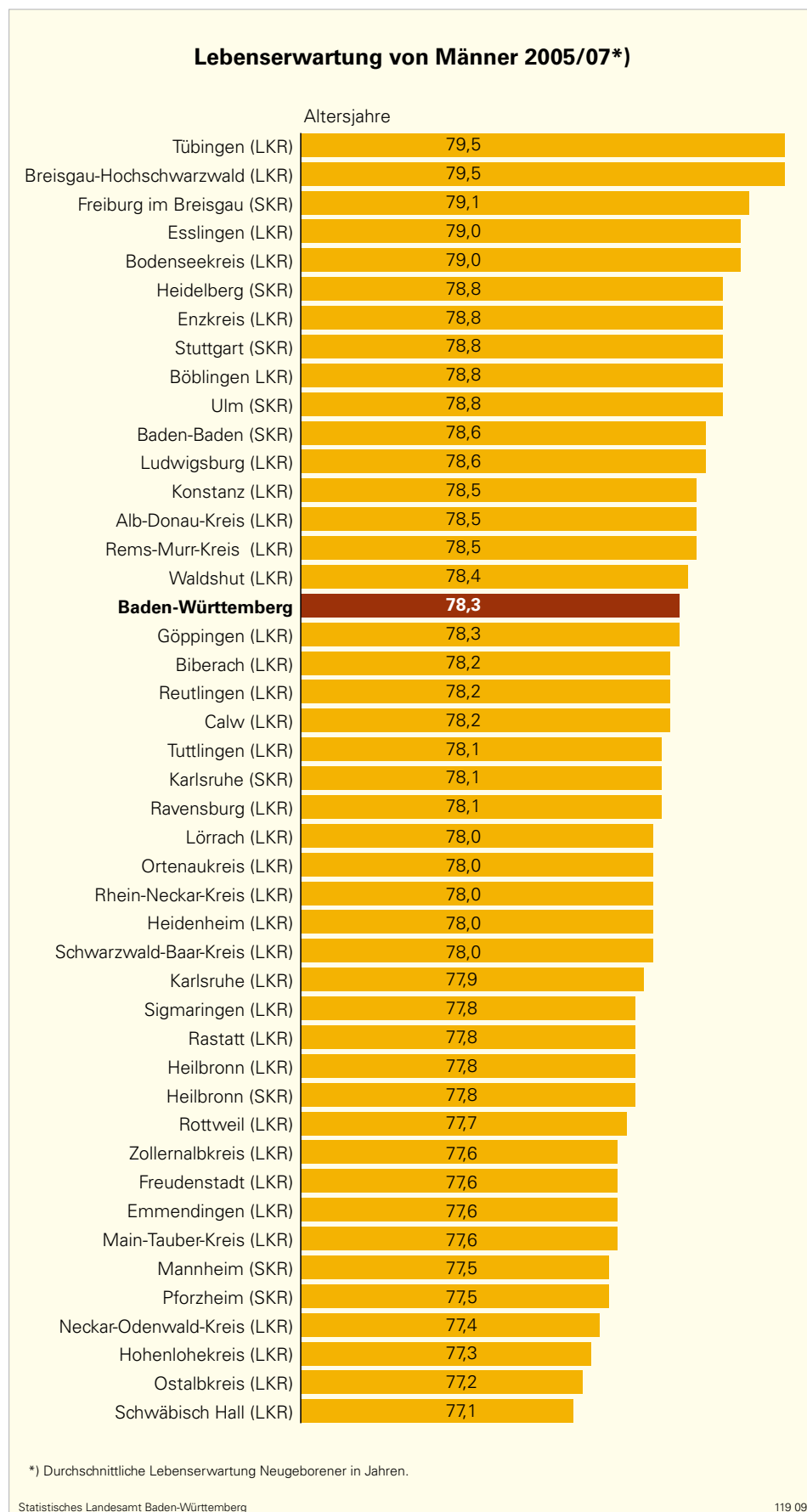
Als Erklärung für diese regionalen Unterschiede kommen in erster Linie Faktoren in Frage, die mit der Höhe des Einkommens, des Bildungsstandes und dem sozialen Status zusammenhängen. So weisen Gebiete, in denen die Bevölkerung im Durchschnitt höhere Einkommenspositionen

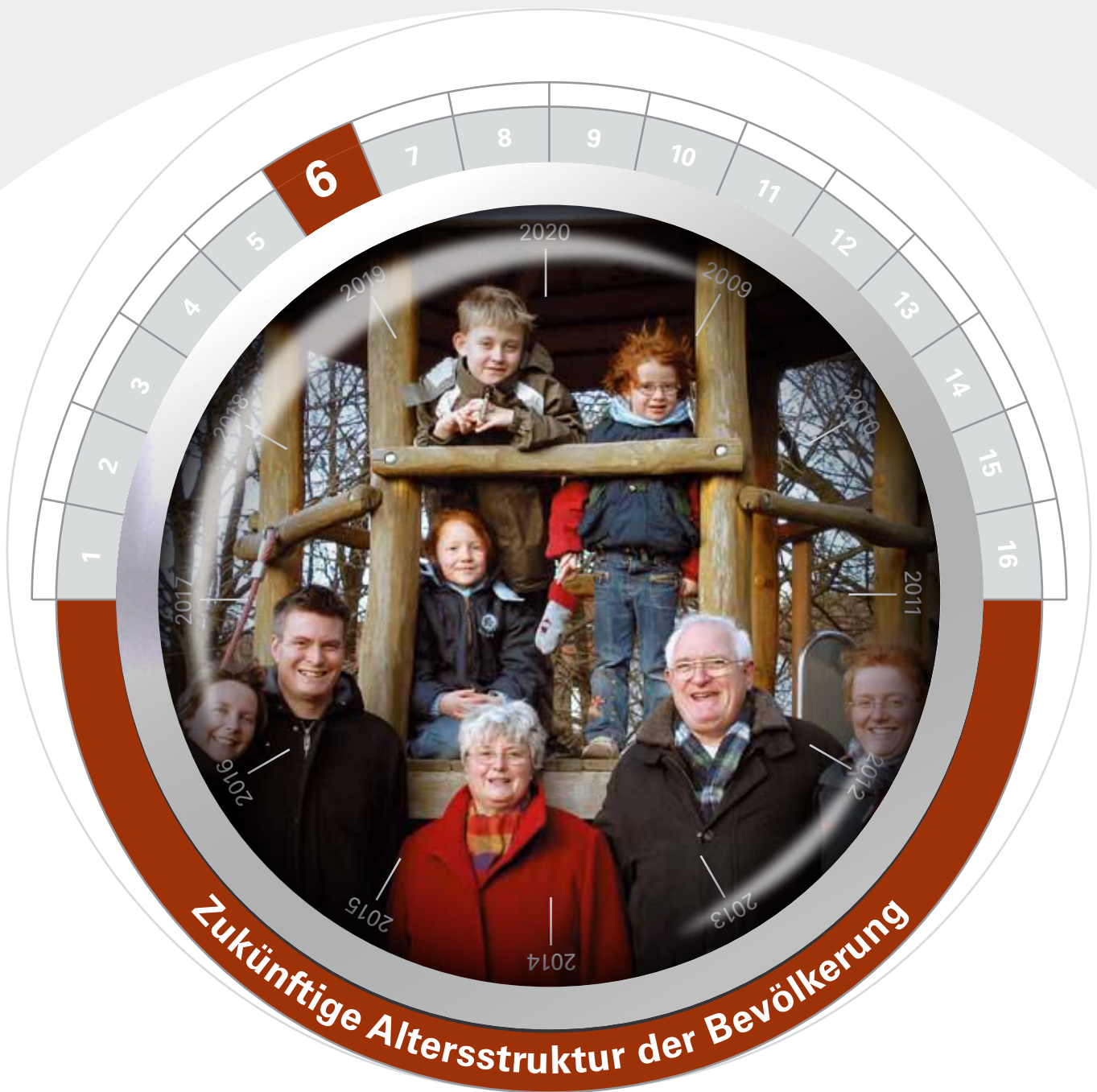
Schaubild 18



verzeichnet, eine höhere Lebenserwartung auf als einkommensschwächere Gebiete. Es ist zu vermuten, dass sich eine bessere Einkommenssituation und soziale Lage günstig auf die Lebensweise und Lebensumstände auswirken. Dazu gehören ein größeres Gesundheitsbewusstsein, ein leichter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung sowie das Ernährungsverhalten. Die regionalen Unterschiede der Umweltbelastungen und der Verfügbarkeit von Ärzten und Krankenhäusern haben heute in Baden-Württemberg keinen signifikanten Einfluss mehr auf die Lebenserwartung.

Schaubild 19





6. Zukünftige Altersstruktur der Bevölkerung

- 6.1 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
- 6.2 Entwicklung der Zahl älterer Menschen
- 6.3 Durchschnittsalter im Jahr 2025

6. Zukünftige Altersstruktur der Bevölkerung

6.1 Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Ende 2000 trat die historische Zäsur ein, dass erstmals der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen mit rund 22 % geringer war als der Anteil der 60-Jährigen und Älteren (23 %). Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – die 20- bis unter 60-Jährigen – nimmt nach den jüngsten Bevölkerungsvorausrechnungen bis 2050 von heute 55 % auf 46 % ab. Baden-Württemberg hätte

demnach um 2050 rund 1,4 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter weniger als gegenwärtig. Demgegenüber steigt der Anteil der 60-jährigen und älteren Menschen von heute 24 % auf 39 % an. Damit kommen immer mehr Menschen im nicht mehr erwerbsfähigen Alter auf die Zahl der Menschen, die sich im Erwerbsalter befinden. Aus heutiger Sicht würden in etwa 20 Jahren die 60-Jährigen und Älteren im Lande doppelt so stark in unserer Bevölkerung vertreten sein wie die unter 20-Jährigen. Der Altersdurchschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung wird sich aller Voraussicht nach bis 2050 um knapp acht Jahre auf fast 50 Jahre erhöhen.

Tabelle 1

In 20 Jahren etwa doppelt so viele ältere wie junge Menschen*)					
Jahr	Bevölkerung insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			Durchschnittsalter
		unter 20	20 – 60	60 und mehr	
	1 000	%			Jahre
1950	6 478	31	55	14	34,3
2000	10 524	22	55	23	40,2
2005	10 736	21	55	24	41,4
2007	10 750	21	55	24	42,0
2010	10 766	20	55	25	42,7
2015	10 755	18	55	26	43,9
2020	10 710	17	54	29	45,0
2025	10 632	17	51	32	45,9
2030	10 511	17	48	35	46,8
2040	10 167	16	47	37	48,6
2050	9 692	15	46	39	49,8

*) Bis 2007 Ist-Werte, danach Vorausrechnung.

6.2 Entwicklung der Zahl älterer Menschen

Eine besonders wichtige Entwicklung betrifft den überproportional starken Anstieg der Zahl alter und hoch betagter Menschen. Die Gesamtgruppe der 60-Jährigen und Älteren wird bis 2020 voraussichtlich um fast ein Viertel auf dann 3,1 Millionen anwachsen. Bis 2050 würde es sogar nahezu 50 % mehr ältere und alte Menschen im Lande geben als gegenwärtig – nämlich insgesamt 3,7 Millionen Personen.

Innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen bahnen sich jedoch ebenfalls große Gewichtsverschiebungen an. So ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Hochbetagten – der 85-Jährigen und Älteren – bereits bis 2020 um nahezu zwei Drittel auf rund 327 000 Personen ansteigen wird. Langfristig würde sich ihre Zahl mit etwa 765 000 Hochbetagten im Jahre 2050 fast vervierfachen.

Dieser Entwicklung kommt im Hinblick auf das besonders hohe Pflegerisiko in dieser Altersgruppe und der heute schon nicht unproblematischen Sicherung der Pflegemöglichkeiten in Zukunft eine

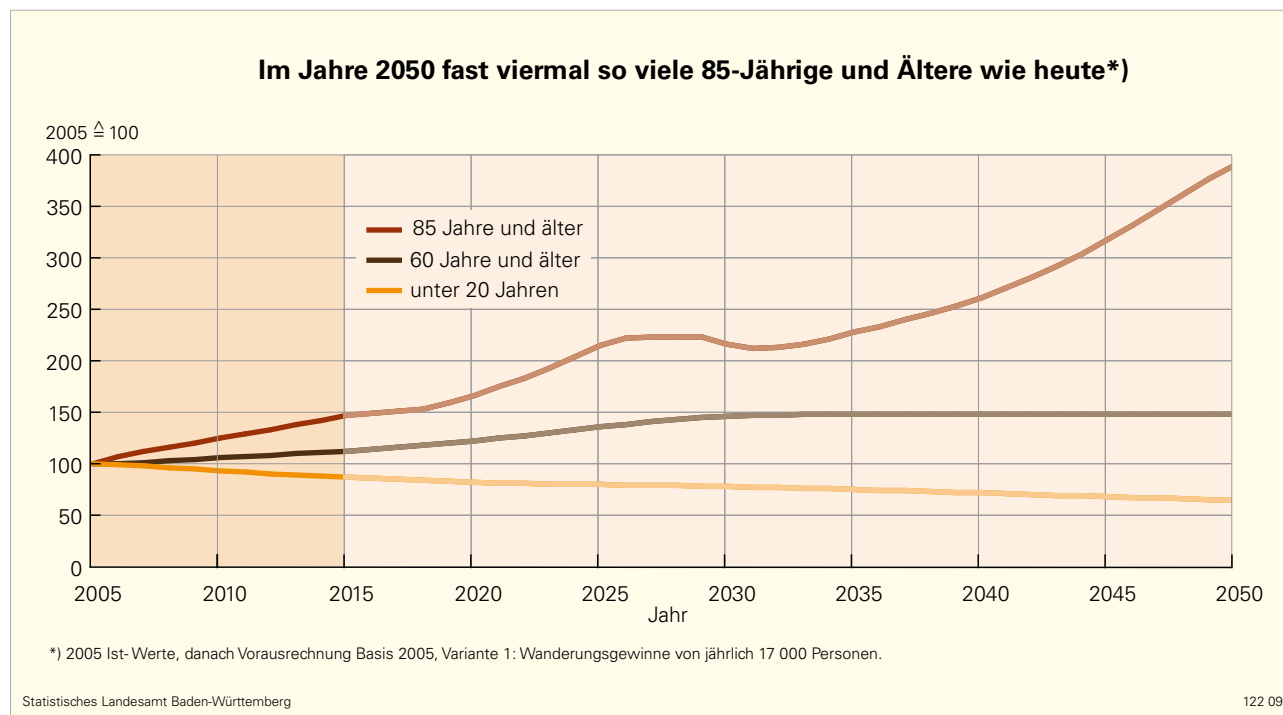
wachsende Bedeutung zu. Wir werden es also künftig mit einer sich deutlich öffnenden Scherenbewegung zwischen „Jung“ und „Alt“ zu tun haben. Bis 2050 dürfte die nachwachsende Generation – die der unter 20-Jährigen – zahlenmäßig um rund ein Drittel schrumpfen.

6.3 Durchschnittsalter im Jahr 2025

Die Bevölkerung mag sich insgesamt in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs unterschiedlich entwickeln, eine Gemeinsamkeit haben jedoch alle Kreise: Die Zahl der älteren Menschen wird sowohl zahlen- als auch anteilmäßig überall steigen. Baden-Baden bleibt auch in Zukunft der Stadtkreis mit der im Durchschnitt ältesten Bevölkerung. Dagegen wird voraussichtlich in der Stadt Ulm im Jahre 2025 unter allen Stadt- und Landkreisen die jüngste Bevölkerung leben. Dies gilt gegenwärtig noch für den Landkreis Tübingen.

In den Stadt- und Landkreisen, deren Bevölkerung heute im Schnitt relativ jung ist, wird die Verschiebung in den Altersgruppen dynamischer

Schaubild 20

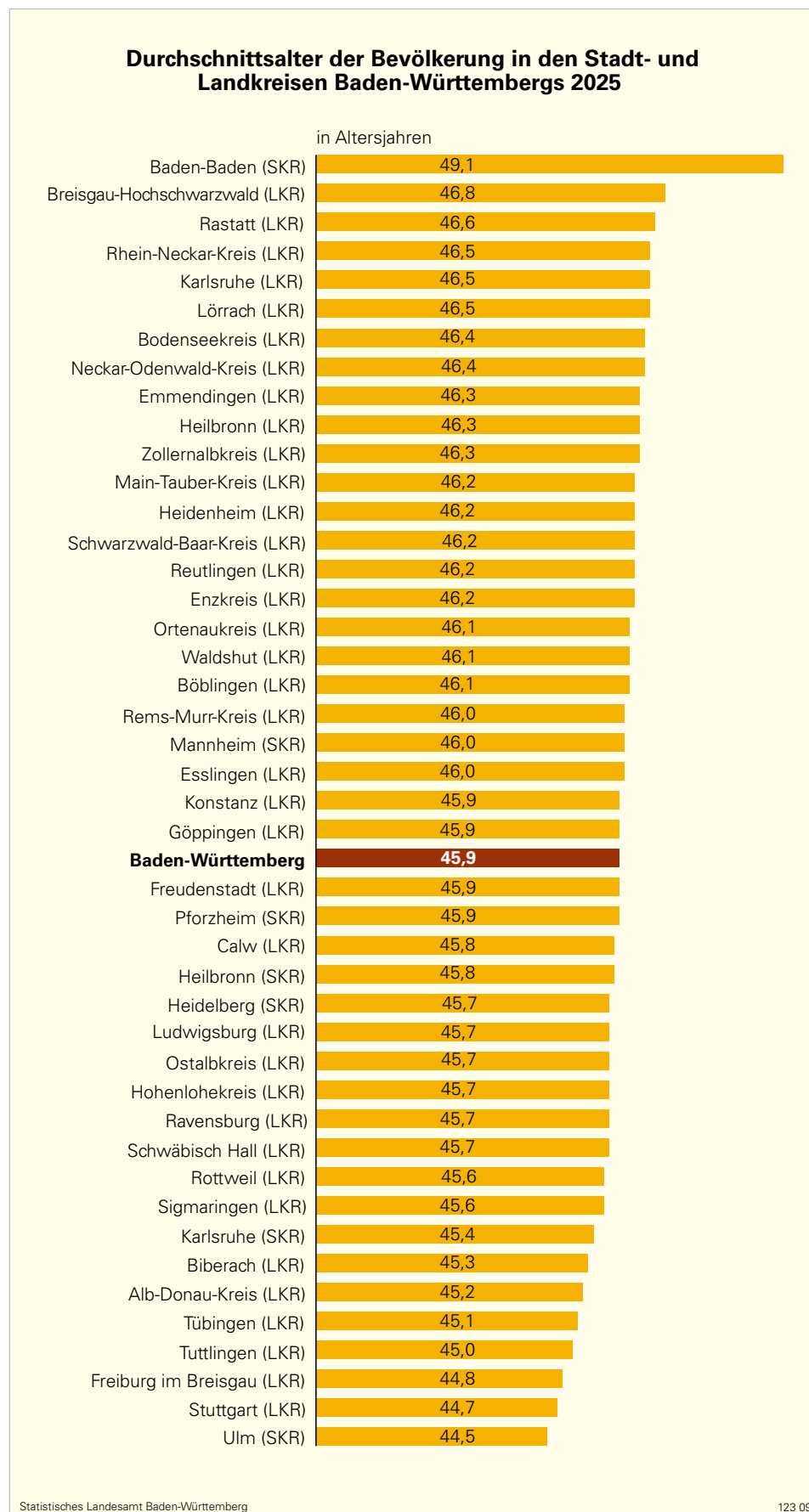


verlaufen. Die Gründe liegen darin, dass derzeit jüngere, stark besetzte Altersjahrgänge zunehmend in ein höheres Alter hineinwachsen und nachwachsende Generationen schwächer besetzt sind.

Diese Kreise stehen mit Blick auf die Planung für die verschiedenen Infrastrukturbereiche vor besonderen Herausforderungen. Am stärksten wird das Durchschnittsalter in den Landkreisen Heilbronn, Tübingen und Biberach ansteigen. Hier werden auch die stärksten Zuwächse bei der Zahl der 60-Jährigen und Älteren erwartet.

In Kreisen, die bereits heute ein überdurchschnittliches Alter zeigen, wird der Alterungsprozess dagegen langsamer ablaufen. Dies trifft auf die meisten Stadtkreise Baden-Württembergs zu. Ein interessantes Beispiel ist der Stadtkreis Stuttgart. Mit derzeit 42,4 Jahren über dem Landeschnitt liegend, wird Stuttgart 2025 voraussichtlich sogar die zweitjüngste Bevölkerung haben.

Schaubild 21





7. Erwerbsbevölkerung und Erwerbsbeteiligung

- 7.1 Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung
- 7.2 Entwicklung der Erwerbspersonenzahl und deren Qualifikationsstruktur
- 7.3 Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer
- 7.4 Erwerbsbeteiligung von Frauen
- 7.5 Erwerbsbeteiligung von Migranten

7. Erwerbsbevölkerung und Erwerbsbeteiligung

7.1 Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung

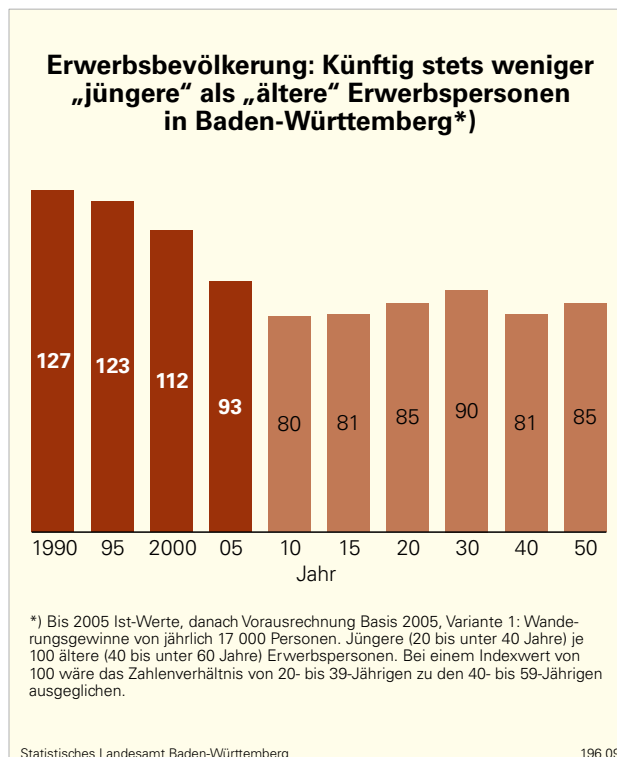
Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der demografischen Entwicklung besteht darin, dass die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter auf mittlere Sicht abnehmen und im Schnitt immer älter wird. Einen Maßstab für den Alterungsprozess der Belegschaften der Unternehmen und Verwaltungen liefert der sogenannte „Erneuerungsindex“. Dieser gibt das zahlenmäßige Verhältnis der 20- bis unter 40-jährigen Erwerbspersonen zu den 40 bis unter 60 Jahre alten Erwerbspersonen an.

Während 1990 auf 100 40- bis unter 60-jährige Personen in Baden-Württemberg noch 127 20- bis unter 40-jährige kamen, ist dieses Zahlenverhältnis in den letzten Jahren auf deutlich unter 100 gesunken. Ende 2004 trat die historische Zäsur ein, dass in der Erwerbsbevölkerung erstmals die „Jüngeren“ schwächer vertreten waren als die „Älteren“. Nach den jüngsten Bevölkerungsvorausrechnungen wird dieses Verhältnis auch bis 2050 so bleiben.

Damit könnte der Alterungsprozess der Erwerbsbevölkerung von Baden-Württemberg ein strukturelles Problem darstellen, weil dieser in wichtigen Wettbewerbsländern wie Frankreich, den USA oder Skandinavien nicht so stark ausgeprägt ist. Für die baden-württembergische Wirtschaft wird sich deshalb die Frage stellen, wie sie ihre Wettbewerbsfähigkeit mit Belegschaften erhält, die über ein signifikant höheres Durchschnittsalter verfügen als ausländische Betriebe, mit denen sie im direkten Wettbewerb liegt.

Die gleiche Frage stellt sich für die Unternehmerschaft und die Führungskräfte. Innovationen und die Bewältigung des technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels werden künftig mehr als bisher auch von einer alternden Erwerbsbevölkerung getragen werden müssen. Deshalb werden berufliche Fortbildung und Neuqualifizierung auch im höheren

Schaubild 22



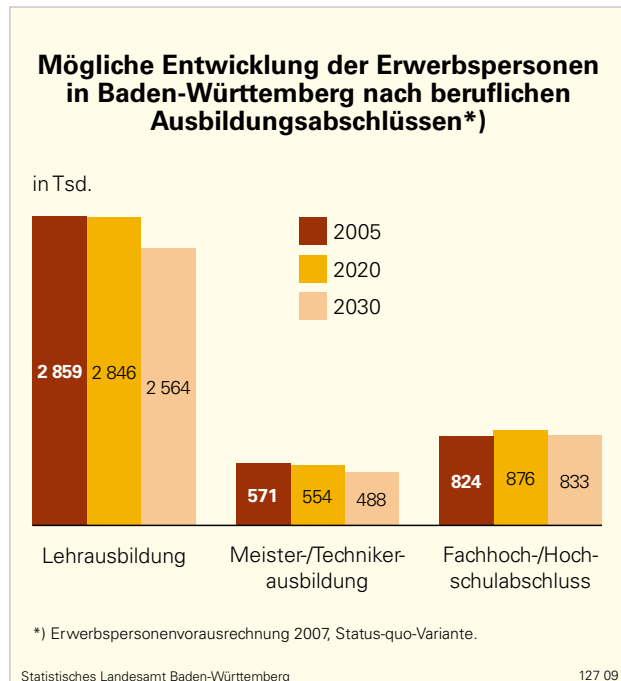
Erwerbsalter eine noch größere Bedeutung erhalten. Doch diese Entwicklung könnte – wie noch zu zeigen sein wird – auch neue Chancen eröffnen.

7.2 Entwicklung der Erwerbspersonenzahl und deren Qualifikationsstruktur

Aus der jüngsten Vorausrechnung zur Entwicklung der Erwerbspersonen – also der Erwerbstätigen und denen, die erwerbslos sind, aber eine Arbeitsstelle suchen – geht hervor, dass die Zahl der Erwerbspersonen bereits ab 2012 sinken könnte. Wenn die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen so bliebe wie im Jahre 2005, würde die Erwerbspersonenzahl von heute rund 5,48 Millionen auf etwa 5,54 Millionen in 2011 ansteigen, danach aber bis 2020 auf 5,35 Millionen absinken. Im Jahre 2030 läge die Zahl der Erwerbspersonen um rund 520 000 niedriger als heute.

Mit Blick auf die Qualifikationsstruktur würde bei gleich bleibender Erwerbsbeteiligung das Angebot an Erwerbspersonen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss von gegenwärtig etwa 824 000

Schaubild 23



Personen auf rund 876 000 im Jahre 2020 ansteigen. Bis 2030 wäre die Zahl mit 833 000 leicht über dem heutigen Stand. Demgegenüber ist sowohl für die Zahl der Erwerbspersonen mit abgeschlossener Lehre als auch mit einem Meister- bzw. Technikerabschluss auf längere Sicht ein deutliches Minus zu erwarten. Im Jahre 2030 hätte das Land nahezu 300 000 Erwerbspersonen mit Lehrabschluss weniger als 2005, bei den Erwerbspersonen mit Meister- bzw. Technikerabschluss ergäbe sich ein Rückgang um etwa 82 000 Personen.

7.3 Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer

Das Nachwachsen schwächer besetzter Jahrgänge in Folge des Geburtenrückgangs hat vielfältige gesellschaftliche Auswirkungen. Eine der zentralen Fragen wird sein, wie wir das vorhandene Erwerbspersonenpotential in Zukunft besser ausschöpfen können, ohne darauf angewiesen zu sein, dass stets eine deutliche Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland vorhanden sein muss, um den Bedarf am Arbeitsmarkt zu decken.

Mit Blick auf das Erwerbspersonenpotenzial kommen vor allem folgende vier Ansätze in Betracht:

- Ausbildungszeiten verkürzen,
- Arbeitszeiten und insbesondere Lebensarbeitszeiten verlängern,
- die Erwerbstätigenquote von Frauen weiter erhöhen und
- die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung insgesamt erhöhen, wozu vor allem auch die Ausbildungschancen der Migranten deutlich verbessert werden müssten.

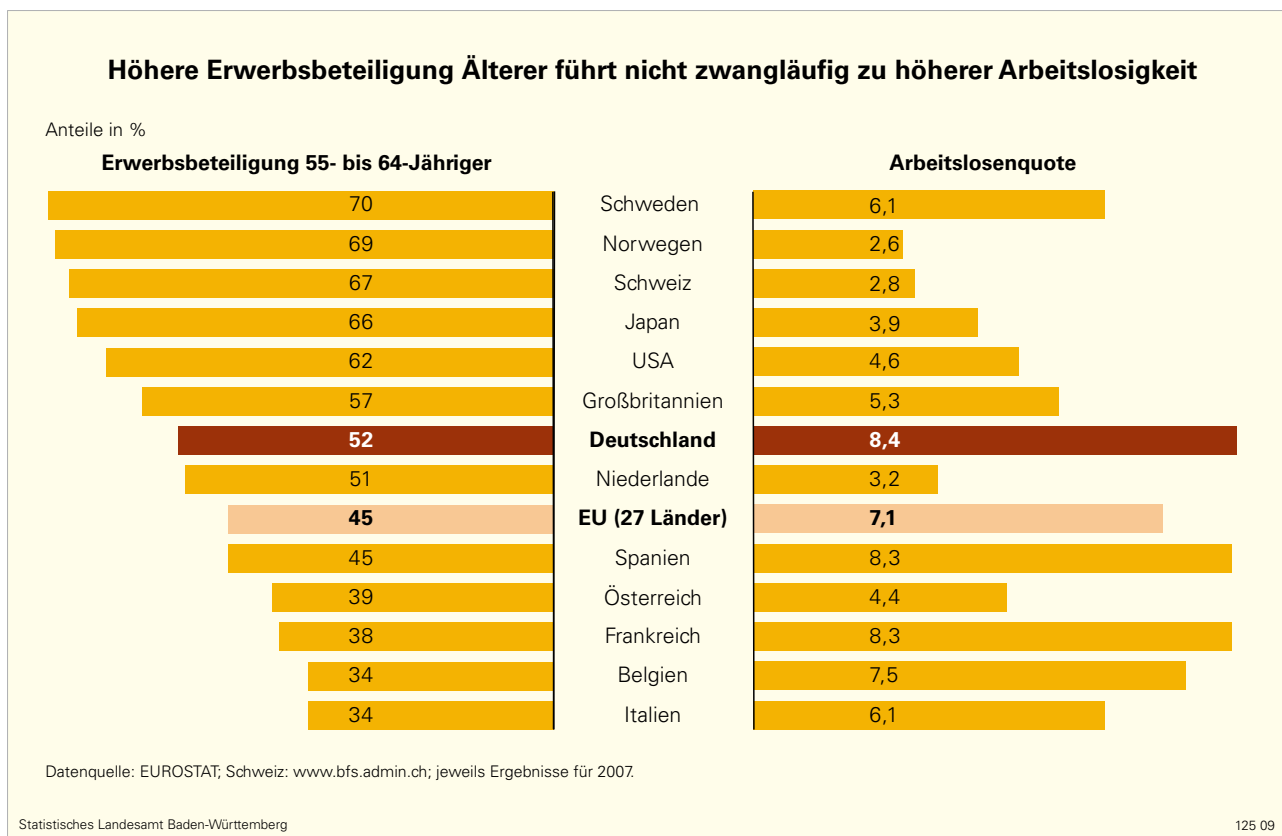
52 % der 55- bis unter 65-Jährigen sind in Deutschland noch erwerbstätig. Demgegenüber beteiligen sich in Schweden, Norwegen und der Schweiz gut zwei Drittel dieser Altersgruppe am Erwerbsleben. Daraus kann geschlossen werden, dass Deutschland zumindest im internationalen Vergleich ein noch nicht ausgeschöpftes Potenzial älterer Arbeitnehmer hat. Bemerkenswert ist auch, dass Länder wie Norwegen oder die Schweiz mit vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquoten eine hohe Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer aufweisen.

7.4 Erwerbsbeteiligung von Frauen

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, also der Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, hat sich in der Vergangenheit wesentlich verändert: Die Erwerbsbeteiligung von Männern ist in den letzten 35 Jahren leicht rückläufig gewesen, die von Frauen hat sich dagegen stark erhöht. Konsequenz hieraus war, dass die Zahl der berufstätigen Frauen in Baden-Württemberg allein zwischen 1980 und 2007 um 718 000 zugenommen hat (+43 %). Die Zahl der erwerbstätigen Männer erhöhte sich im selben Zeitraum dagegen nur um 332 000 (+13 %).

Damit wird deutlich, dass vor allem Frauen von den zusätzlich geschaffenen Beschäftigungsmöglich-

Schaubild 24



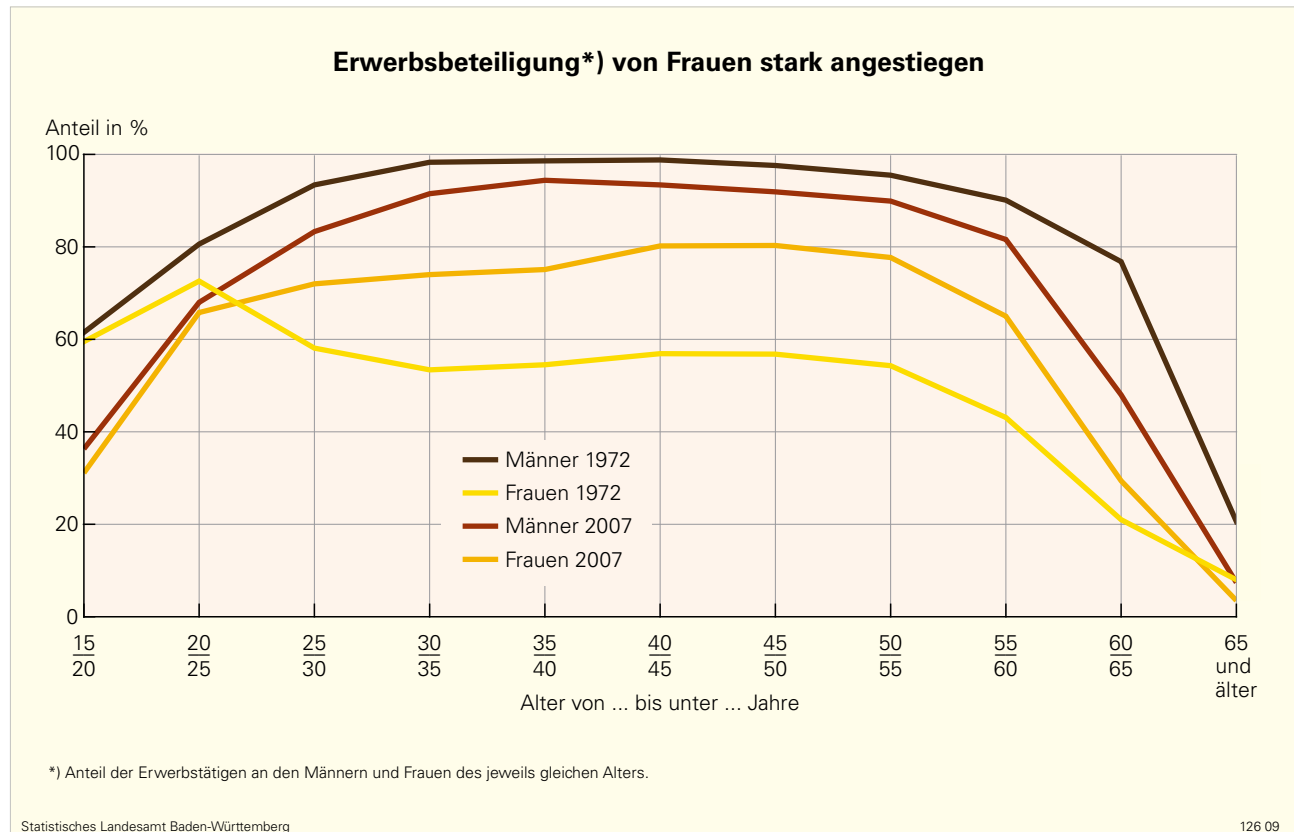
keiten der letzten Jahrzehnte profitiert haben. Von den 5,3 Millionen Erwerbstätigen in Baden-Württemberg sind etwa 2,4 Millionen Frauen. Damit hat die Frauenerwerbstätigkeit im Land einen Höchststand erreicht. Wir gehen davon aus, dass sich dies auch in der Zukunft noch weiter entwickeln wird – mit oder ohne Kinder.

Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit beruht in erster Linie auf einem geänderten Erwerbsverhalten der Mütter. Während die Erwerbstätigenquote kinderloser Frauen seit 1985 moderat von 75 % auf heute 85 % angestiegen ist, hat sich diese Quote bei den Müttern minderjähriger Kinder beträchtlich erhöht. 1985 war lediglich knapp die Hälfte der Mütter in Baden-Württemberg erwerbstätig, heute sind es rund zwei Drittel. Bei näherer Untersuchung dieser Entwicklung fällt auf, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern vor allem durch eine Teilzeittätigkeit getragen wird. 71 % der erwerbstätigen Frauen mit Kindern sind teilzeitbeschäftigt. 1985 war es noch jede Zweite.

Teilzeit zu arbeiten ist auch zu Beginn des neuen Jahrhunderts noch immer eine weibliche Domäne, denn 2007 waren immerhin etwa 82 % der knapp 1,5 Millionen Teilzeiterwerbstätigen in Baden-Württemberg Frauen. Männer sind unter den Berufstätigen mit Teilzeitjob mit einem Anteil von 18 % nach wie vor eher eine Ausnahme.

Obwohl sich das Bildungsniveau zwischen Mädchen und Jungen immer stärker angleicht und die Berufstätigkeit von Frauen immer selbstverständlicher wird, bleibt der Arbeitsmarkt geschlechterspezifisch gespalten: Es ist eine Spaltung durch die Wahl der Berufe und eine starke Konzentration von jungen Männern und Frauen auf nur wenige Berufsfelder erkennbar. Der Arbeitsmarkt ist aber nicht nur horizontal gespalten, sondern auch vertikal. Frauen sind trotz des erheblich gestiegenen Qualifikationsniveaus mit steigender Position immer noch schwächer vertreten und verdienen im Durchschnitt weniger als Männer.

Schaubild 25



Führungspositionen sind nach wie vor überwiegend in männlicher Hand: Obwohl sich die berufliche Qualifikation von Männern und Frauen immer mehr angleicht, sind Frauen in leitender beruflicher Position weiterhin die Ausnahme. Gemessen am Frauenanteil unter den Erwerbstätigen insgesamt, der bei gut 45 % liegt, sind „Chefinnen“ mit knapp 22 % an allen Führungskräften deutlich unterrepräsentiert. Die große Mehrheit der Führungspositionen (78 %) ist mit Männern besetzt.

7.5 Erwerbsbeteiligung von Migranten

Wesentlich für die Lebenssituation, die Chancengleichheit und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen ist ihre schulische und berufliche Qualifikation. Hierbei zeigen sich große Unterschiede zwischen Baden-Württembergern mit und ohne Migrationshintergrund. Derzeit leben etwa 2,7 Millionen Migranten in Baden-Württemberg. Von den

Migranten im Alter von 25 bis unter 65 Jahren hat ein sehr hoher Anteil, nämlich rund 40 %, keine Berufsausbildung vorzuweisen. Bei den gleichaltrigen Baden-Württembergern ohne Migrationshintergrund trifft dies nur auf gut 11 % zu. Entsprechend sind Migranten bei allen Ausbildungsabschlüssen stark unterrepräsentiert.

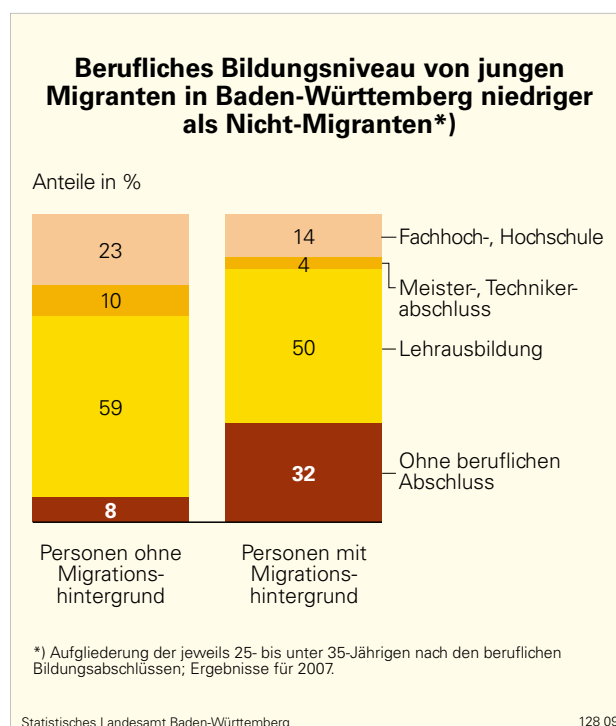
Auch in den jüngeren Altersgruppen zeigt sich zwischen den Baden-Württembergern mit bzw. ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf die berufliche Qualifikation ein deutliches Gefälle: Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hat fast jeder Dritte der 25- bis unter 35-jährigen Migranten keinen beruflichen Ausbildungsabschluss. Bei den gleichaltrigen Baden-Württembergern ohne Migrationshintergrund traf dies lediglich auf etwa jeden Zwölften zu. Auch bei allen Ausbildungsabschlüssen sind die 25- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund gegenüber den Personen ohne Migrationshintergrund unterrepräsentiert.

Die im Durchschnitt geringere berufliche Qualifikation hat dabei offensichtlich unmittelbaren Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarktchancen von Migranten. So sind die Baden-Württemberger mit Migrationshintergrund wesentlich seltener berufstätig als Baden-Württemberger ohne Migrationshintergrund: Von letzteren gehen im erwerbsfähigen Alter, also im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, rund 76 % einer Erwerbstätigkeit nach, von den Migranten jedoch nur 66 %. Die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zeigen sich sowohl bei den Männern (Erwerbstätigenquote der Baden-Württemberger ohne Migrationshintergrund: gut 81 %, bei den Migranten: knapp 74 %), als auch bei den Frauen (70 % bzw. 58 %).

Auch die Erwerbslosenquoten – das heißt der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen – von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Baden-Württemberg zeigen, dass diese beiden Bevölkerungsgruppen offensichtlich nicht die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. So waren im Jahresdurchschnitt 2007 von den Baden-Württembergern ohne Migrationshintergrund knapp 4 % ohne Arbeit, bei den Migranten lag die Erwerbslosenquote mit nahezu 9 % hingegen mehr als doppelt so hoch. Als eine Ursache für die höhere Erwerbslosigkeit der Menschen mit Migrationshintergrund kann sicherlich die im Durchschnitt schlechtere formale berufliche Qualifikation angesehen werden.

In Baden-Württemberg hat mittlerweile jeder dritte Jugendliche bzw. junge Erwachsene unter 25 Jahren einen Migrationshintergrund. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der unter anderem dazu führen wird, dass zukünftig relativ wenige junge Menschen den Nachwuchs auf dem Arbeitsmarkt und für andere gesellschaftliche Aufgaben bilden werden, ist die bestmögliche schulische und berufliche Ausbildung der zahlenmäßig kleinen Generation wichtiger denn je.

Schaubild 26





8. Kinderbetreuung, Schülerzahlen und Schulabschlüsse

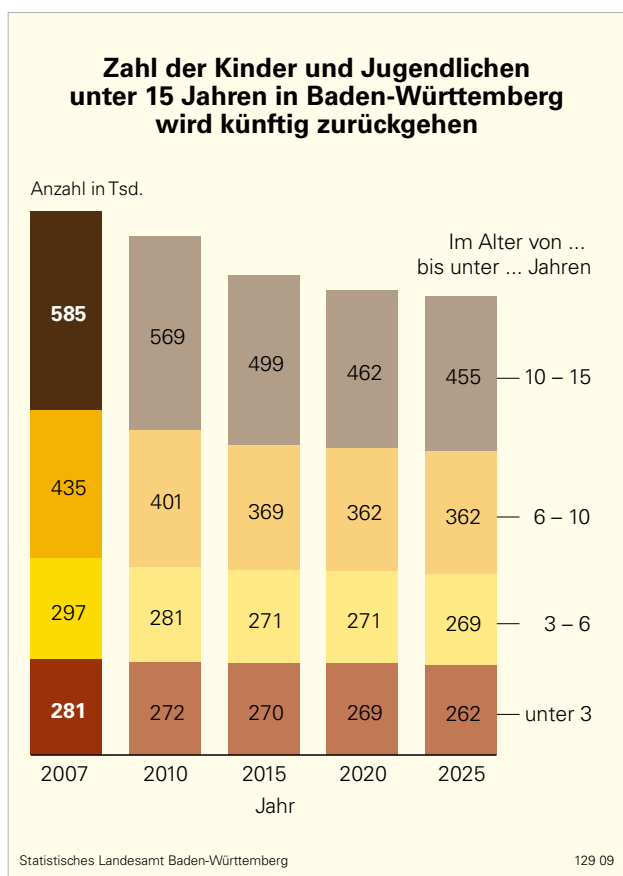
- 8.1 Kinder und Jugendliche
- 8.2 Kinderbetreuung im Kleinkindalter
- 8.3 Künftige Entwicklung der Schülerzahlen
an allgemeinbildenden Schulen
- 8.4 Schulabschlüsse im Generationenvergleich
- 8.5 Schulbesuch bzw. Schulabschlüsse ausländischer
und deutscher Kinder
- 8.6 Hauptschüler nach Staatsangehörigkeit

8. Kinderbetreuung, Schülerzahlen und Schulabschlüsse

8.1 Kinder und Jugendliche

Heute leben rund 1,6 Millionen Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in Baden-Württemberg. Während die Gesamt Einwohnerzahl bis 2025

Schaubild 27



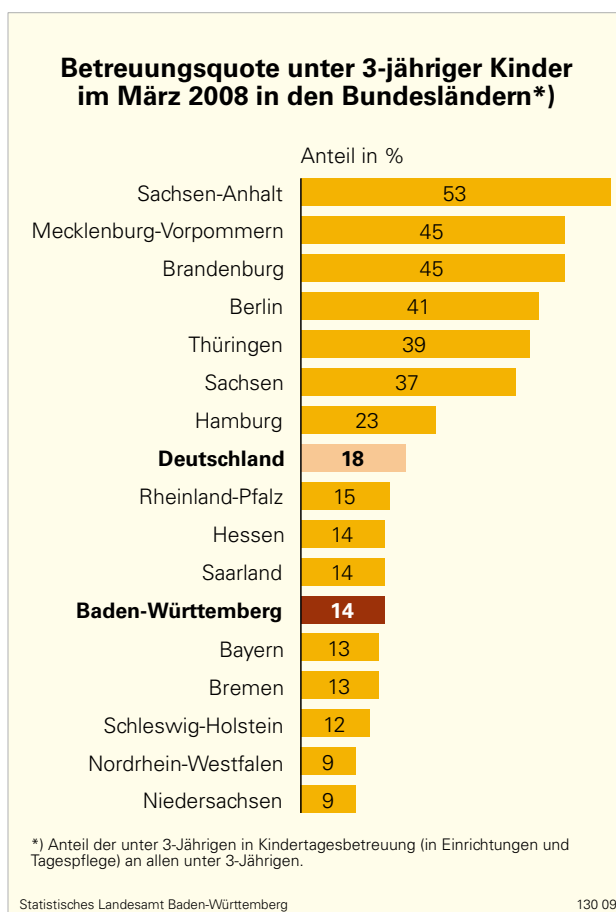
voraussichtlich um rund 1 % abnehmen wird, hätte das Land dann mit gut 1,3 Millionen unter 15-Jährigen etwa 16 % weniger als zurzeit. Besonders stark würde der Rückgang bei den 10- bis unter 15-Jährigen ausfallen (- 22 %). Die Zahl der Kinder im Vorschulalter läge demgegenüber in 2025 mit etwa 530 000 unter 6-Jährigen lediglich um 8 % niedriger als gegenwärtig.

8.2 Kinderbetreuung im Kleinkindalter

Aufgrund des in den nächsten Jahren vermutlich moderat anhaltenden Geburtenrückgangs würde die Zahl der unter 3-Jährigen, die insgesamt für das Angebot an Kleinkindbetreuung in Betracht kämen, von heute rund 281 000 Kindern auf 262 000 im Jahr 2025 sinken.

Ein Blick auf die gegenwärtige Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen zeigt, dass diese in Baden-Württemberg gegenwärtig von etwa 14 % dieser Kinder angenommen wird. Im Bundesdurchschnitt liegt die Betreuungsquote bei 18 %. Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den ost- und den westdeutschen Ländern (Ausnahmen bilden die Stadtstaaten). Während in den westdeutschen Flächenländern sich nur 9 bis 15 % der unter 3-Jährigen in der Tagesbetreuung befinden, sind es beim Spitzenreiter Sachsen-Anhalt 53 %. Innerhalb Baden-Württembergs sind die Unterschiede ebenfalls enorm:

Schaubild 28



Die Betreuungsquote, also der Anteil der betreuten Kinder in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege an allen Kindern der Altersgruppe, ist in der Stadt Heidelberg mit 35,2 % am höchsten. An zweiter und dritter Stelle stehen Freiburg im Breisgau (24,5 %) und Stuttgart (23,4 %). Unter den Landkreisen verzeichnen Tübingen, Konstanz und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die höchsten Betreuungsquoten. Bis zum Jahr 2013 ist es das Ziel, für rund ein Drittel der unter 3-Jährigen ein Angebot in einer Kindertageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter zu schaffen.

8.3 Künftige Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

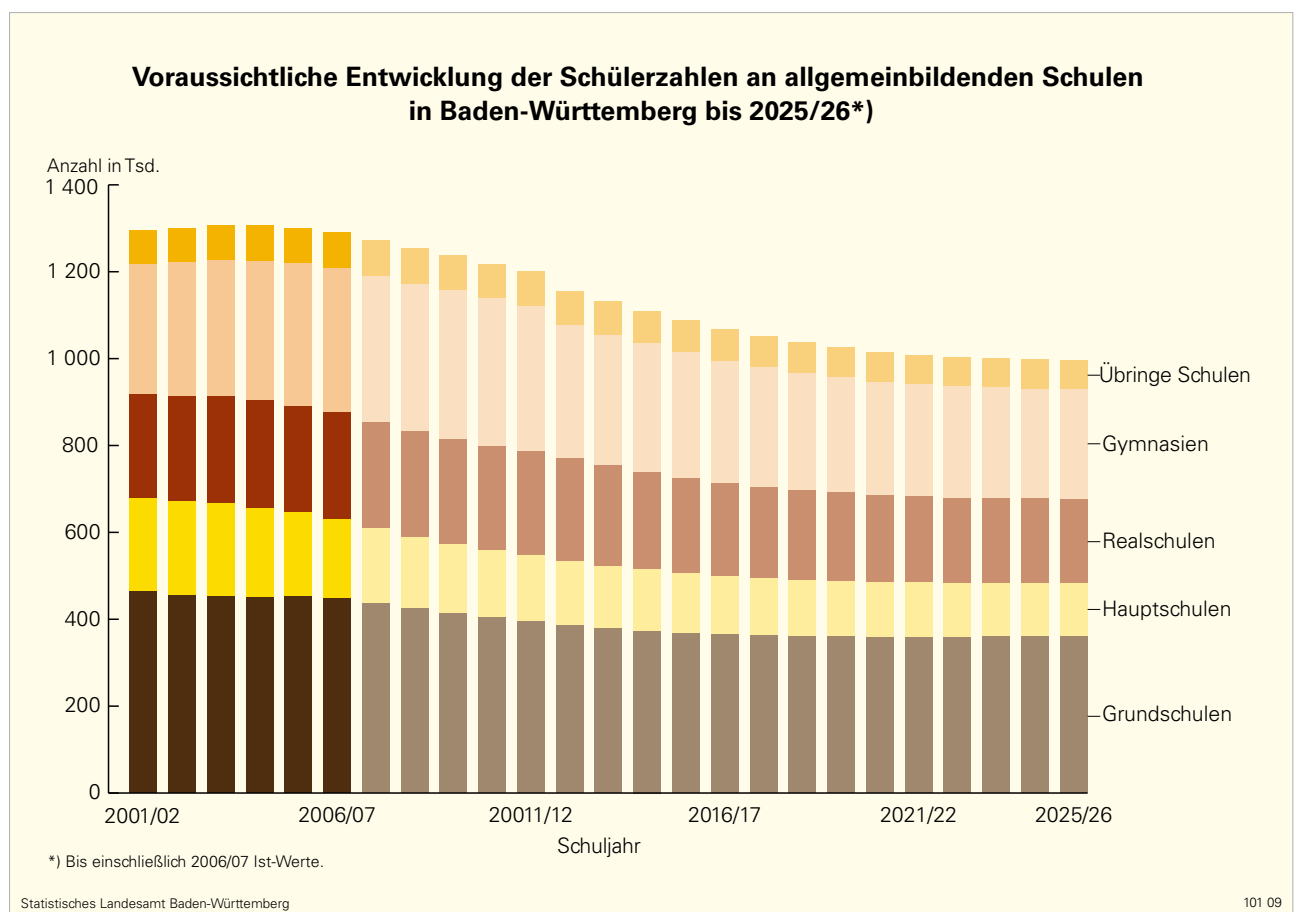
Die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen im Land erreichte im Schuljahr 2003/04 mit knapp

1,31 Millionen ihren Höhepunkt. Bis zum Schuljahr 2007/08 war sie auf rund 1,28 Millionen zurückgegangen. Dieser Trend wird sich bis 2025 fortsetzen. Dann dürften etwas weniger als 1 Million Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden. Nahezu jede vierte Schulbank bliebe dann leer.

Im Grundschulbereich hat der Rückgang der Schülerzahlen schon seit mehreren Jahren eingesetzt. Die Vorverlegung des Einschulungstichtags hat bislang nur im Schuljahr 2005/06 einen geringfügigen Anstieg der Grundschülerzahl mit sich gebracht. Der rückläufige Trend würde sich aus heutiger Sicht bis etwa 2018 weiter fortsetzen. Dann dürfte die Schülerzahl bis 2025 bei etwa 360 000 verharren, knapp ein Fünftel weniger als im Schuljahr 2007/08.

An den Haupt- und Realschulen wird es voraussichtlich fast durchgängig Jahr für Jahr weniger Schüler

Schaubild 29

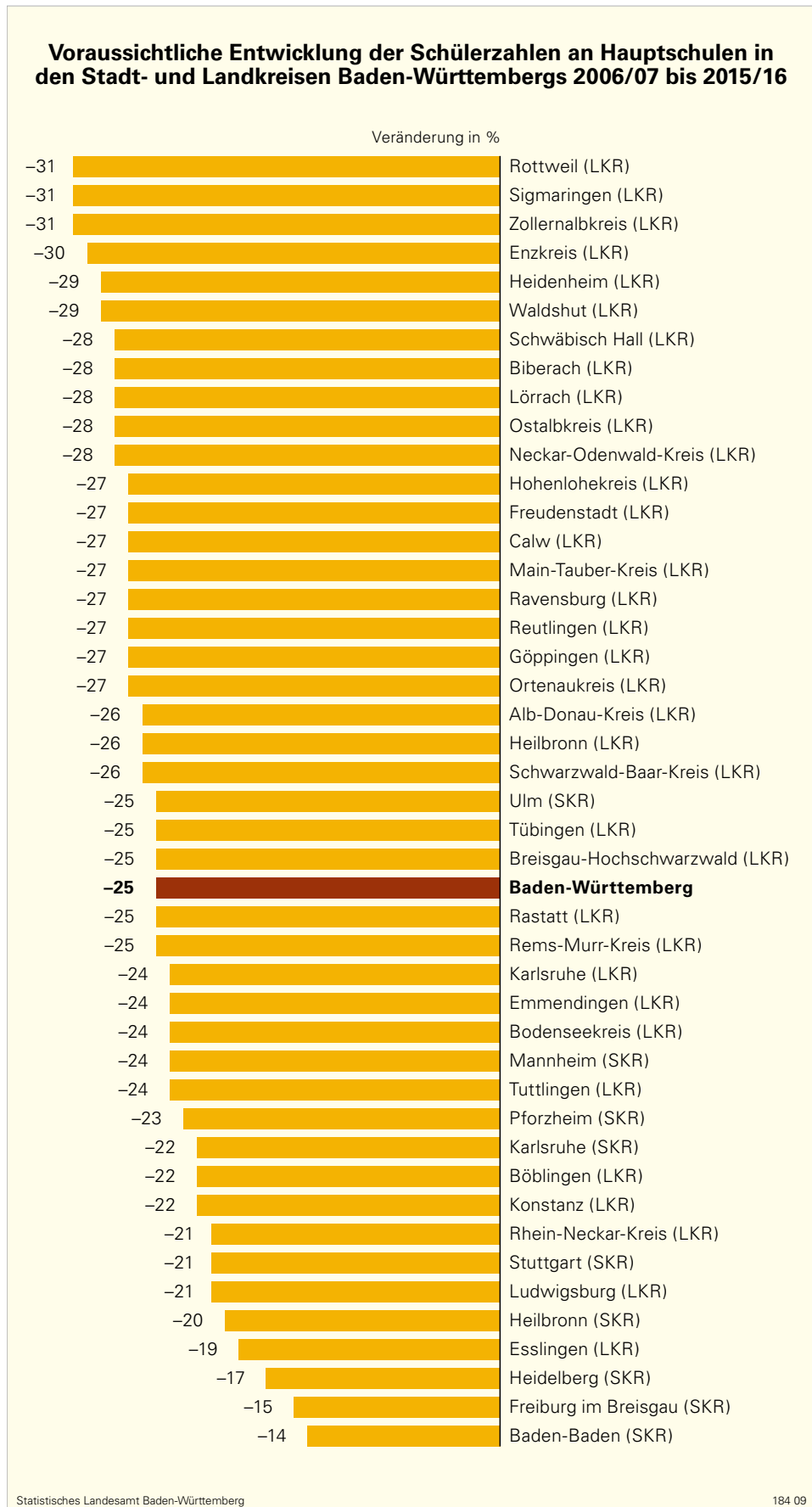


geben. Die Hauptschulen werden den prozentual stärksten Rückgang erleben: Ihre Schülerzahl dürfte bis 2025 um annähernd 30 % absinken. An den Realschulen wird aller Voraussicht nach ein Fünftel weniger Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.

Die Gymnasien können im Gegensatz zu den anderen Schularten noch bis zum Schuljahr 2009/10 einen leichten Anstieg der Schülerzahl erwarten. Danach jedoch wäre auch in diesem Schulzweig mit rückläufigen Schülerzahlen zu rechnen.

2025/26 hätten die Gymnasien im Lande etwa ein Viertel Schülerinnen und Schüler weniger als heute. Mit dem Ausscheiden des „doppelten“ Abiturientenjahrgangs im Sommer 2012 – als Folge des dann flächendeckenden achtzügigen Gymnasiums – wird sich die Schülerzahl um einen kompletten Jahrgang verringern; im Anschluss daran werden sich die geburtenschwachen Jahrgänge auch auf die Gymnasien auswirken.

Schaubild 30



Die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen wird allerdings in den 44 Stadt- und Landkreisen des Landes – nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerung im Kinder- und Jugendlichenalter und der unterschiedlichen Dynamik in der Bevölkerungsentwicklung – sehr unterschiedlich verlaufen. Bei den Schülerzahlen an Grundschulen wird der stärkste Rückgang mit einem Minus von bis zu 25 % für die ländlich geprägten Landkreise Sigmaringen und Alb-Donau-Kreis sowie den mehr verdichteten Enzkreis bis zum Schuljahr 2015/2016 erwartet. Dagegen könnte die Schülerzahl vor allem in Heidelberg und Baden-Baden deutlich schwächer absinken.

Auffällig ist, dass der Rückgang der (Grund-)Schülerzahl aller Voraussicht nach vor allem in denjenigen Kreisen dynamischer ablaufen wird, in denen die Bevölkerung heute noch relativ jung ist. Dies gilt insbesondere für den Landkreis Sigmaringen und den Alb-Donau-Kreis. In den Kreisen mit einer heute noch verhältnismäßig jungen Bevölkerung „wachsen“ nämlich überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche aus dem Schulalter heraus. Das heißt, dass damit gerade diejenigen Kreise, die derzeit noch eine relativ günstige Altersstruktur aufweisen, vor relativ großen Herausforderungen im Hinblick auf die Anpassung ihrer Infrastruktur im Schulbereich stehen werden.

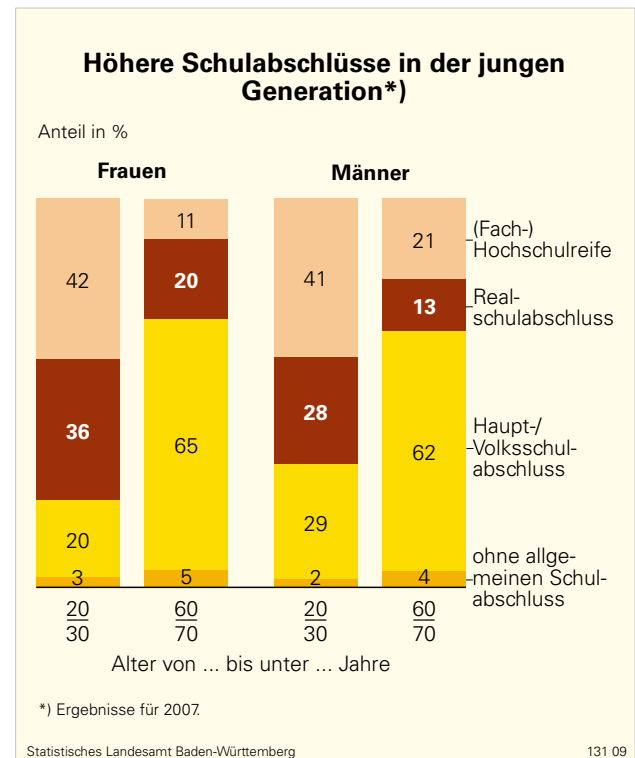
Die regional unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung spiegelt sich auch bei der Entwicklung der Schülerzahlen an den weiter führenden Schulen wider: Die Zahl der Schüler an Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien insgesamt wird in Baden-Baden sowie in Freiburg im Breisgau bis zum Schuljahr 2015/16 voraussichtlich „nur“ um knapp 4 % bzw. gut 5 % zurückgehen; im Zollernalbkreis sowie in den Landkreisen Rottweil und Sigmaringen sind es dagegen immerhin 22 %.

Dabei wird der Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen überdurchschnittlich und voraussichtlich in den Landkreisen Rottweil und Sigmaringen sowie im Zollernalbkreis am stärksten ausfallen (jeweils - 31 %).

8.4 Schulabschlüsse im Generationenvergleich

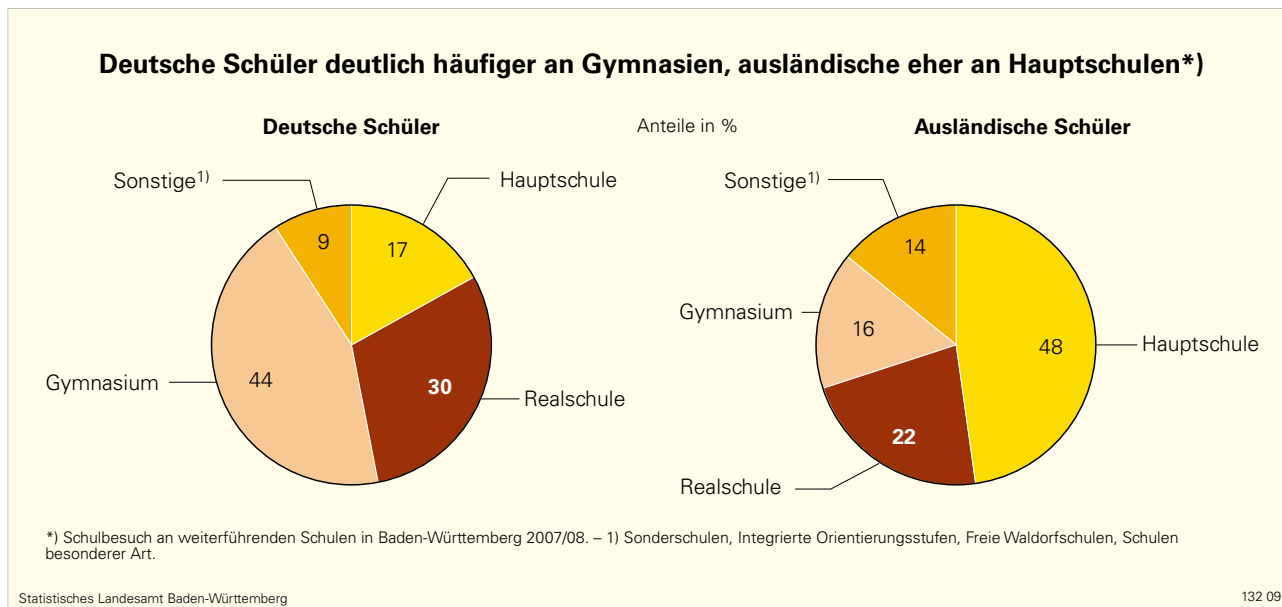
Der starke Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen beruht auch auf der Bildungsexpansion, von der wesentlich Frauen profitiert haben. Über Bildung verteilen sich Berufschancen und gesellschaftliche Zugehörigkeit. Bildung hat Auswirkungen auf die Arbeitsmarktbeteiligung, die berufliche Mobilität und die Lebensqualität. Deshalb ist es wichtig, noch bestehende Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern abzubauen. Durch die Bildungsexpansion der 60er- und 70er-Jahre ist das Bildungs- und Ausbildungsniveau der jüngeren Generation heute im Durchschnitt wesentlich höher als das ihrer Eltern und Großeltern.

Schaubild 31



Dies gilt in besonderem Maße für Frauen. In der heute älteren Frauengeneration der 60- bis unter 70-Jährigen haben rund zwei Drittel den Hauptschulabschluss, aber nur gut jede Zehnte die Fachhochschul- oder Hochschulreife erworben. In der jungen Frauengeneration der heute 20- bis 30-Jährigen besitzen nur noch 20 % den Hauptschulabschluss, aber 42 % die (Fach-) Hochschulreife.

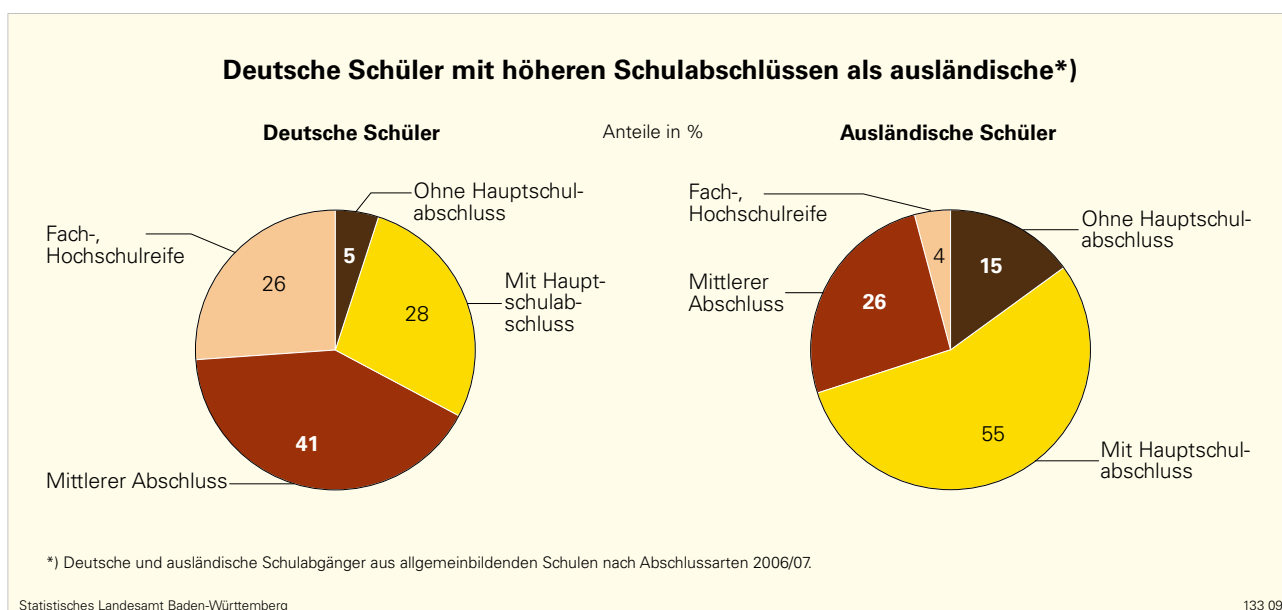
Schaubild 32



An den allgemeinbildenden Schulen ist inzwischen sogar ein leichtes Bildungsgefälle zu Gunsten der Mädchen eingetreten. Von den Schulabgängern und Schulabgängerinnen in Baden-Württemberg sind es seit den 90er-Jahren mehr Mädchen als Jungen, die mit der allgemeinen Hochschulreife die Schule verlassen, und es sind mehr Jungen als Mädchen, die die Schule mit dem Haupt-

schulabschluss oder ohne Abschluss beenden. Gleichzeitig sind aber noch aufgrund des Berufswahlverhaltens von Mädchen Unterschiede in der beruflichen Ausbildung und ganz besonders bei der Umsetzung einer Ausbildung in eine Erwerbstätigkeit festzustellen, die zu Lasten der Berufs- und Verdienstchancen von Mädchen gehen.

Schaubild 33



8.5 Schulbesuch bzw. Schulabschlüsse ausländischer und deutscher Kinder

Bildung ist in Deutschland immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängig. Dies betrifft insbesondere Kinder aus Migrantenfamilien. Bei den Kindern aus ausländischen Familien geht fast die Hälfte auf die Hauptschule und nur jedes sechste auf ein Gymnasium.

Dagegen besucht bei den deutschen Schülern annähernd jedes zweite Kind ein Gymnasium und nicht einmal jedes fünfte eine Hauptschule. Es gilt also, die Bildungsanstrengungen insbesondere bei den Migrantenkindern zu erhöhen. Höherqualifizierender Schulbesuch mit entsprechendem Abschluss dient unmittelbar dem Abbau des Risikos, arbeitslos zu werden.

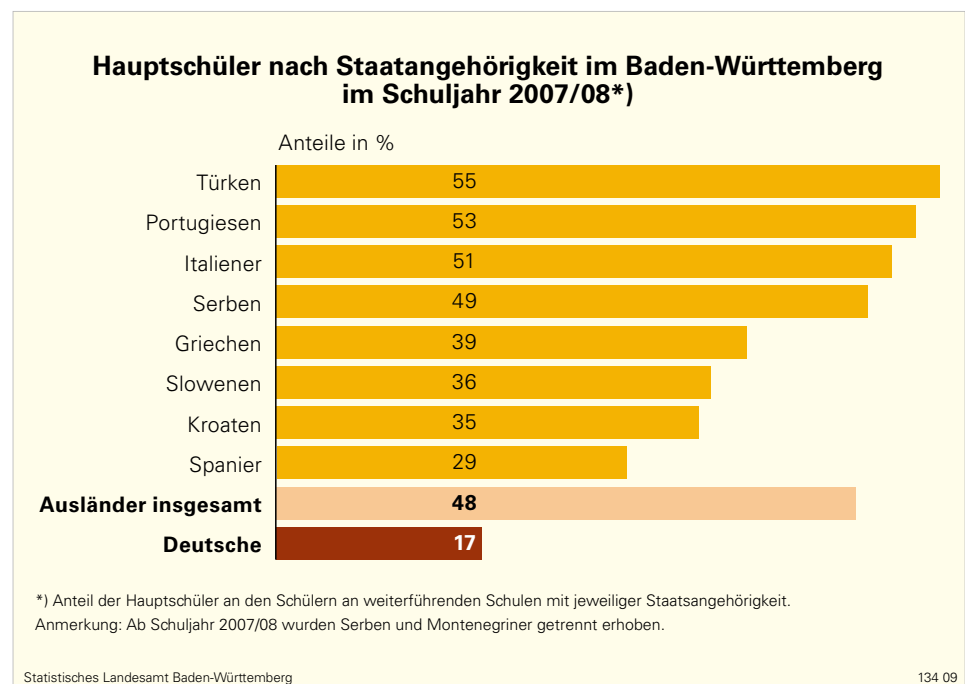
Der Schulbesuch junger Deutscher und Ausländer spiegelt sich auch in ihren Schulabschlüssen wider. Die junge Ausländergeneration weist hier deutliche Benachteiligungen gegenüber den deutschen Schulabgängern auf. Von den deutschen Schülern erwarben im Jahre 2007 in Baden-Württemberg 26 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife und 28 % den Hauptschulabschluss. Etwa 5 % verblieben ohne Hauptschulabschluss. Bei den ausländischen Kindern erhielten dagegen nur 4 % die Hochschul- oder Fach-

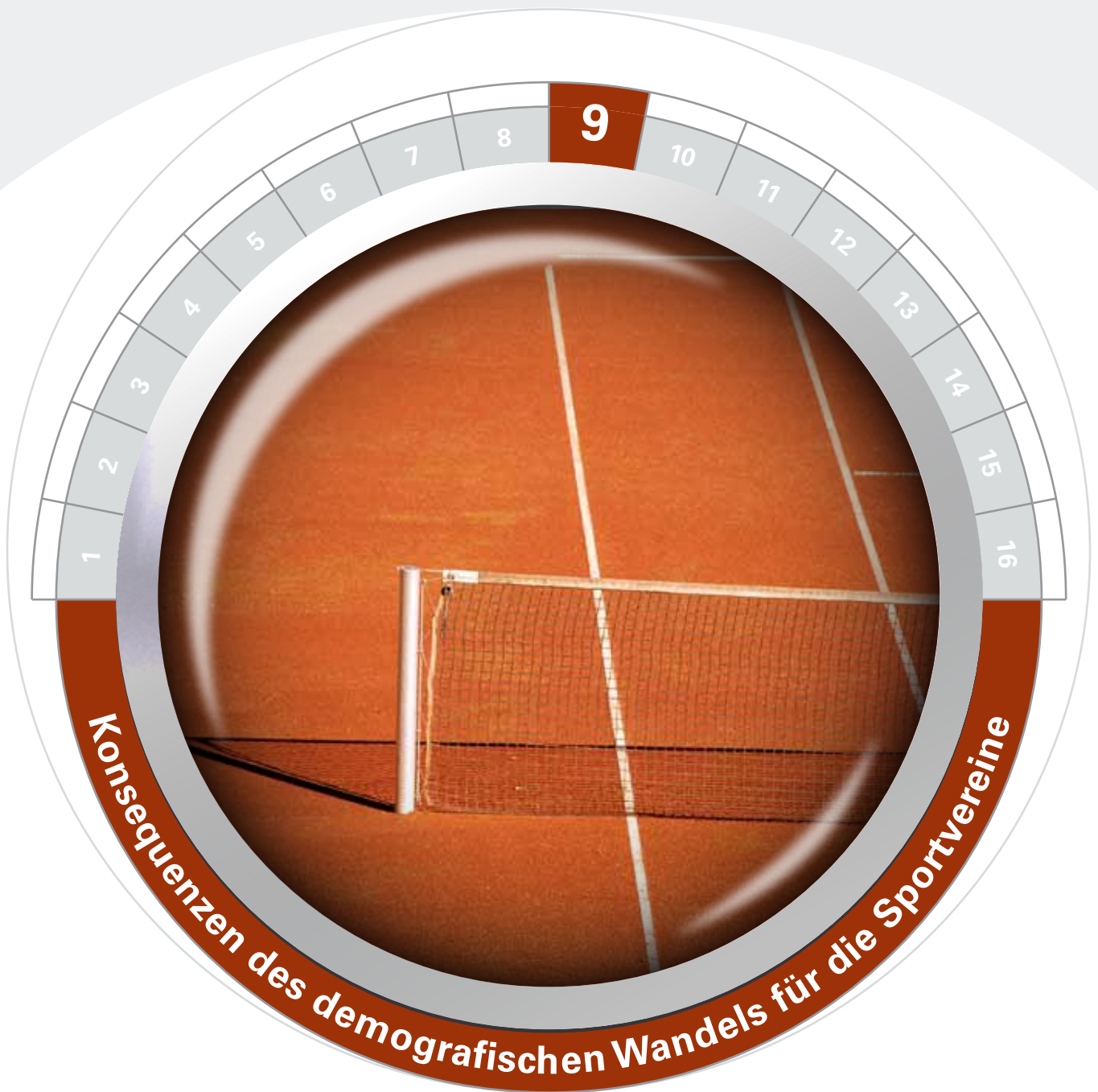
hochschulreife, jedoch 55 % den Hauptschulabschluss und 15 % verließen die Hauptschule ohne Abschluss.

8.6 Hauptschüler nach Staatsangehörigkeit

Die strukturellen Bildungsdefizite bei Kindern aus Migrantenfamilien unterscheiden sich erheblich nach der Staatsangehörigkeit. Insbesondere Kinder aus der Türkei, Portugal, Italien sowie aus Serbien schneiden aufgrund ihres hohen Anteils an Hauptschülern im Bildungswesen deutlich schlechter ab als beispielsweise Kroaten, Griechen, Slowenen oder Spanier. Diese mangelnde Integration in das Bildungswesen hat Konsequenzen für den gesamten Lebensweg dieser Generation und damit auch für die gesamte Gesellschaft. Eine unzureichende Integration im Bildungssystem führt fast zwangsläufig zu einer mangelnden Integration auf dem Arbeitsmarkt mit allen gesellschaftlichen Folgen.

Schaubild 34





9. Konsequenzen des demografischen Wandels für die Sportvereine

- 9.1 Anzahl und Altersstruktur der Mitglieder in den Sportvereinen
- 9.2 Altersstruktur der Mitglieder nach Sportarten

9. Konsequenzen des demografischen Wandels für die Sportvereine

9.1 Anzahl und Altersstruktur der Mitglieder in den Sportvereinen

Sport gehört zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen der Baden-Württemberger. Einem großen Teil derjenigen, die sich gerne sportlich betätigen wollen, genügt hierbei ein mehr oder weniger regelmäßiges Training, um die eigene Fitness zu fördern. Sportvereine leisten hierzu einen zentralen Beitrag, indem sie das Sportangebot organisieren und darüber hinaus oft noch Übungsleitungen sowie Trainerinnen und Trainer zur Verfügung stellen.

Diese Angebote werden rege genutzt: Im Jahr 2008 zählten die 11 409 Sportvereine im Land nach Angaben des Landessportverbands insgesamt 3,77 Millionen Mitglieder. Damit ist etwa jeder dritte Baden-Württemberger Mitglied in einem Sportverein.

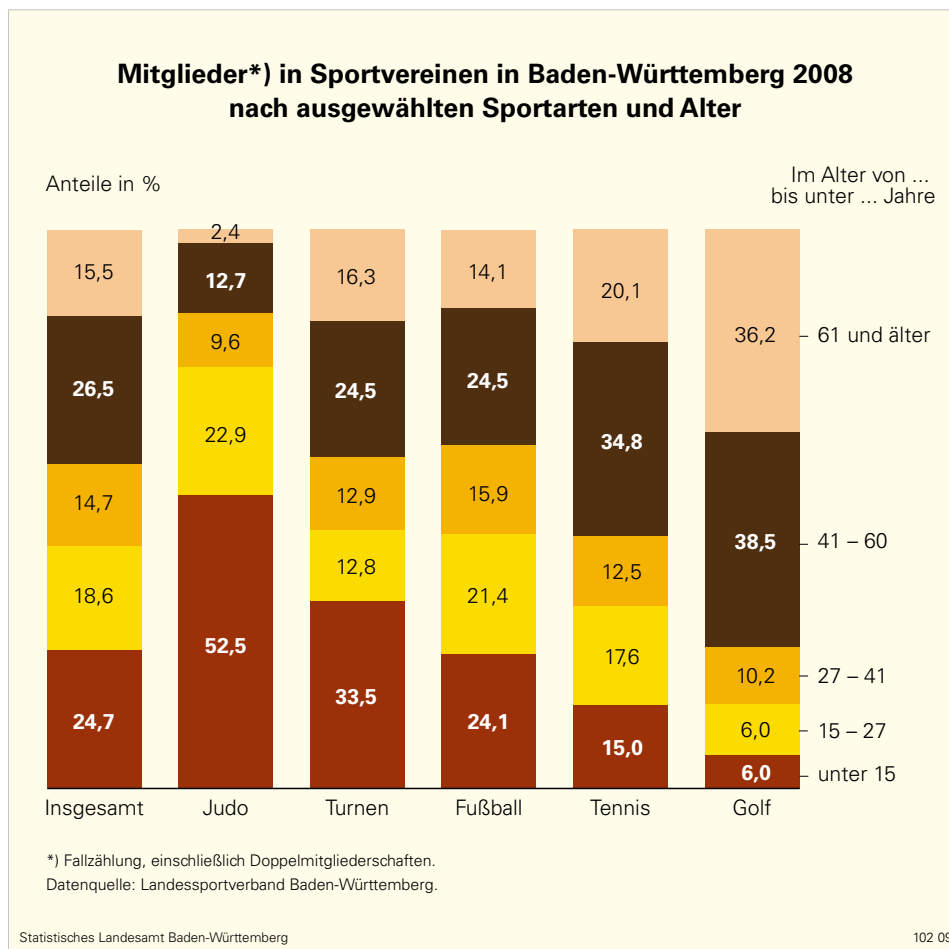
Seit 1990 hat sich die Zahl der in baden-württembergischen Sportvereinen Organisierten damit um fast 670 000 erhöht. Das entspricht einer Steigerung um knapp 22 %.

Turnen ist gemessen an der Zahl der Mitgliedschaften die beliebteste Sportart in Baden-Württemberg: 1,13 Millionen Menschen waren im Jahr 2008 Mitglied in einem Turnverein oder der Turnabteilung

größerer Vereine. An zweiter Stelle rangierte der Fußball mit gut 973 000 organisierten Sportlern. Mit großem Abstand folgte dahinter Tennis mit 315 000 Vereinsmitgliedern auf dem 3. Rang.

Die sportlichen Interessen sind zwischen den Geschlechtern allerdings recht unterschiedlich verteilt: Unter den Männern dominiert der Fußball. Gut jedes dritte männliche Sportvereinsmitglied gehört einem Fußballverein an. Unter den weiblichen Mitgliedern ist die Vorherrschaft des Turnens sogar noch deutlicher: 45 % der gemeldeten Mitglieder sind in einem Turnverein. Unter den Männern ist Turnen mit knapp 400 000 Mitgliedern die zweitbeliebteste Sportart. Frauenfußball hat an Popularität gewonnen und steht mit gut 130 000 Mitgliedern unter den organisierten Sportlerinnen an zweiter Stelle. Tennis ist die einzige Sportart, die bei beiden Geschlechtern denselben Rang – den 3. – einnimmt.

Schaubild 35



Etwa ein Viertel der Mitglieder ist jünger als 15 Jahre, das heißt knapp eine Million Kinder und Jugendliche in diesem Alter treiben Sport im Verein. Damit leisten die Sportvereine einen wichtigen Beitrag für die Sozialisation und Integration von Jugendlichen. Am anderen Ende der Alterspyramide stehen die Senioren. Gut 15 % der Mitglieder von Sportvereinen sind über 60 Jahre alt. Wenn auch – ebenso wie in allen anderen Altersgruppen – nicht alle dieser Mitglieder noch aktiv Sport betreiben, zeigt dies doch, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung in höheren Altersjahren durch Sport fit hält. Die Zahl von rund 625 000 Mitgliedern entspricht immerhin einem Anteil von einem Viertel an der Zahl der Einwohner in dieser Altersgruppe.

9.2 Altersstruktur der Mitglieder nach Sportarten

In den einzelnen Sportarten ist die Altersverteilung allerdings sehr unterschiedlich. Der Fachverband Judo hat hierbei den höchsten Anteil jugendlicher Mitglieder im Alter von unter 15 Jahren. Über die Hälfte der in Vereinen organisierten Judoka zählen zu dieser Altersgruppe. Vergleichbare Anteile können nur noch die Sportarten Schwimmen mit 48 % und Karate mit 44 % aufweisen. Unter den größeren Fachverbänden besitzen die Schützen mit 4 % die geringste Jugendlichenquote, gefolgt vom Kegeln mit 5 % und Golf mit 6 %.

Gut 36 % der Mitglieder in Golfvereinen sind älter als 60 Jahre. Unter den Sportfachverbänden mit über 10 000 Mitgliedern weist kein anderer eine

vergleichbar hohe Quote aus. Bei den Sportarten Segeln und Schießen sind rund ein Viertel der Mitglieder in diesem Alter. Der geringste Anteil älterer Mitglieder ist in der Gruppe der größeren Verbände beim Karate mit nur 1 % zu finden. Nur wenig höher sind die Anteile im Judo mit 2 % sowie Badminton und Basketball mit jeweils 3 %.

Von den drei beliebtesten Sportarten hat das Turnen die jüngste Mitgliederstruktur. Ein Drittel der Mitglieder sind jünger als 15 Jahre. Einen großen Beitrag hierzu leisten die knapp 159 000 jüngsten Turnerinnen und Turner im Alter von sechs Jahren und darunter. Im Fußball ist immerhin fast jedes vierte Vereinsmitglied jünger als 15 Jahre. Beim Tennis ist jedes fünfte Vereinsmitglied älter als 60 Jahre. Besonders aktiv ist hier die Altersgruppe von 41 bis 60 Jahren, die über ein Drittel der Mitglieder in Tennisvereinen und -abteilungen stellt.

Die einzelnen Sportarten werden – aufgrund der zum Teil sehr ungleichen Altersstruktur ihrer Mitglieder – in unterschiedlichem Maße von der künftigen Alterung der Bevölkerung betroffen sein: Tendenziell gilt, dass vor allem diejenigen Sportarten mit einem demografisch bedingten Rückgang ihrer Mitgliederzahlen zu kämpfen haben, in denen die Mitglieder im Schnitt jung sind; denn der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe wird weiter zurückgehen. Ganz anders sieht es aus heutiger Sicht für diejenigen Sportarten mit im Schnitt eher älteren Mitgliedern aus: Diese könnten von der künftigen Entwicklung profitieren, weil trotz zurückgehender Gesamtbevölkerung die Zahl älterer Menschen ansteigen wird.



10. Folgen für die Sozialversicherung

- 10.1 Drei-Generationen-Verbund
- 10.2 Heraufsetzen des Renteneintrittsalters
- 10.3 Perspektiven für das Gesundheitswesen

10. Folgen für die Sozialversicherung

10.1 Drei-Generationen-Verbund

Gravierende Auswirkungen des demografischen Wandels, die sich mit Modellrechnungen auch heute schon ermitteln lassen, zeigen sich in der gesetzlichen Sozialversicherung. Dass der Generationen- bzw. Solidarvertrag, wonach die Erwerbstätigen die noch nicht Erwerbstätigen, also Kinder und Jugendliche, sowie die nicht mehr Erwerbstätigen, also Rentner und Pensionäre, gegen wichtige Daseinsrisiken absichern sollen, nicht in der bisherigen Form aufrechterhalten werden kann, legt der künftige Verlauf von Alten- und Jugendquotient nahe. Was verbirgt sich hinter diesen statistischen Kennzahlen?

Heute kommen etwa 43 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Bis 2050 wird sich aus heutiger Sicht dieser sogenannte Altenquotient auf etwa 84 60-Jährige und Ältere zu je 100 Erwerbspersonen

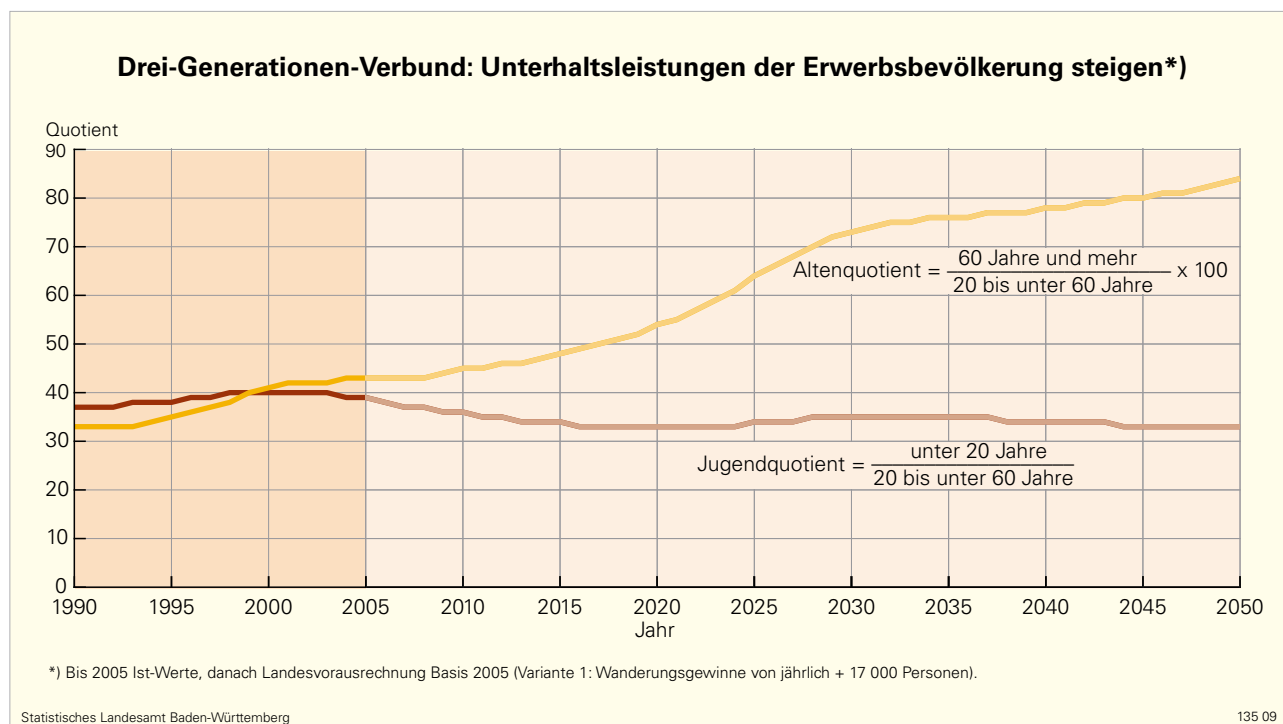
praktisch verdoppeln. Auf der anderen Seite kommen heute ca. 37 unter 20-Jährige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. In den nächsten Jahrzehnten wird dieser Jugendquotient auf Werte zwischen 33 und 35 absinken.

Zusammen genommen heißt dies, dass die Finanzierungslasten heute für etwa 80 Personen im noch nicht bzw. nicht mehr erwerbsfähigen Alter von 100 Erwerbspersonen getragen werden. Im Jahr 2050 werden die Unterhaltsleistungen für 117 noch nicht oder nicht mehr Erwerbsfähige von 100 Erwerbspersonen getragen werden müssen. Als Bismarck 1889 die Gesetzliche Rentenversicherung in Kraft treten ließ, kamen auf einen Rentner sieben Erwerbstätige. Heute liegt das Verhältnis bei 1 zu etwa 2,5. Bereits ab 2040 rechnen wir mit einem Verhältnis von einem Rentner zu 1,4 Erwerbstätigen.

10.2 Heraufsetzen des Renteneintrittsalters

In der Diskussion um den Erhalt bzw. die Weiterentwicklung unseres Alterssicherungssystems

Schaubild 36



spielt das Renteneintrittsalter eine wichtige Rolle. Gegenwärtig liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter im Durchschnitt bei etwa 61 Jahren, das gesetzliche Rentenalter bei 65 Jahren. Würde das faktische Rentenalter bei 65 Jahren liegen, ergäbe der Altenquotient im Jahre 2050 ein Verhältnis von 60 Rentnern zu 100 Erwerbspersonen.

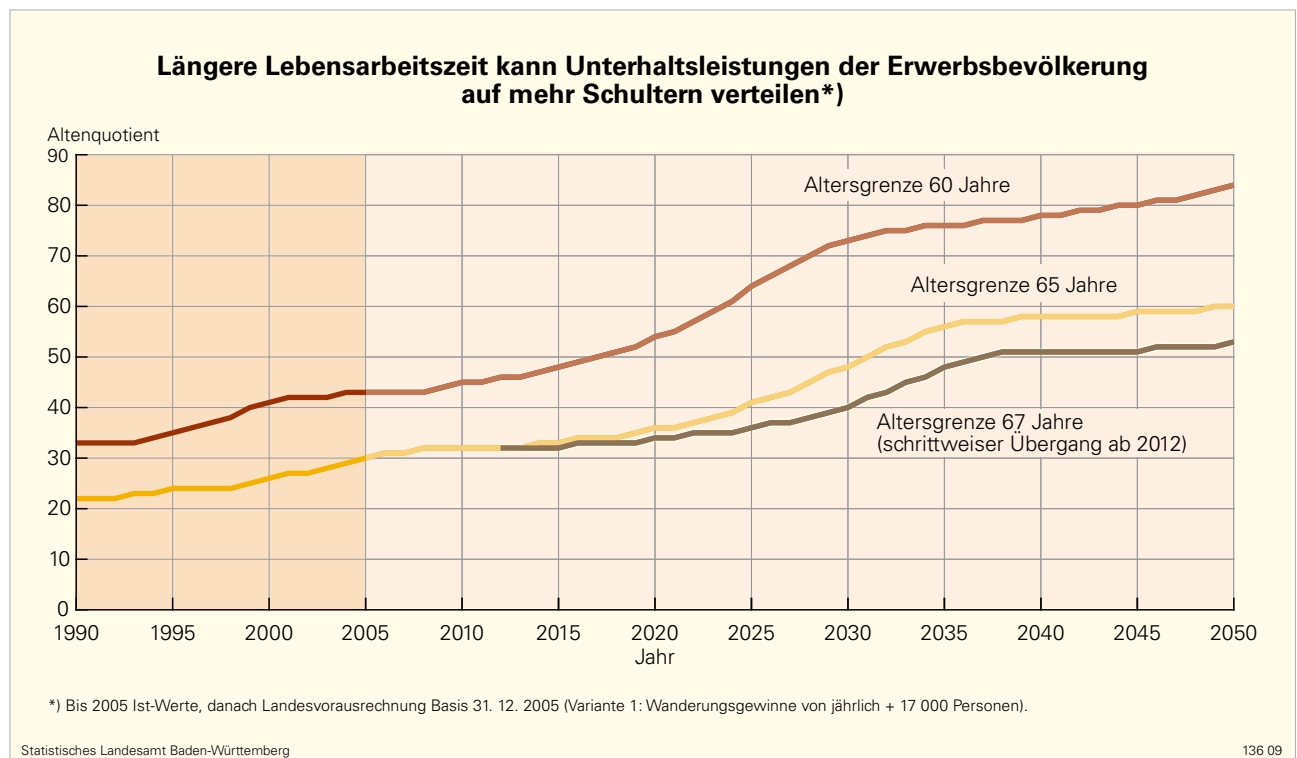
Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters hätte den doppelten Effekt, dass die Beschäftigten rund vier Jahre länger Sozialversicherungsbeiträge entrichten und erst vier Jahre später Leistungen beziehen würden. Wenn der Jugendquotient von 30 unter 20-Jährigen je 100 Erwerbspersonen hinzuge-rechnet wird, hieße dies, dass im Jahre 2050 dann 100 Erwerbspersonen die Finanzierungsverantwortung für 90 noch nicht und nicht mehr Erwerbs-fähige tragen müssten.

Damit wäre bei einer auf 65 Jahre verlängerten Altersgrenze die Erwerbsbevölkerung künftig stets größer als die Zahl der zu unterhaltenden Nichterwerbspersonen.

Ein schrittweises Umsteigen bis 2029 auf eine Altersgrenze von 67 Jahren, wie es gesetzlich bereits vorgesehen ist, würde die Zunahme des Zahlenverhältnisses von nicht mehr Erwerbsfähigen zur Erwerbsbevölkerung etwas weiter bremsen, aber nicht vermeiden. Um das Jahr 2025 kämen dann auf 100 Erwerbspersonen rund 36 nicht mehr erwerbsfähige Personen, im Jahre 2050 wären es 100 zu 53. Dies könnte ein Generationenvertrag möglicherweise noch leisten, wenn auch sicherlich eine ganze Reihe anderer Stellschrauben verändert werden müssten.

Bei dieser Betrachtungsweise ist freilich zu beachten, dass es sich hier lediglich um demografische Quotienten handelt. Sie können nicht einfach mit Belastungsquoten im ökonomischen Sinne gleichgesetzt werden. Dennoch liefern diese Ergebnisse wichtige Anhaltspunkte über die Probleme, mit denen künftig nicht nur die erwerbstätige Generation rechnen muss, sondern auch diejenigen, die von ihr im Rahmen eines Drei-Generationen-Verbundes ökonomisch unterhalten werden müssen.

Schaubild 37



10.3 Perspektiven für das Gesundheitswesen

Auch für das Gesundheitswesen wird die Alterung der Bevölkerung immer größere Herausforderungen mit sich bringen. Mit steigendem Lebensalter nehmen nicht allein Krebserkrankungen zu, sondern auch Leiden wie Diabetes, Osteoporose, Schlaganfall und nicht zuletzt Demenz. Zwar können die Menschen mit einem im Schnitt immer längeren und über lange Zeit in guter Gesundheit verbrachten Leben rechnen. Die steigende Lebenserwartung wird aber auch dazu führen, dass künftig vor allem immer mehr ältere Menschen mit chronischen Krankheiten eine gute Behandlung benötigen werden.

Im Durchschnitt sind für jeden Einwohner Deutschlands 2 870 Euro für die Vorsorge, Behandlung, Rehabilitation und Pflege von Erkrankungen und Unfallschädigungen im Jahre 2006 angefallen. Dabei sind diese Kosten für ältere Menschen im Schnitt deutlich höher als für jüngere. So betragen diese für einen 30- bis unter 45-jährigen Mann nur gut ein Fünftel der Kosten wie für einen 65- bis unter 85-jährigen. Besonders stark schlagen die Krankheitskosten bei den Hochbetagten zu Buche.

Schaubild 38

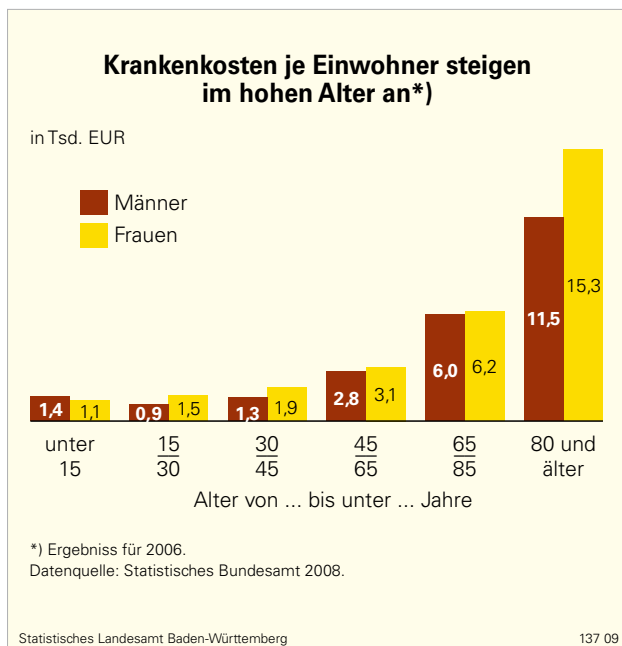
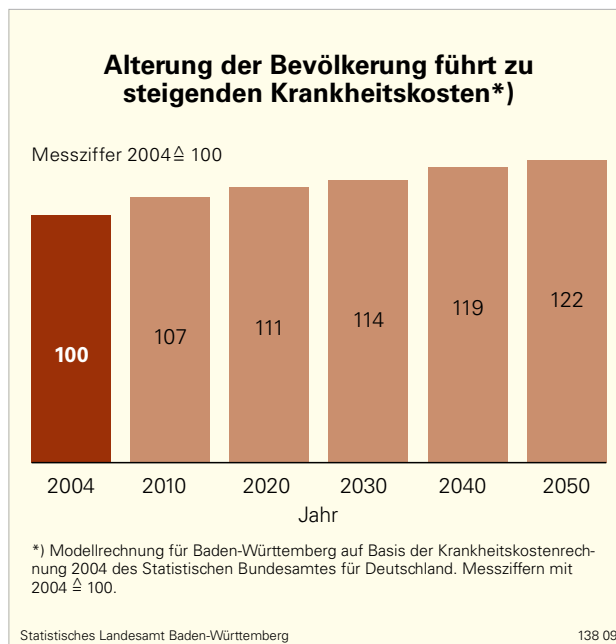


Schaubild 39



Sie liegen bei den Männern rund achtmal so hoch wie bei unter 15-jährigen Jungen und bei den hochbetagten Frauen gut dreizehnmal so hoch wie bei unter 15-jährigen Mädchen. Das bedeutet, dass die demografische Entwicklung allein durch die Zunahme der Zahl älterer Menschen zu einer Erhöhung der Krankheitskosten führen würde, wenn nicht gleichzeitig erfolgreiche strukturelle Kostenreduzierungsmaßnahmen getroffen werden.

Überträgt man die Krankheitskosten je Einwohner nach Altersgruppen auf Baden-Württemberg und rechnet sie modellhaft mit den künftigen Veränderungen der Jahrgangsstärken in der Bevölkerung fort, so könnten die Krankheitskosten insgesamt in den nächsten Jahrzehnten stetig ansteigen, obwohl die Einwohnerzahl bereits in wenigen Jahren zurückgehen wird. Es bleibt allerdings zu bedenken, dass die demografische Entwicklung nur ein Faktor von vielen ist. Weitere Faktoren sind besonders die gesetzlichen Regelungen im Gesundheitswesen, der medizinische und medizintechnische Fortschritt sowie die Angebots- und Nachfragestrukturen des „Gesundheitsmarktes“. Und diese Faktoren können zusammen durchaus größere Auswirkungen auf die Krankheitskosten besitzen als die Bevölkerungsentwicklung.



11. Pflegebedürftigkeit und Pflegekräfte

- 11.1 Aktuelle Situation
- 11.2 Pflegerisiko nach Altersgruppen
- 11.3 Künftige Entwicklung der Pflegebedürftigenzahl insgesamt
- 11.4 Künftige Entwicklung der Pflegebedürftigenzahl nach Pflegearten
- 11.5 Künftige Entwicklung des Bedarfs an Pflegekräften

11. Pflegebedürftigkeit und Pflegekräfte

11.1 Aktuelle Situation

Eine tief greifende Konsequenz der absehbaren demografischen Veränderung betrifft auch den Bereich der Pflegebedürftigkeit und die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. Im Dezember 2007 waren 237 000 Personen in Baden-Württemberg pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung bedeutet dies, dass 2,2 % der rund 10,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger des Landes Leistungen aus der Pflegekasse erhalten, bei den über 65-Jährigen ist das in etwa jeder Zehnte (194 000).

Innerhalb des Landes variieren die Anteile pflegebedürftiger Menschen erheblich. Am geringsten sind diese in den Landkreisen Böblingen und Ludwigsburg, wo 17 Personen je 1 000 Einwohner pflegebedürftig waren. Der Stadtkreis Pforzheim und der Neckar-Odenwald-Kreis wiesen dagegen mit 31 bzw. 34 pflegebedürftigen Menschen je 1 000 Einwohner die höchsten Anteile auf.

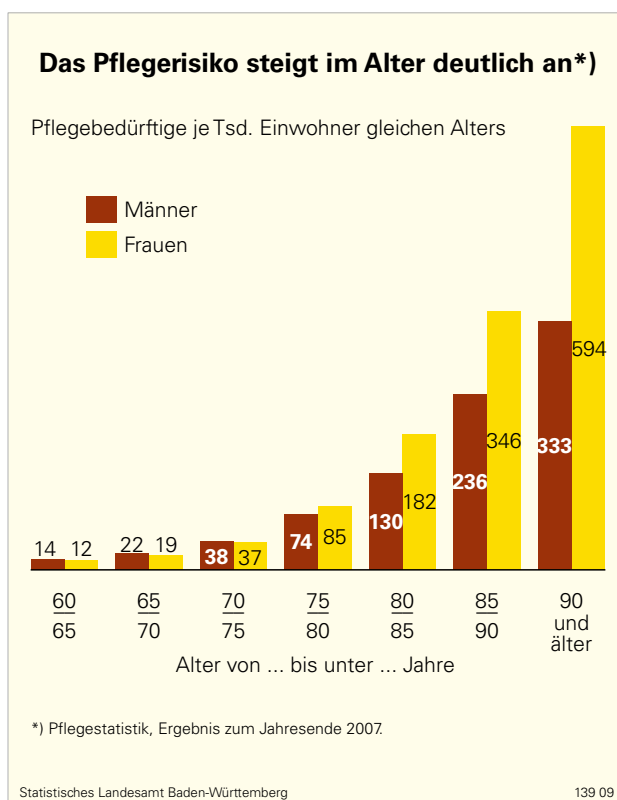
In den ländlichen Regionen ist der Anteil der Pflegebedürftigen, die zu Hause von Angehörigen gepflegt werden, höher als in den städtischen Regionen. In den Landkreisen werden knapp 46 % der Pflegebedürftigen zu Hause ohne professionelle Hilfe betreut. In den Stadtkreisen trifft dies nur auf knapp 41 % der Pflegebedürftigen zu. In den Landkreisen waren auch nur etwa 35 % der pflegebedürftigen Menschen in Pflegeheimen untergebracht. In den Stadtkreisen trifft dies auf 40 % der Pflegebedürftigen zu. Dies deutet darauf hin, dass der Familienzusammenhalt auf dem Land größer als in städtischen Gebieten ist.

11.2 Pflegerisiko nach Altersgruppen

Das Risiko, im Alter pflegebedürftig zu werden, wächst im hohen Alter stark an. Von den 85- bis

unter 90-jährigen Männern war durchschnittlich knapp ein Viertel pflegebedürftig, bei den gleichaltrigen Frauen sogar mehr als ein Drittel. Ab dem 75. Lebensjahr sind Frauen häufiger pflegebedürftig als Männer. Das hängt auch damit zusammen, dass Frauen – nach dem Tod des durchschnittlich älteren Partners – häufig alleine leben und deshalb im Falle ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit stärker auf professionelle Pflege angewiesen sind als Männer, die im Bedarfsfall vielfach von ihren oftmals jüngeren Partnerinnen gepflegt werden können.

Schaubild 40



11.3 Künftige Entwicklung der Pflegebedürftigenzahl insgesamt

Bestehen auch künftig die heutigen Risiken, im Alter pflegebedürftig zu werden, so würde sich die Zahl der Pflegebedürftigen aller Altersgruppen bis 2030 um etwa die Hälfte auf dann 348 000

erhöhen. Sollte das Pflegerisiko aufgrund des medizinischen Fortschritts sinken – wofür einiges spricht –, dann könnte aber dieser pflegefallsenkende Effekt dadurch kompensiert werden, dass die Lebenserwartung weiter zunimmt, also noch mehr Menschen ein hohes Alter erreichen. Möglicherweise würde sich die Pflegebedürftigkeit lediglich im Lebensablauf in ein höheres Alter verschieben. Aber selbst eine Verringerung der Pflegehäufigkeiten würde in den nächsten Jahren aufgrund der steigenden Zahl älterer und alter Menschen zu einer deutlichen Zunahme der Zahl Pflegebedürftiger führen.

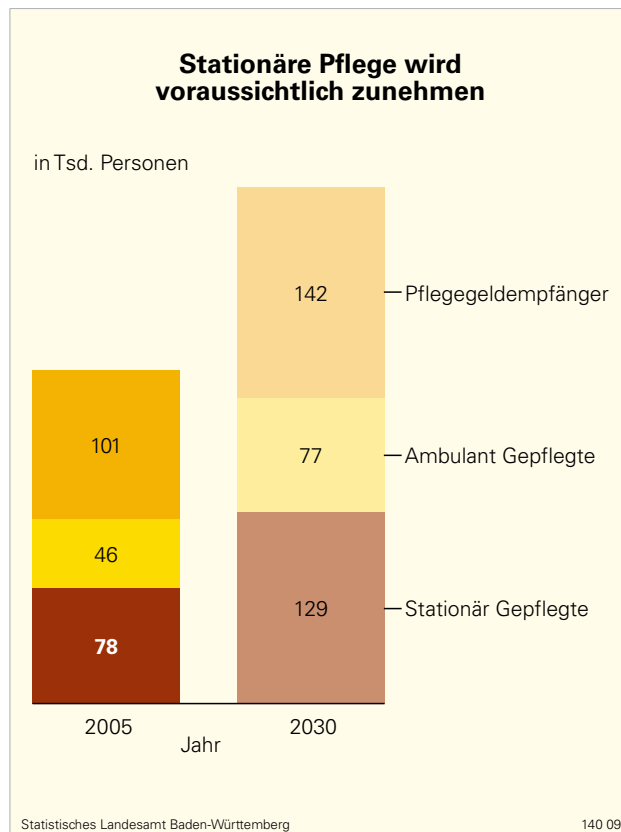
11.4 Künftige Entwicklung der Pflegebedürftigenzahl nach Pflegearten

Heute werden etwa zwei Drittel der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, ein Drittel stationär in Heimen. Wird in einer Modellrechnung unterstellt, dass die Pflegehäufigkeiten konstant bleiben werden

und die familiäre Pflege genauso verfügbar sein wird wie heute, würde sich die Zahl der stationär Pflegebedürftigen bis 2030 um rund 50 000 Personen gegenüber 2005, dem Basisjahr der Vorausschätzung, auf etwa 129 000 erhöhen. Die Zahl der durch ambulante Pflegedienste zu Versorgenden würde bis 2030 um zwei Drittel auf ca. 77 000 ansteigen, die Zahl der Pflegegeldempfänger auf etwa 142 000 Personen.

Angesichts der Tatsache, dass sich die Haushalts- und Familienstrukturen ändern, muss aber damit gerechnet werden, dass die alten Menschen künftig weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren Familienkreis erwarten können als heute. Es ist davon auszugehen, dass das Pflegepotenzial insbesondere durch Töchter und Schwiegertöchter schrumpfen wird, weil die Zahl der hier in Frage kommenden Frauen künftig nur wenig höher liegt als heute. Zudem wird der Anteil der älteren Pflegebedürftigen, die kinderlos sind bzw. die ohne Partner leben, voraussichtlich zunehmen, sodass das Pflegepotenzial durch Ehepartner und Kinder ebenfalls sinken dürfte. Wenn die Erwerbsquote von Frauen kontinuierlich steigen sollte, werden Töchter und Schwiegertöchter weniger für häusliche Pflegeleistungen zur Verfügung stehen. Daher ist zu erwarten, dass die bislang in den Familien geleisteten Pflegeleistungen zunehmend auf außerfamiliäre Einrichtungen übertragen werden müssen.

Schaubild 41

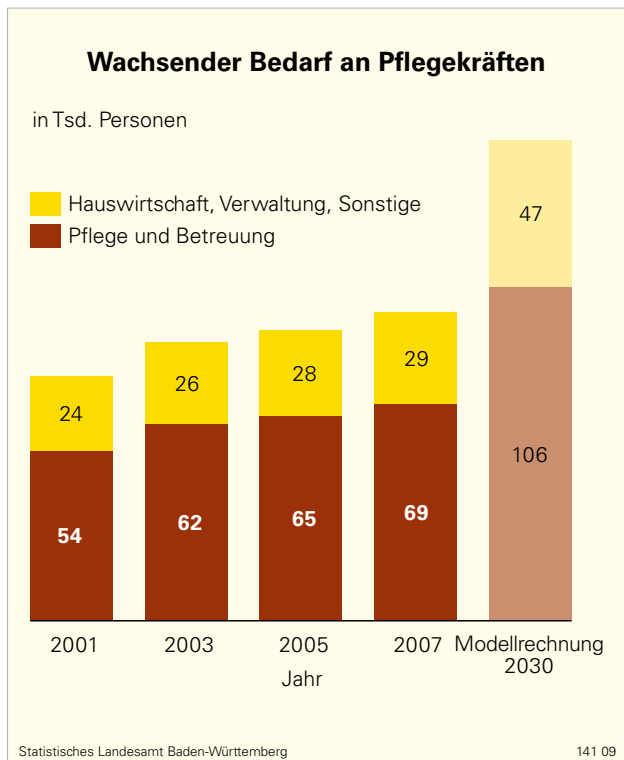


11.5 Künftige Entwicklung des Bedarfs an Pflegekräften

Für die Versorgung der 131 000 Pflegebedürftigen in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen Baden-Württembergs standen zum Jahresende 2007 landesweit rund 98 000 Beschäftigte zur Verfügung.

Darunter waren 39 000 Vollzeitbeschäftigte, 59 000 Personen waren Teilzeitbeschäftigte. In den stationären Einrichtungen waren 73 400 Personen beschäftigt, in den ambulanten Einrichtungen wurden

Schaubild 42



24 400 Beschäftigte gezählt. 85 % der Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen sind Frauen.

Ausgehend von der Zahl der hochgerechneten Pflegebedürftigen, die von ambulanten und stationären Einrichtungen versorgt werden, lässt sich modellhaft der mögliche zukünftige Bedarf an Pflegekräften ermitteln. Werden die heutigen Versorgungsstrukturen für die kommenden 25 Jahre fortgeschrieben, läge der Personalbedarf an Pflegekräften und anderem Pflegepersonal im Jahre 2030 um mehr als die Hälfte höher als zurzeit. Dieser Trend könnte noch verstärkt werden, wenn aufgrund eines schrumpfenden familiären Pflegepotenzials mehr Pflegeleistungen von dem ambulanten und/oder stationären Bereich erbracht werden müssen. Gleichzeitig bedeutet das, dass sich hier künftig weitere beachtliche Beschäftigungschancen eröffnen dürften.



12. Mobilität, Motorisierungsgrad und Pkw-Bestand

12.1 Mobilität heute und morgen

12.2 Motorisierungsgrad in den Stadt- und Landkreisen

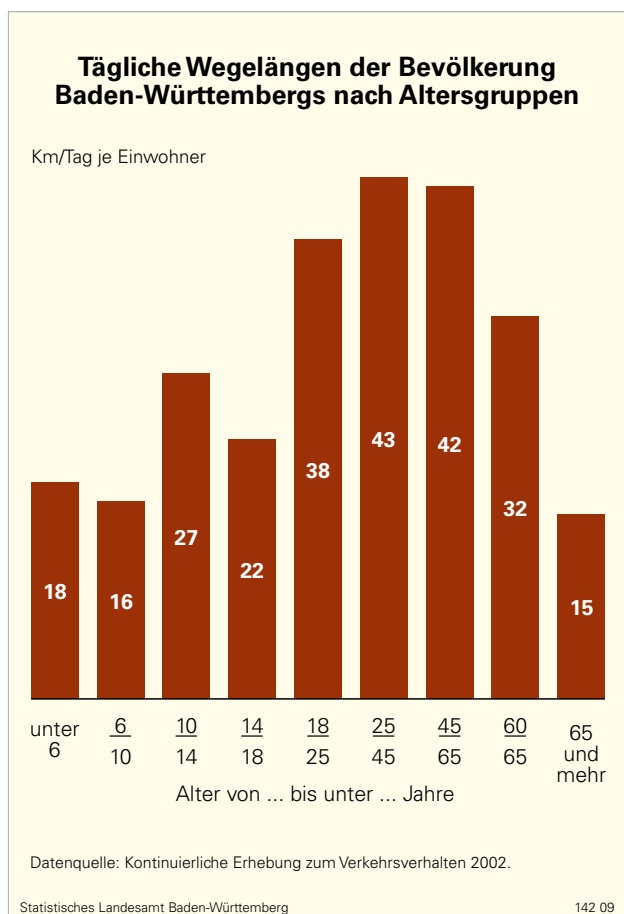
12.3 Künftige Entwicklung des Pkw-Bestands

12. Mobilität, Motorisierungsgrad und Pkw-Bestand

12.1 Mobilität heute und morgen

Baden-Württemberg hat heute eine sehr mobile Bevölkerung. Im Durchschnitt legt jeder Einwohner des Landes innerhalb Baden-Württembergs fast 12 000 km zurück – pro Tag durchschnittlich 33 km zu Fuß, per Fahrrad, im Pkw, mit einem motorisierten Zweirad oder mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Der deutlich größte Teil dieser Wegstrecke (61 %) wird mit dem Pkw bzw. Motorrad durchfahren. Allerdings weist diese Mobilität ein ausgeprägtes Altersprofil auf. Die täglich längsten Wegstrecken mit 43 bzw. 42 km bewältigen die 25- bis unter 45-Jährigen und die 45- bis unter 60-Jährigen. Dagegen sind es bei den 65-Jährigen und Älteren 15 km täglich.

Schaubild 43

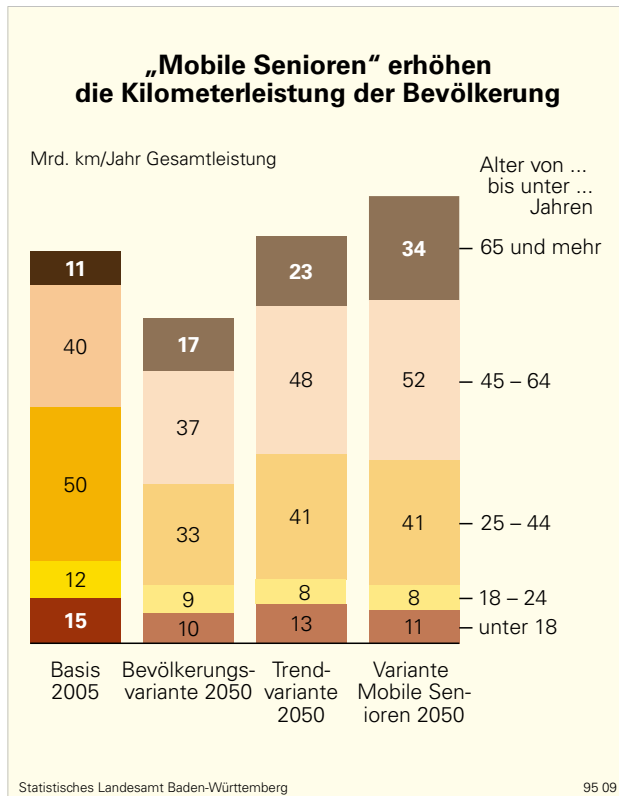


Für die künftige Entwicklung des Verkehrsaufkommens spielt die weitere Bevölkerungsentwicklung eine wichtige Rolle. Wird in einer sogenannten „Bevölkerungsvariante“ unterstellt, dass die aktuellen Mobilitätsstrukturen auch künftig gelten werden, so führt die demografische Entwicklung bis zum Jahr 2050 dazu, dass die gesamte Verkehrsleistung – parallel dazu auch der motorisierte Individualverkehr – um fast 17 % niedriger läge als heute. Jeder Baden-Württemberger würde dann durchschnittlich rund 11 100 km im Jahr zurücklegen. Diese Erwartung ergibt sich daraus, dass in Zukunft die Zahl älterer und alter Menschen, die täglich kürzere Wegstrecken als Jüngere bewältigen, deutlich ansteigen wird. Der demografische Wandel hätte also unter diesen Bedingungen einen dämpfenden Effekt.

Es ist aber eher unwahrscheinlich, dass die Mobilitätsstrukturen bleiben werden wie bisher. Deshalb wurde in einer zweiten Vorausschätzungsvariante angenommen, dass sich das Mobilitätsverhalten entsprechend dem Trend der letzten Jahre bis zum Jahr 2024 entwickeln wird; für die Zeit nach 2024 wird wieder von gleich bleibenden Verhältnissen im Verkehrsbereich ausgegangen. Nach dieser „Trendvariante“ würde sich die Verkehrsleistung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 um fast 4 % auf knapp 132 Milliarden Personen-Kilometer erhöhen. Im Vergleich zur „Bevölkerungsvariante“ wäre dann mit einer steigenden Verkehrsleistung zu rechnen.

Eine Erklärung für diese Tendenz liefert ein Blick in die Vergangenheit: Hier zeigt sich nämlich, dass heute wesentlich mehr Personen selber am Lenkrad sitzen, anstatt mitzufahren. Dieser Wechsel vom Mitfahrer zum Fahrer gilt für alle Altersgruppen, besonders ausgeprägt aber für die Senioren. Immer mehr Senioren verfügen über einen Führerschein und einen Pkw und nutzen diesen dann auch verstärkt. Da die Familien immer kleiner und die Einpersonenhaushalte immer zahlreicher werden, gibt es auch weniger Gelegenheiten, in einem Pkw mitzufahren.

Schaubild 44



Wird zusätzlich zum Trend der letzten Jahren berücksichtigt, dass die Mobilität der Senioren deutlich stärker zunehmen könnte als in der Vergangenheit (+50 %), so wäre die gesamte Verkehrsleistung im Vergleich zu den beiden anderen Varianten erheblich höher: Die Verkehrsleistung der Senioren läge mit 34 Milliarden Personen-Kilometern mehr als dreimal so hoch wie im Basisjahr 2005. Trotzdem legen die Senioren in diesem Modell im Durchschnitt immer noch eine geringere tägliche Wegstrecke zurück als die übrigen Altersklassen.

12.2 Motorisierungsgrad in den Stadt- und Landkreisen

In Baden-Württemberg waren im Jahr 2006 rund 5,55 Millionen Privat-Pkw zugelassen. Daraus

ergibt sich eine Pkw-Dichte von etwa 638 privat zugelassenen Pkw bezogen auf 1 000 erwachsene Personen. Von den 44 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs weist der Zollernalbkreis mit 725 privaten Pkw je 1 000 Erwachsenen den höchsten Motorisierungsgrad auf. Die mit Abstand niedrigste Pkw-Dichte haben die Stadtkreise Freiburg im Breisgau und Heidelberg mit 408 bzw. 410 privaten Pkw je 1 000 Erwachsenen.

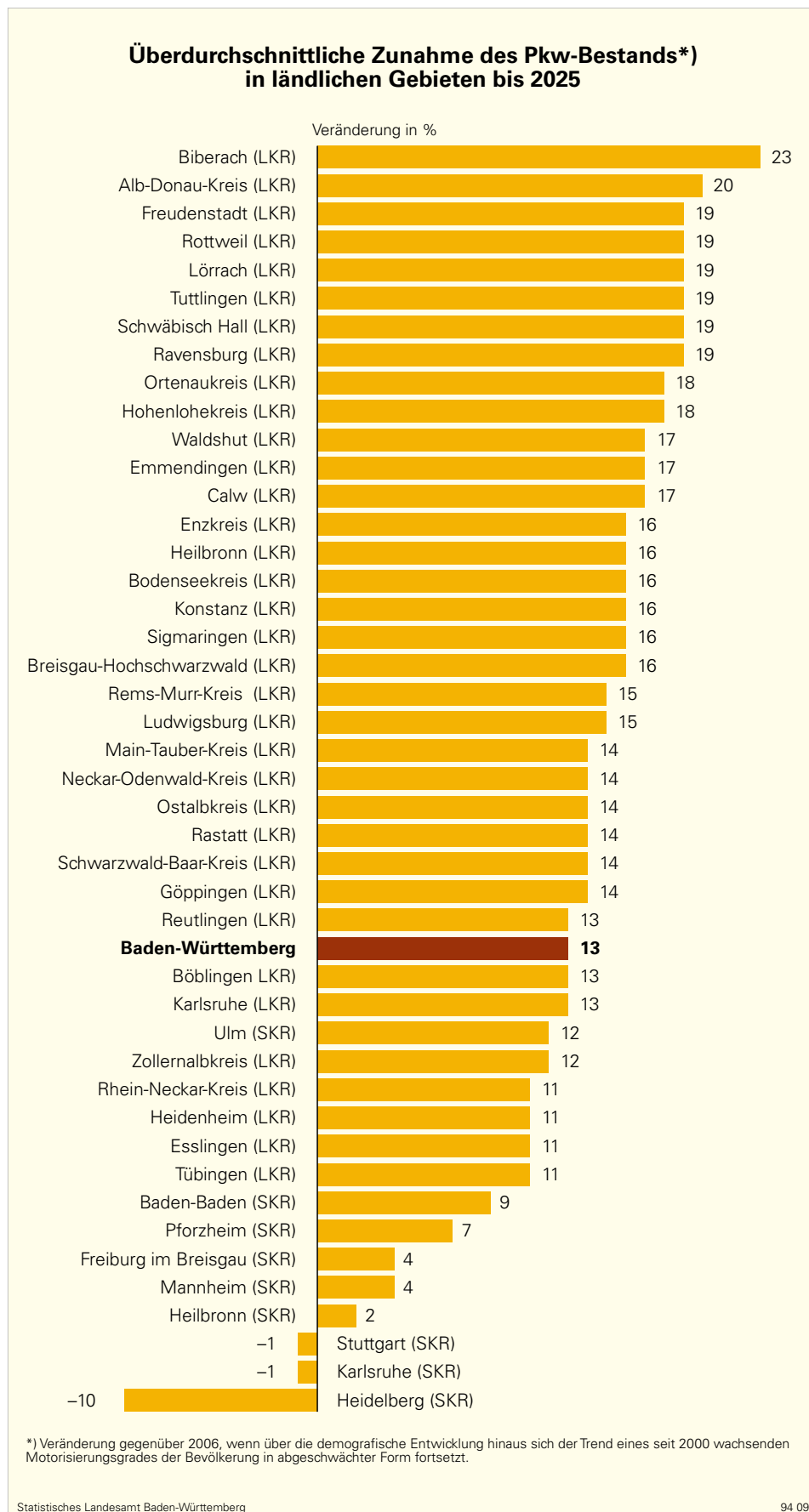
Ursächlich für den niedrigen Motorisierungsgrad in den Städten ist, dass hier eine höhere Arbeitsplatzzentralität herrscht, es eine tendenziell bessere Ausstattung des ÖPNV gibt und hier überproportional Bevölkerungsgruppen leben, die – wie Ausländer und Studierende – in der Regel einen geringeren Motorisierungsgrad aufweisen.

12.3 Künftige Entwicklung des Pkw-Bestands

Landesweit könnte sich die Zahl der privat zugelassenen Pkw bis zum Jahr 2025 auf 6,28 Millionen erhöhen. Dies bedeutet ein Plus von knapp 730 000 Fahrzeugen (+ 13%). Am stärksten würde der Bestand an privaten Pkw im Landkreis Biberach ansteigen. In den Stadtkreisen würde sich demgegenüber der Pkw-Bestand bis 2025 entweder deutlich schwächer erhöhen als im Landesdurchschnitt oder es wäre sogar – wie in den Städten Heidelberg, Karlsruhe und Stuttgart – mit einem leichten Rückgang zu rechnen.

Ausgangspunkt dieser Vorausrechnungen ist zum einen die Entwicklung der Erwachsenenbevölkerung, wie sie sich wiederum aus unseren jüngsten Bevölkerungsvorausrechnungen bis zum Jahr 2025 ergibt. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass sich der Motorisierungsgrad in den Stadt- und Landkreisen der Tendenz nach wie in den vergangenen Jahren entwickeln wird.

Schaubild 45





13. Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

- 13.1 Gesamtbevölkerung und deren Altersstruktur
- 13.2 Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern seit der Wiedervereinigung
- 13.3 Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern
- 13.4 Altersstrukturen 2050 in den Bundesländern

13. Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

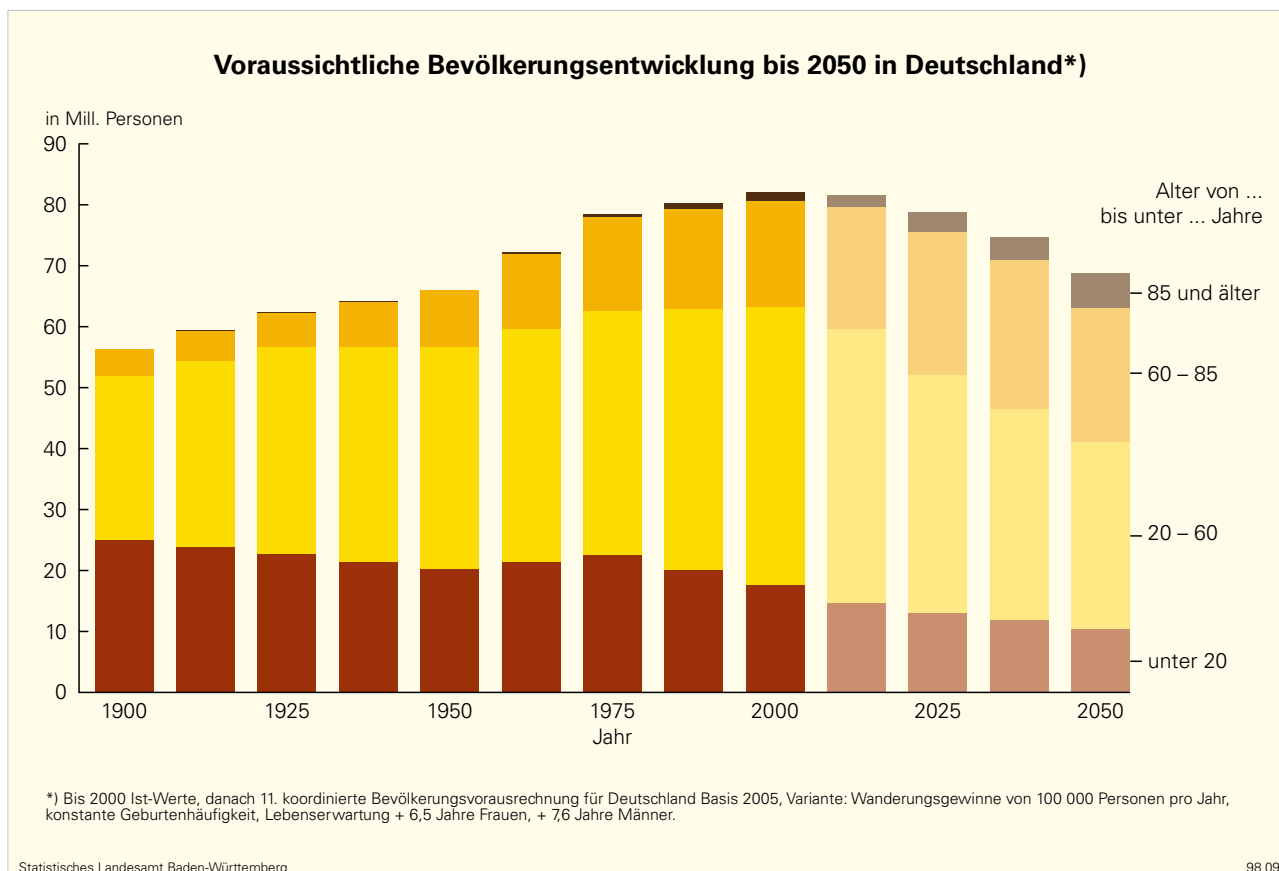
13.1 Gesamtbevölkerung und deren Altersstruktur

Ähnlich wie Baden-Württemberg weist auch Deutschland ein anhaltend niedriges Geburtenniveau auf. Bereits seit 1972 sterben im heutigen Bundesgebiet mehr Menschen als Kinder geboren werden. Der Anstieg der Bevölkerungszahl, der zwischen Mitte der 70er- und Mitte der 80er-Jahre zeitweise unterbrochen war, ergab sich durch Wanderungsgewinne aus dem Ausland. Durch die deutlich schwächer besetzten jungen Jahrgänge und die steigende Lebenserwartung ist die Bevölkerung Deutschlands bereits erheblich „gealtert“. Schon 1998 trat die historische Zäsur ein, dass in Deutschland mehr 60-Jährige und Ältere lebten als unter 20-Jährige.

In den nächsten Jahrzehnten wird die Bevölkerungszahl in Deutschland aller Voraussicht nach deutlich zurückgehen – bis 2030 auf möglicherweise nur noch etwa 77,2 Millionen Einwohner. Dies wäre ein Bevölkerungsverlust von ca. fünf Millionen Menschen. Langfristig könnte die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2050 auf etwa 68,7 Millionen Menschen abnehmen – also fast 14 Millionen weniger als heute.

Während um 1900 noch fast die Hälfte der Bevölkerung unter 20 Jahre alt war, ist dies heute nur noch jeder Fünfte. Im Jahr 2050 wird der Bevölkerungsanteil der nachwachsenden Generation voraussichtlich lediglich noch bei rund 15 % liegen. Bereits um 2030 würden fast 37 % der Bundesbürger 60 Jahre oder älter sein. Heute liegt ihr Bevölkerungsanteil bei einem Viertel. Schon in 20 Jahren dürften die 60-Jährigen und Älteren doppelt so stark in der Bevölkerung vertreten sein wie die unter 20-Jährigen.

Schaubild 46



13.2 Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern seit der Wiedervereinigung

In den neuen Bundesländern ist der Bevölkerungsrückgang bereits heute ein erhebliches Problem. Seit der Wiedervereinigung hat Sachsen-Anhalt rund 16 % seiner früheren Einwohner verloren. In Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen fielen die Bevölkerungsrückgänge nicht viel geringer aus. Massive Abwanderungen und ein drastischer Geburtenrückgang vor allem in der ersten Hälfte der 90er-Jahre, haben diese Entwicklung verursacht und zugleich für eine ungünstige Ausgangssituation im Hinblick auf die künftige demografische Entwicklung in Ostdeutschland gesorgt.

1976 und 1982 bis 1984) vor allem arbeitsmarktbedingt zurückgegangen. Der stärkste Zuwachs wurde 1990 erzielt, als im Zuge der Wiedervereinigung die Bevölkerungszahl binnen eines Jahres um 203 000 Personen angestiegen ist.

13.3 Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern

Im Bundesgebiet würde die Bevölkerungszahl bis 2050 um rund 16 % abnehmen, wenn wir davon ausgehen, dass jährlich 100 000 Menschen mehr aus dem Ausland zuwandern als dorthin fortziehen. Deutlich geringer könnte der Bevölkerungsrückgang

Schaubild 47

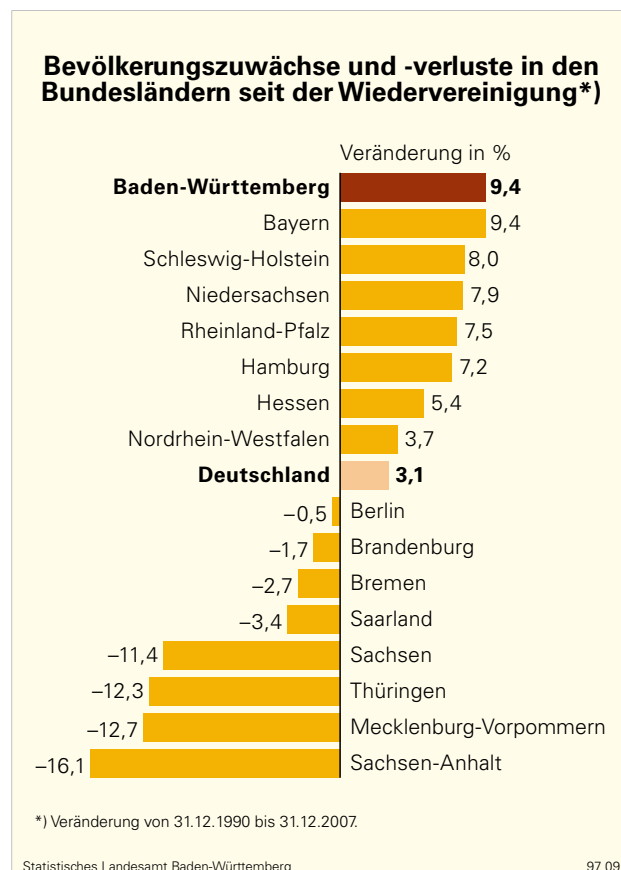
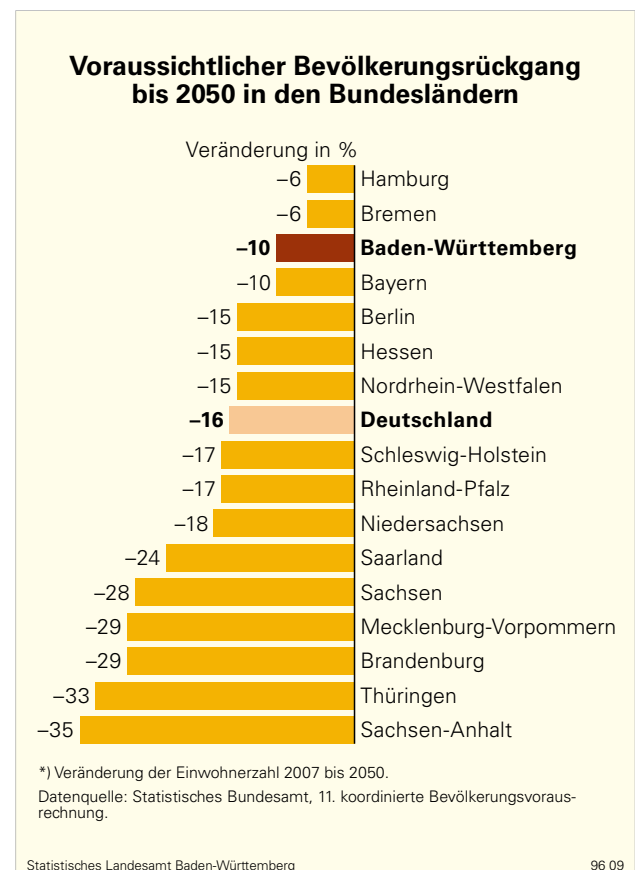


Schaubild 48



Demgegenüber haben die meisten westdeutschen Bundesländer – allen voran Baden-Württemberg gemeinsam mit Bayern – seither eine rasante Aufwärtsentwicklung erlebt. Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist lediglich in sechs Jahren (1974 bis

in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie in Baden-Württemberg und Bayern ausfallen. Dagegen ist in den ostdeutschen Ländern mit einer weiteren starken Abwärtsentwicklung der Einwohnerzahlen zu rechnen. So würden Sachsen-Anhalt

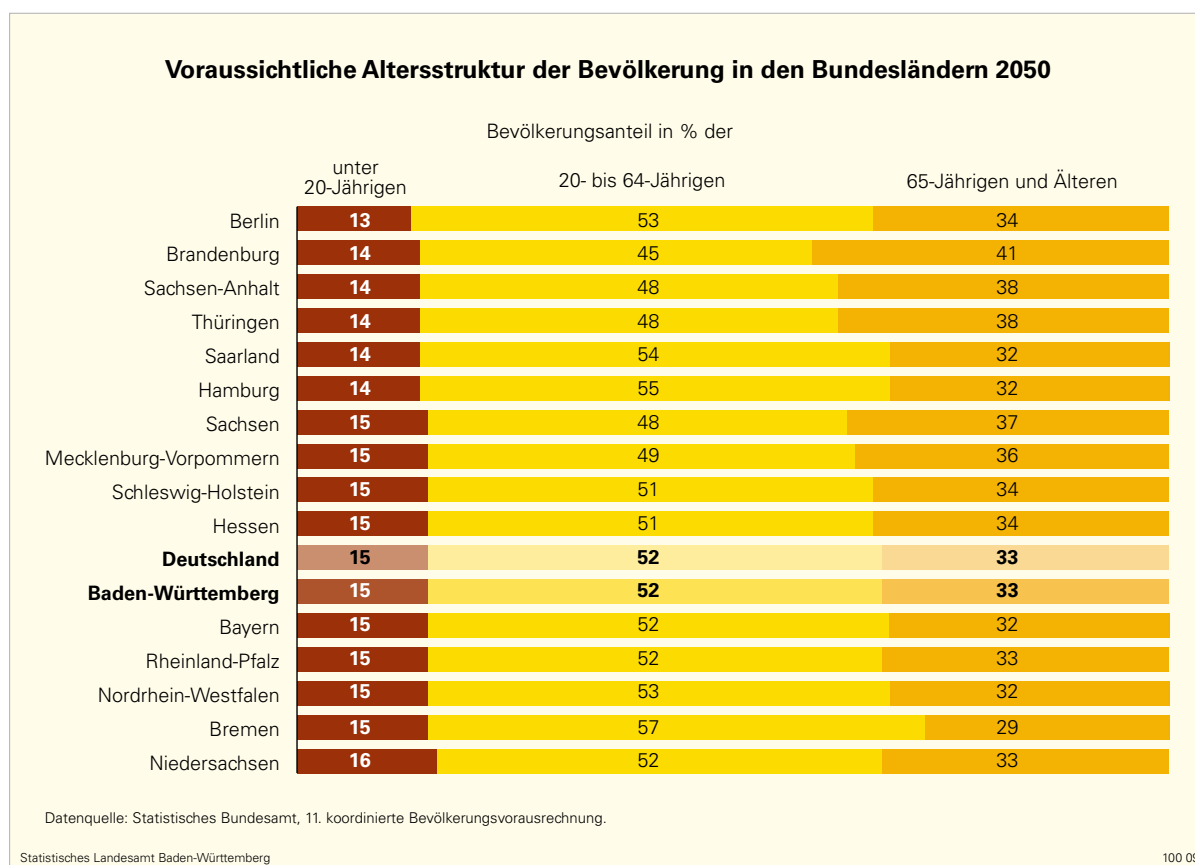
und Thüringen aus heutiger Sicht bis 2050 etwa ein Drittel ihrer derzeitigen Einwohnerzahl verlieren.

13.4 Altersstrukturen 2050 in den Bundesländern

In allen Regionen Deutschlands erwarten wir einen erheblichen Alterungsprozess der Bevölkerung. Das Land Brandenburg würde im Jahr 2050 mit rund 41 % den bundesweit höchsten Anteil an 65-jäh-

rigen und älteren Menschen haben. In den nord-, west- und süddeutschen Flächenländern läge ihr Bevölkerungsanteil dann jeweils bei rund einem Drittel. Erhebliche Unterschiede dürften sich künftig in den Anteilen der Erwerbsbevölkerung ergeben. Während in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes sowie in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen der Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen 2050 bei teilweise deutlich über 50 % der Bevölkerung läge, würde er in den ostdeutschen Ländern unter die Marke von 50 % fallen.

Schaubild 49





14. Globale Bevölkerungsentwicklung

14.1 Voraussichtliche Entwicklung der Weltbevölkerung

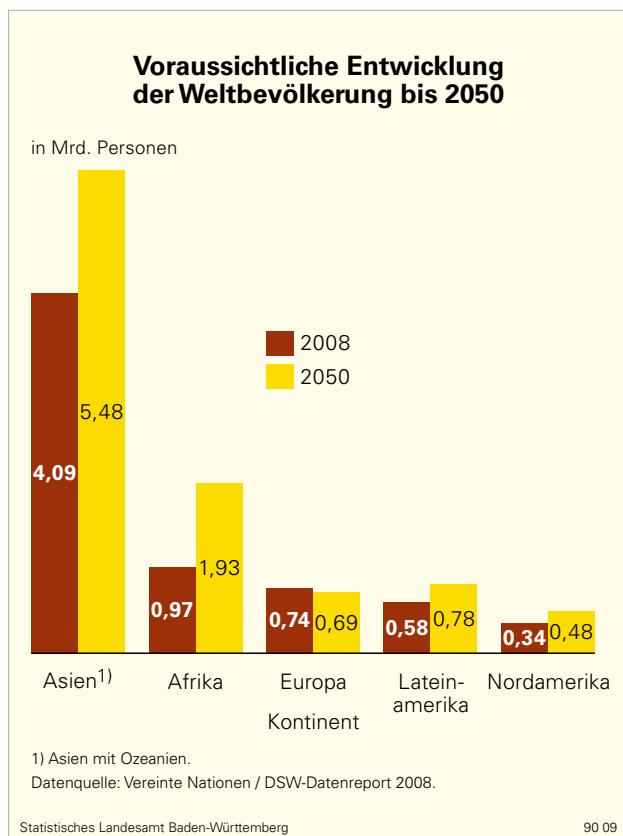
14.2 Künftige Alterung der Bevölkerung in Europa

14. Globale Bevölkerungsentwicklung

14.1 Voraussichtliche Entwicklung der Weltbevölkerung

Die aktuellen Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen zeigen auf, dass wahrscheinlich noch vor Mitte dieses Jahrhunderts über 9 Milliarden Menschen auf der Erde leben werden. Heute sind es etwa 6,7 Milliarden. Der jährliche Zuwachs entspricht der Bevölkerung Deutschlands – rund 82 Millionen Menschen! Diesen Vorausrechnungen liegt die Annahme zugrunde, dass die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von derzeit 2,6 weltweit bis 2050 stetig auf etwa 2 Kinder pro Frau absinken wird – doch aus heutiger Sicht wird der Rückgang der Geburtenzahlen in den einzelnen Ländern mit heute noch hohen Kinderzahlen eher langsamer und nicht einheitlich verlaufen.

Schaubild 50



Der größte Teil der Menschen wird auch in Zukunft in Asien leben. Die mit ca. vier Milliarden Menschen bevölkerungsreichste Region der Erde könnte bis 2050 ihre Bevölkerungszahl – ähnlich wie Lateinamerika – um etwa ein Drittel steigern. Am größten ist das Wachstumspotenzial des afrikanischen Kontinents: Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas voraussichtlich auf annähernd zwei Milliarden Menschen verdoppeln. Dagegen wird Europa der einzige Kontinent sein, dessen Bevölkerungszahl bis 2050 zurückgehen wird.

Innerhalb Europas könnte sich die Europäische Union etwas günstiger entwickeln: Die Bevölkerungszahl der 27 EU-Mitgliedsstaaten wird nach Berechnungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) von derzeit 495 Millionen auf knapp 521 Millionen im Jahr 2035 ansteigen und anschließend bis zum Jahr 2060 schrittweise auf etwa 506 Millionen zurückgehen. Die regionale Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft wird aber sehr unterschiedlich verlaufen: Zwischen 2008 und 2060 wird für 13 Mitgliedstaaten ein Bevölkerungsanstieg und für 14 Mitgliedstaaten ein -rückgang ermittelt. Das größte Bevölkerungswachstum wurde für Zypern (+ 66 %), Irland (+ 53 %), Luxemburg (+ 52 %), das Vereinigte Königreich (+ 25 %) sowie Schweden (+ 18 %) errechnet und die stärksten Rückgänge für Bulgarien (-28 %), Lettland (- 26 %), Litauen (- 24 %), Rumänien (- 21 %) und Polen (- 18 %). Für Deutschland wird ein Minus von 14 % erwartet.

14.2 Künftige Alterung der Bevölkerung in Europa

Die Bevölkerung in der EU wird in den nächsten Jahrzehnten stetig älter, insbesondere aufgrund der weiterhin geringen Geburtenhäufigkeit und einer steigenden Zahl von älteren Menschen. Dieser Alterungsprozess wird aller Voraussicht nach in allen Mitgliedstaaten stattfinden. Es wird erwartet, dass der Anteil der älteren Menschen (65 Jahre und älter) im Jahr 2060 in Luxemburg, im Vereinigten Königreich und in Dänemark mit Werten um 25 %

noch am niedrigsten liegen wird, dagegen in den osteuropäischen Staaten Polen, der Slowakischen Republik und in Rumänien mit 35 bzw. 36 % am höchsten sein wird. Der Anteil Deutschlands dürfte mit 32,5 % etwas über dem EU-Durchschnitt (30 %) liegen.

Aufgrund der stetigen Alterung der Bevölkerung wird sich der sogenannte Altersquotient, d.h. die Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren bezogen auf die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, in der EU von derzeit 25 % bis zum Jahr 2060 auf voraussichtlich 53 % mehr als verdoppeln. Anders ausgedrückt,

es wird damit gerechnet, dass 2060 nur zwei Personen im arbeitsfähigen Alter auf jeweils eine Person im Alter von 65 Jahren oder darüber kommen werden; derzeit beträgt dieses Verhältnis 4 zu 1. Es wird erwartet, dass dieser Altersquotient in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien und der Slowakischen Republik mit Werten von über 60 % am höchsten liegen wird; in Dänemark, Irland, Zypern, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich könnte diese Relation mit weniger als 45 % noch relativ günstig ausfallen. In Deutschland dürfte sich diese Quote von derzeit 30 % bis 2060 annähernd verdoppeln (59 %).

Schaubild 51

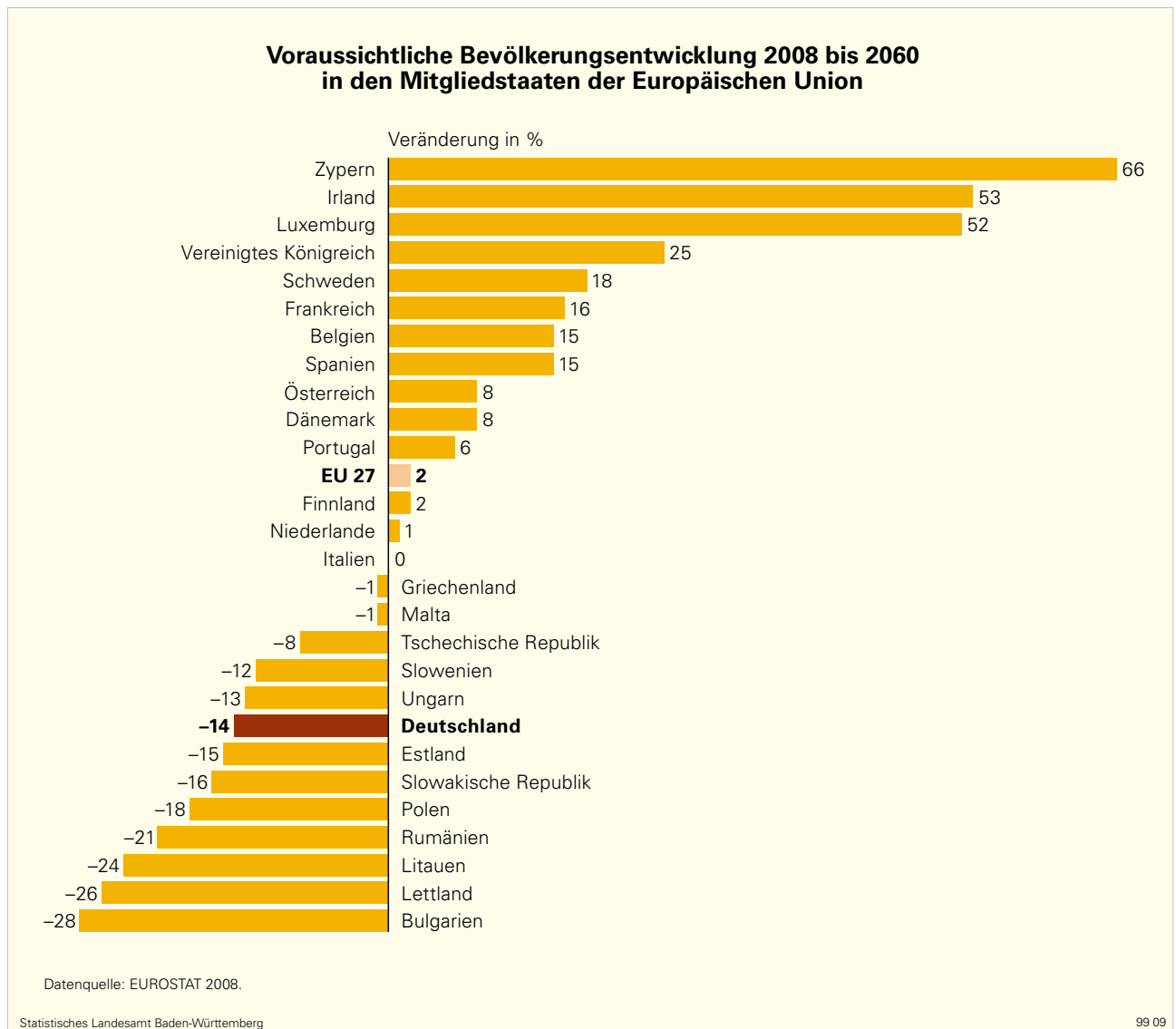
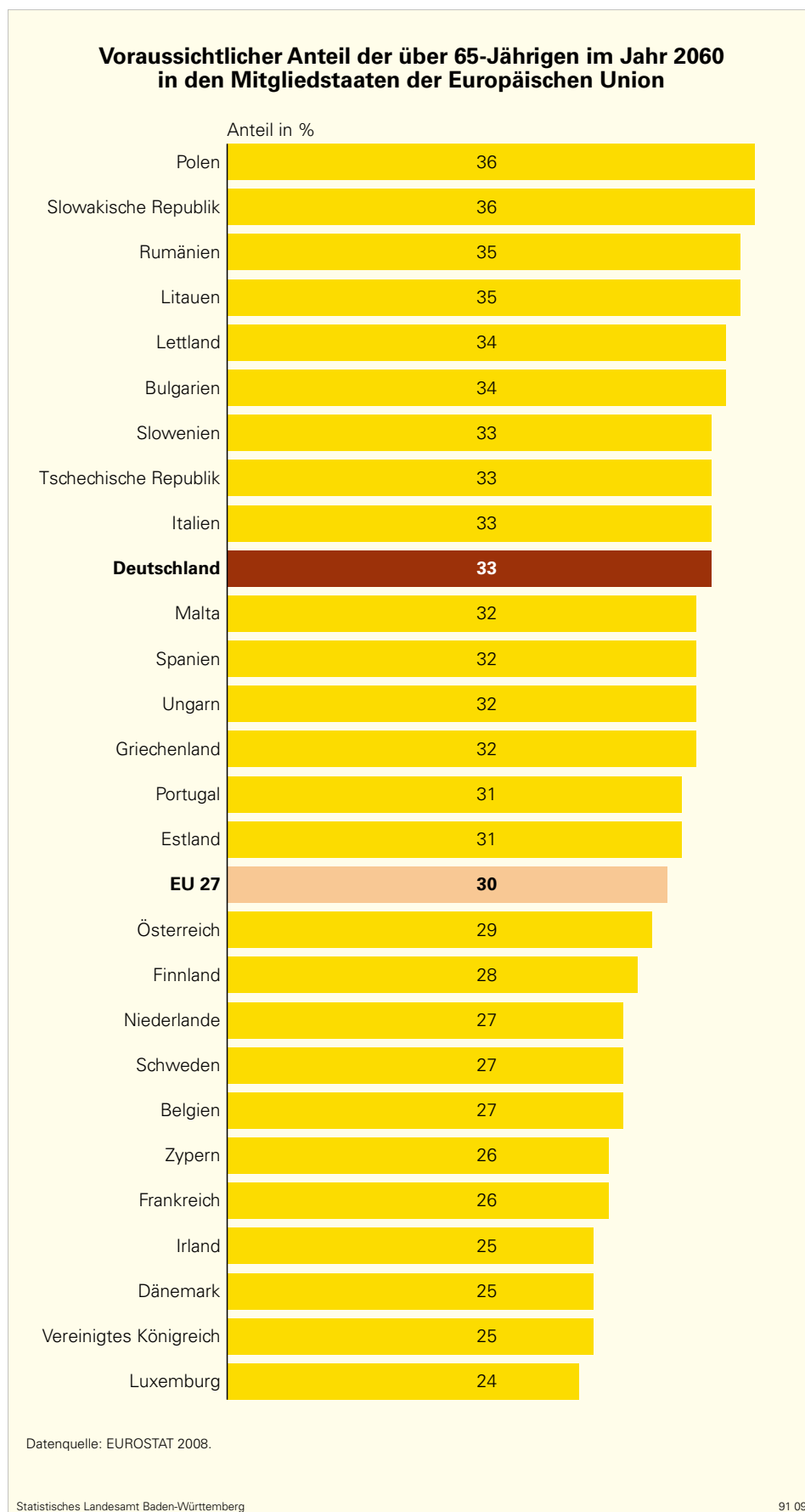


Schaubild 52





15. Konsequenzen und Chancen einer alternden Bevölkerung

15. Konsequenzen und Chancen einer alternden Bevölkerung

Ein afrikanisches Sprichwort sagt: „Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren. Die zweitbeste ist jetzt.“

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und -strukturen reicht mit ihren Auswirkungen in viele gesellschaftspolitische Handlungsfelder hinein. Häufig werden diese Auswirkungen erst allmählich sicht- und spürbar. In diesem Moment sind jedoch die zugrunde liegenden demografischen Vorgänge nicht mehr kurzfristig aufzuhalten oder umzukehren, weil es sich hier um langfristig wirksame Prozesse handelt. Deshalb ist es auch für die heutigen Planungs- und Gestaltungsaufgaben unerlässlich, sich rechtzeitig auf die sich abzeichnenden Veränderungen einzustellen – auch wenn das Jahr 2030 oder gar 2050 in weiter Ferne liegt.

Allerdings ist dabei eine Bewertung des demografischen Wandels als „Schreckensszenario“ ebenso fehl am Platz wie seine Nichtkenntnisnahme. Die Bevölkerung wird nämlich nicht immer nur deshalb älter, weil die Geburtenhäufigkeit zu gering ist, sondern weil die Lebenserwartung der Menschen stetig ansteigt. Die Menschen leben nicht nur länger, sie leben auch länger gesund. Aus der Gerontologie ist bekannt, dass ein 65-Jähriger von heute den Gesundheitszustand eines 58-Jährigen von vor 30 Jahren besitzt. Wir haben also sieben gesunde Jahre gewonnen. Weil sich damit wesentliche Merkmale des Altersbegriffs deutlich verändert haben, kann die Auffassung dessen, was „Alter“ bedeutet, nicht in der bisher üblichen Form bestehen bleiben. Es bedarf einer gesellschaftlich akzeptierten Neudefinition des Altersbegriffs.

Welche weiteren Schlussfolgerungen lassen sich heute ziehen, welche Chancen eröffnet der demografische Wandel?

- Selbst angesichts des drastischen Geburtenrückgangs in den 70er-Jahren hat unsere Ge-

sellschaft es viele Jahre weitgehend vermieden, sich mit steuernden Maßnahmen zur Geburtenförderung zu beschäftigen. Hier findet sich ein zentraler Ansatzpunkt, die Folgen der Alterung zumindest auf längere Sicht abzumildern. Da das Geburtenverhalten von sehr unterschiedlichen Faktoren beeinflusst wird, greift man aber zu kurz, wenn sich die Überlegungen nur auf ökonomische und materielle Aspekte beziehen. Vielmehr sind jungen Paaren vor allem auch bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie Familie und Beruf vereinbaren können. Und es geht auch um die Wertschätzung von Kindern – das Bewusstsein dafür, dass Kinder ein „Reichtumsfaktor“ sind und kein „Armutsfaktor“.

- Es wird in Zukunft weniger Schüler geben, die gesamte nachwachsende Generation wird zahlenmäßig kleiner. Daraus erwächst auch die Chance, schulische und berufliche Ausbildung qualitativ weiterzuentwickeln, aber ebenso die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass diese nachwachsenden Jahrgänge mit einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten Ausbildung ins Erwerbsleben eintreten können, um in einem stärker globalisierten Wettbewerb zu bestehen. Darüber hinaus wird es zusehends wichtiger, die heute sichtbaren Bildungsnachteile von Migrantenkindern abzubauen, um auf diese Weise Bildungsreserven besser auszuschöpfen.
- Angesichts niedrigerer Kinderzahlen im Betreuungsalter, rückläufiger Schülerzahlen und deutlich steigender Zahlen Pflegebedürftiger müssen die Kapazitäten der jeweiligen Infrastruktureinrichtungen qualitativ wie quantitativ angepasst werden.
- Die Befunde zur künftigen Entwicklung der Erwerbsbevölkerung führen zu dem Schluss, dass zum einen wachstumsbremsende Auswirkungen einer schrumpfenden Erwerbspersonenzahl durch eine höhere Erwerbsbeteiligung aufgefangen werden. Besonderer Handlungsbedarf besteht darin, die Erwerbsbeteiligung qualifiziert ausgebildeter Frauen zu stärken, ohne gleichzeitig eine

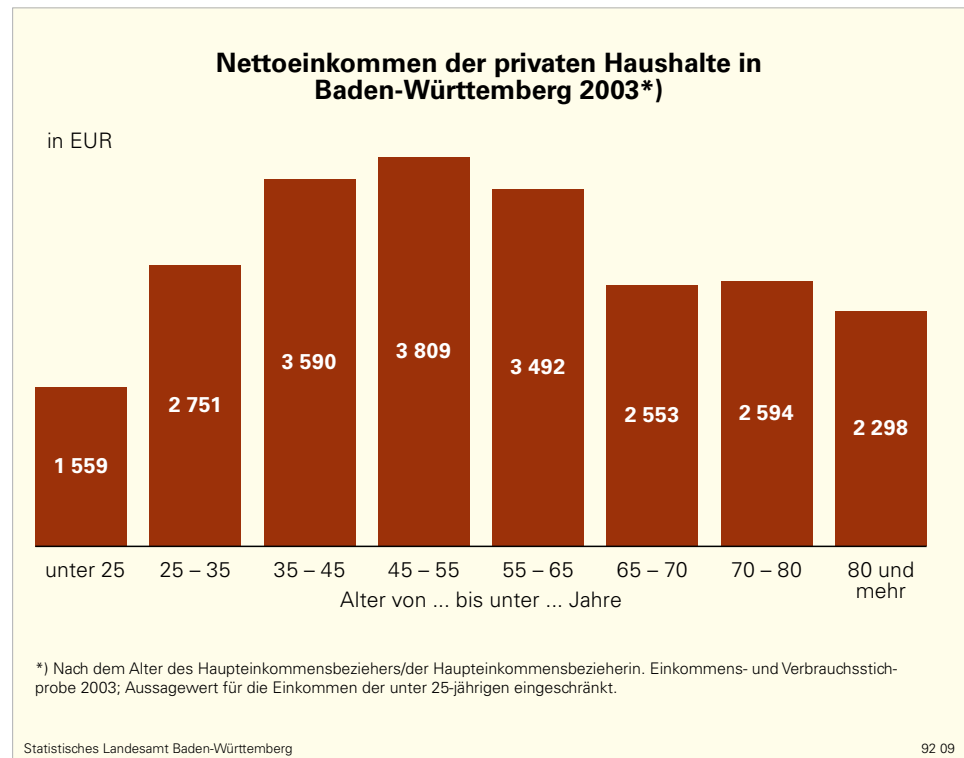
hohe Kinderlosigkeit in Kauf nehmen zu müssen. Hinzu käme eine bessere Bildungsintegration von Migranten mit dem Ziel, dass sie in verstärktem Maße qualifizierte Berufe ausüben können.

- Nicht nur die Bevölkerung insgesamt, auch die Erwerbstätigen werden im Schnitt immer älter. Dies wird oftmals als Problem angesehen, da Ältere weniger flexibel und nicht so belastbarer seien.

Tatsächlich gibt es aber keinen wissenschaftlichen Nachweis, dass die Menschen im Alter zwischen 50 und 60 Jahren weniger produktiv wären als jüngere (Prof. Dr. Axel Börsch-Supan). Zwar nimmt mit zunehmendem Alter die körperliche Leistungsfähigkeit ab, die aber in einer Wissensgesellschaft eine geringere Bedeutung hat. Dafür steigen mit zunehmendem Alter die Erfahrung, die Menschenkenntnis und das Organisationswissen. Es gilt diese Potentiale – gepaart mit einer verbesserten Fort- und Weiterbildung gerade im höheren beruflichen Alter und im Hinblick auf einen möglichen Facharbeitermangel – in Zukunft stärker zu nutzen.

- Wenn die Menschen länger leben, dann geben sie auch mehr Geld aus. Sie fragen eine ganze Reihe von Gütern und Dienstleistungen nach, die sie bisher nicht oder nicht in diesem Umfang in Anspruch genommen haben. Hier eröffnen sich also neue Wachstumschancen, beispielsweise im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen, aber auch für die Gestaltung der Freizeit sind steigende Ausgaben zu erwarten. Denn die Älteren verfügen über ein beacht-

Schaubild 53



liches Kaufkraftpotential: Das Nettoeinkommen eines Haushalts in Baden-Württemberg, dessen Haupteinkommensbezieher zwischen 65 und 80 Jahre alt ist, liegt nicht einmal ein Zehntel unter dem eines Haushalts mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter von 25 bis 35 Jahre. Und ein Haushalt, dessen Haupteinkommensbezieher zwischen 55 und 65 Jahre alt ist, verfügt über ein Nettoeinkommen, das immerhin um gut ein Viertel über dem eines „jungen Haushalts“ liegt. Es können deshalb diejenigen Unternehmer vom demografischen Wandel profitieren, die den Konsumgewohnheiten älterer Menschen Rechnung tragen und generationengerechte Produkte entwickeln.

- Die Menschen werden nicht nur älter, sie sind auch meist länger in einer guten körperlichen und geistigen Verfassung. Viele Ältere sind deshalb verstärkt bereit, ihre Zeit, ihre Tatkraft und ihre Kreativität in Sportvereinen, Bürgerstiftungen, in die Jugendarbeit und in zahlreichen anderen Initiativen einzubringen. Dieses freiwillige Engagement könnte das Miteinander der älteren und der jüngeren Generation fördern.



16. Spezielle Angebote des Statistischen Landesamtes zum demografischen Wandel und Anhang

- 16.1 Demografie-Spiegel – Ein Angebot des Statistischen Landesamtes
- 16.2 Familienfreundlichkeit – Serviceangebote der FamilienForschung
- 16.3 Demografische Zäsuren
- 16.4 Fachbegriffe und Methoden

16. Spezielle Angebote des Statistischen Landesamtes zum demografischen Wandel und Anhang

16.1 Demografie-Spiegel – ein Angebot des Statistischen Landesamtes

Der demografische Wandel hat nicht zuletzt für die Kommunen erhebliche Konsequenzen. Aus diesem Grund wurde im Auftrag der Staatsrätin für Demografischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium, Prof. Dr. Claudia Hübner, vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg unter Beteiligung des Städtetages Baden-Württemberg und des Gemeindetages Baden-Württemberg ein Demografie-Spiegel entwickelt.

Seit Mai 2008 steht auf der Homepage des Statistischen Landesamtes unter www.statistik-bw.de/Demografie-Spiegel dieses neue Informationsangebot zur Analyse des demografischen Wandels für alle Gemeinden in Baden-Württemberg zur Verfügung. Fragestellungen rund um das demografische Profil einer Gemeinde werden dort anhand von Grafiken, Karten und Tabellen dargestellt.



Dazu gehören Themenfelder wie „Familienfreundliches Wohnen“, „Familie und Beruf“, „Wirtschaft“, „Bildung und Qualifikation“ sowie Angaben zu den zentralen Fragen der demografischen Entwicklung:

- Wie verändert sich die Einwohnerzahl bis 2025?
- Wie stark ist die Kommune von Wachstum oder Schrumpfung betroffen?
- Für welche Altersgruppen ist die Kommune besonders attraktiv?

16.2 Familienfreundlichkeit – Serviceangebote der Familienforschung Baden-Württemberg

Familienfreundlichkeit hat sich in Zeiten gravierender demografischer Umbrüche und einer breiten gesellschaftlichen Bildungsdiskussion zu einem wesentlichen Standortfaktor entwickelt – sowohl im Wettbewerb der Unternehmen um qualifizierte Fachkräfte als auch im zunehmenden Wettbewerb der Kommunen als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Gefragt sind kreative Ideen und eine gezielte strategische und fachliche Unterstützung in der Planung und Umsetzung von Maßnahmen. Die Familienforschung Baden-Württemberg bietet ein breites Angebot an Beratungs- und Serviceleistungen für Kommunen und Unternehmen, die ihr familienfreundliches Profil weiter schärfen wollen:

- die „RegioKonferenzen für Familienfreundlichkeit“ zum Erfahrungsaustausch für Regionen, Landkreise und die dortigen Entscheidungsträger und Fachvertreter,
- die „Zukunftsforen Familien, Kinder & Kommune“ für die Information und Sensibilisierung der lokalen Akteure in Städten und Gemeinden,
- die „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ für die Entwicklung und Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen mit direkter Beteiligung der Bürgerschaft und
- das „Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg“ als Informations- und Beratungsangebot für Unternehmen, Kammern und Wirtschaftsförderung.

16.3 Demografische Zäsuren



16.4 Fachbegriffe und Methoden

Alten- und Jugendquotient

Bei Fragestellungen rund um unser Alterssicherungssystem werden der Alten- und Jugendquotient als bevölkerungsstatistische Indikatoren für die „Belastung“ der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) durch die Finanzierungsverantwortung für die Bevölkerung im noch nicht erwerbsfähigen Alter (unter 20-Jährige) und im nicht mehr erwerbsfähigen Alter (60 Jahre und älter) genutzt. Rechnerisch wird beim Altenquotienten die Zahl der 60-Jährigen und älteren auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren bezogen, beim Jugendquotienten die Zahl der unter 20-Jährigen auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren. Diese Altersgrenzen orientieren sich daran, dass zum einen die Erwerbsbeteiligung der unter 20-Jährigen sehr niedrig ist und zum anderen das durchschnittliche Rentenzugangsalter bei etwa 60 Jahren liegt. Für Alternativrechnungen wird häufig auch eine Altersgrenze von 65 Jahren zu Grunde gelegt.

Bevölkerungsvorausrechnungen

Der Zweck von Bevölkerungsvorausrechnungen besteht darin, Orientierungspunkte über mögliche, auf heutigen Erkenntnissen beruhende Entwicklungen von Zahl und Struktur der Bevölkerung zu liefern. Sie stellen eine wesentliche Grundlage dar, zum Beispiel für Planungen im gesamten Bildungsbereich, für Einschätzungen zum künftigen Erwerbspersonenpotenzial sowie für die Renten-, Gesundheits- und Sozialpolitik (hier besonders auch für ältere Menschen). Diese Vorausrechnungsergebnisse können zudem auch möglichen Handlungsbedarf in den verschiedenen Bereichen von Gesellschaft und Politik schon heute signalisieren.

Bevölkerungsvorausrechnungen können allerdings nur Gültigkeit unter den ihnen zugrunde gelegten Annahmen beanspruchen. Diese Annahmen betref-

fen die künftige Entwicklung der Geborenen- und Gestorbenenzahlen sowie der Zahl der Zu- und Fortzüge (Wanderungen). Sie dürfen daher nicht als vermeintliche „punktgenaue Vorhersagen“ missverstanden werden. Es handelt sich hier um „Wenn – Dann“-Aussagen. Dabei erweist sich gerade in Zeiten sprunghafter Veränderungen die Festlegung von Annahmen zur künftigen Entwicklung von Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungsbewegungen als besonders schwierig.

Rechnerisch werden Bevölkerungsvorausrechnungen als altersjahrgangsweise Fortschreibung einer nach Alter und Geschlecht gegliederten Ausgangsbevölkerung durchgeführt. Dabei erfolgt für jedes Vorausrechnungsjahr eine Einrechnung der zuvor getroffenen Annahmen zu den Geborenen- und Gestorbenenzahlen sowie zu den Wanderungen.

Regionalisierte Vorausrechnungen sind dabei mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, weil es nicht möglich ist, die erwartete Entwicklung kleinräumig exakt zu berücksichtigen. Dies hieße nämlich, insbesondere den geplanten Ausweis von Bauland oder die Schließung eines größeren Betriebs in einem Teilraum, der zu einem Bevölkerungswegzug führen könnte, in die Berechnungen einfließen zu lassen. Für solche kleinräumigen Vorausrechnungen sind deshalb nur „Status-quo-Prognosen“ möglich; das heißt die vergangene relative Entwicklung wird in die Zukunft fortgeschrieben. Hatte beispielsweise eine Kommune oder ein Landkreis in den vergangenen Jahren einen überdurchschnittlichen Wanderungsgewinn, so wird unterstellt, dass dies auch im Vorausrechnungszeitraum gilt.

Demografie

Gegenstand der Demografie ist die datengestützte Beschreibung und Analyse der Größe, des Wachstums und der Struktur einer Bevölkerung sowie der Vorgänge, die darauf einwirken. Dazu gehören die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung, das Wanderungsgeschehen, Eheschließungen und Ehe

lösungen. In diesem Rahmen umfasst Demografie auch die Analyse der vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und medizinischen Faktoren, die ihrerseits auf diese Bevölkerungsvorgänge Einfluss nehmen, und die Analyse der Rückwirkungen, die von den demografischen Größen auf die verschiedenen Gesellschaftsbereiche ausgehen. Daher zählen über zurückblickende und aktuelle Bevölkerungsanalysen hinaus ebenso Vorausrechnungen zu künftigen demografischen Entwicklungen und ihren Auswirkungen zum Themenfeld der Demografie. Eine grundlegend wichtige Datenbasis zur Beobachtung dieser Bevölkerungsvorgänge stellt die amtliche Bevölkerungsstatistik dar.

Geburtenrate

Als statistisches Maß für die Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wird die „zusammengefasste Geburtenziffer“ zugrunde gelegt. Dazu wird zunächst ermittelt, wie viele Kinder in einem Berichtsjahr (z. B. 2007) von Frauen in den einzelnen Altersjahren zwischen 15 und 45 bzw. 50 Jahren geboren wurden – üblicherweise bezieht man die Geborenenzahlen auf jeweils 1 000 Frauen gleichen Alters. Durch die Aufsummierung dieser „altersspezifischen Geburtenziffern“ erhält man eine Maßzahl, die zum Ausdruck bringt, wie viele Kinder von 1 000 Frauen während der Lebensphase von 15 bis 45 bzw. 50 Jahren zur Welt gebracht werden. Es handelt sich dabei allerdings um keine echte Verlaufsbetrachtung eines Frauenjahrgangs über seine Geburtenphase hinweg, sondern um eine Beschreibung der Geburtenverhältnisse in dem jeweiligen Berichtsjahr. Gleichwohl lässt sich die auf diese Weise berechnete Geburtenrate als Indikator für die durchschnittliche Kinderzahl je Frau interpretieren.

Generatives Verhalten

Die Entscheidung von Paaren, kein Kind, ein Kind oder mehrere Kinder zu bekommen, die Entschei-

dung in welcher Altersphase der Eltern Kinder zur Welt kommen, welcher zeitliche Abstand zwischen den Kindern liegen soll, und alle individuellen sowie gesellschaftlichen Faktoren, die diese Entscheidungen beeinflussen, bezeichnen den Bereich des generativen Verhaltens. Zu den individuellen Einflussfaktoren gehören u.a. die persönlichen Wertvorstellungen, Lebenspläne, Lebensstile sowie die materiellen Verhältnisse, die Wohnsituation und gesundheitliche Aspekte. Als gesellschaftliche Faktoren zählen beispielsweise die allgemeinen Wertvorstellungen zu Kindern und Familie, die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die materielle und immaterielle Förderung für Kinder und Familien. Alle diese Faktoren beeinflussen sich zudem häufig gegenseitig. Dadurch entsteht ein komplexes Geflecht von Faktoren, das auf das generative Verhalten einwirkt.

Erwerbsbeteiligung

Im Rahmen der 1 %-Stichprobenbefragung des Mikrozensus – der größten Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik – werden regelmäßig statistische Informationen u.a. zur Erwerbstätigkeit der Bevölkerung erhoben. Als Erwerbstätige gelten alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Erfassungszeitraum zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn oder Gehalt), in selbstständiger Tätigkeit oder als mithelfende Familienangehörige gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis standen. Zudem werden auch die Personen als Erwerbstätige gezählt, die wegen Krankheit, Urlaub oder Elternzeit nicht gearbeitet haben, aber in einem Arbeitsverhältnis stehen. Geringfügig Beschäftigte, Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende werden ebenfalls als Erwerbstätige erfasst. Nach Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit gegliederte Erwerbstätigenquoten ergeben sich als Prozentanteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Gruppe der Gesamtbevölkerung.

Familienstrukturen

Aus der 1 %-Stichprobenerhebung des Mikrozensus kann ermittelt werden, wie viele Kinder gegenwärtig, d.h. in dem jeweiligen Berichtsjahr, in den Haushalten und Familien leben. Um Informationen darüber zu erhalten, wie viele Frauen nach Beendigung ihrer Geburtenphase keine Kinder oder ein, zwei, drei oder mehr Kinder haben, wird die Gruppe der 35- bis unter 45-jährigen Frauen nach der Zahl der gegenwärtig bei ihnen lebenden Kinder gegliedert. Dahinter steht die Annahme, dass Frauen unter 35 Jahren ihre Geburtenphase noch nicht vollständig abgeschlossen haben und dass Frauen im Alter von 45 und mehr Jahren nur noch wenige Kinder zur Welt bringen. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass in dieser Altersphase der Frauen in der Regel auch ältere Kinder den elterlichen Haushalt noch nicht verlassen haben. Die Aussagen, die auf dieser Basis über die Verbreitung von Kinderlosigkeit oder von Ein-Kind-, Zwei-Kinder- oder Drei-Kinder-Familien getroffen werden, stellen somit in Teilen eine Schätzung dar.

Ab 2008 wurde im Rahmen des Mikrozensus auch nach der Zahl der jemals geborenen Kinder gefragt. Erste Ergebnisse zu diesem Thema werden im Sommer 2009 erwartet.

Krankheitskosten

Das Statistische Bundesamt erstellt seit 1992 statistische Informationen für das Bundesgebiet aus verschiedenen Quellen über Strukturen und Entwicklungen im Gesundheitswesen im Rahmen von gesundheitsbezogenen Rechensystemen. Hierzu gehören Datenzusammenstellungen zu den gesamten Gesundheitsausgaben und zum Personal im Gesundheitswesen. Seit 2002 ist dieses Rechensystem durch eine Krankheitskostenrechnung ergänzt worden. Die Krankheitskosten umfassen die laufenden Gesundheitsausgaben in ambulanten, stationären und teilstationären Einrichtungen, des Gesundheitsschutzes, der Verwaltung, sonstiger Einrichtungen und die Gesundheitsausgaben der privaten Haus-

halte. Nicht mit eingerechnet werden Investitionen und Einkommensleistungen. Die errechneten Krankheitskosten lassen sich getrennt nach Altersgruppen der Männer und Frauen darstellen sowie aufgeteilt nach Krankheitsarten. Auf Landesebene liegen die Daten in dieser Form nicht vor.

Lebenserwartung

Als Kennzahl, die die Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung zusammenfassend beschreibt, wird im Allgemeinen die durchschnittliche Lebenserwartung neugeborener Mädchen und Jungen verwendet.

Diese Information lässt sich durch Berechnung von Sterbetafeln ermitteln. Hier wird u.a. berechnet, wie ein fiktiver Jahrgang von jeweils 100 000 gleichzeitig geborenen Mädchen und Jungen im Laufe seines Lebens durch Tod dezimiert wird. Auf dieser Basis lässt sich für jedes erreichte Altersjahr die dann noch zu erwartende Lebensdauer errechnen. Dabei handelt es sich um Durchschnittsangaben, von denen individuelle Sterberisiken bzw. Lebenserwartungen natürlich deutlich abweichen können. Da sich die Basisdaten dieser Art von Sterbetafelberechnungen auf einen bestimmten Zeitraum beziehen (z. B. 2005/07) – also sogenannte Querschnittsdaten und keine Verlaufsdaten sind – wird eine lebenslaufbezogene Betrachtung damit lediglich simuliert. Gleichwohl stellen Sterbetafelberechnungen eine unentbehrliche Grundlage beispielsweise für die private und öffentliche Versicherungswirtschaft im Bereich der Alters- und Lebensversicherungen dar.

Migranten

In den Bevölkerungs-, Sozial- und Bildungsstatistiken wird häufig nach deutscher und ausländischer Bevölkerung – und manches Mal sogar nach einzelnen Staatsangehörigkeiten – unterschieden. Dies geschieht aus der Erfahrung, dass sich die Lebenssituationen dieser Bevölkerungs-

gruppen nach wie vor unterscheiden können. Zur ausländischen Bevölkerung zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind. Spätaussiedler und Personen, die neben der deutschen auch eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen, werden statistisch meistens als Deutsche gezählt.

Bei Personen, die durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, lässt sich in der Regel nicht mehr der Migrationshintergrund statistisch nachzeichnen. Allerdings werden seit 2005 im Rahmen des Mikrozensus Fragen zum Migrationshintergrund berücksichtigt (siehe „Migrationshintergrund“).

Als eine wichtige Grundlage zur laufenden Beobachtung des Migrationsgeschehens dient die amtliche Wanderungsstatistik. Hier werden die Wanderungsströme von Deutschen und Ausländern nach Herkunfts- und Zielgebieten (innerhalb eines Bundeslandes, zwischen den Bundesländern Deutschlands und zwischen Inland und einzelnen ausländischen Staaten) erfasst.

Migrationshintergrund

Erstmals wurden 2005 im Rahmen des Mikrozensus Fragen zum Migrationshintergrund der Bevölkerung gestellt. Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen alle in Deutschland lebenden Ausländer sowie Deutsche mit Migrationshintergrund. Die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund umfasst hierbei unter anderem Spätaussiedler und Eingebürgerte sowie deren Kinder.

Pflegebedürftigkeit

Aus der amtlichen Pflegestatistik lassen sich Informationen über die Zahl der Pflegebedürftigen in den einzelnen Altersgruppen gewinnen. Pflegebedürftige sind in der ganz überwiegenden Zahl ältere Menschen, die nicht in der Lage sind, den Alltag ohne fremde Hilfe zu bewältigen. Die Anga-

ben zu den altersspezifischen Pflegehäufigkeiten, d.h. zum Anteil der Pflegebedürftigen eines bestimmten Alters an allen Personen gleichen Alters, bilden die Grundlage zur Vorausberechnung der durch die Bevölkerungsentwicklung bedingten künftigen Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen.

Vorausrechnungen zur Mobilitätsentwicklung

Grundlage der Vorausrechnungen zur künftigen Mobilitätsentwicklung bilden Angaben zum Mobilitätsverhalten der Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen (gemessen an den zurückgelegten Wegestrecken). Diese Daten werden rechnerisch verknüpft mit den Angaben zur künftigen Bevölkerungsentwicklung.

Rechenvarianten ergeben sich insbesondere durch verschiedene Annahmen zur Höhe der Mobilität in den einzelnen Altersgruppen. Basis dieser Berechnungen sind die Mobilitätsverhältnisse des Jahres 2002. Aktuellere Ergebnisse werden im Laufe des Jahres 2009 vorliegen.

Wanderungsgewinn

Die amtliche Wanderungsstatistik erfasst die Zu- und Fortzüge über die Grenzen der verschiedenen Gebietseinheiten: Über die Gemeinde- und Kreisgrenzen, über die Landesgrenze und über die Bundesgrenze. Für jeden Wanderungsstrom stehen Informationen über den jeweiligen Herkunfts- und Zielort zur Verfügung. Mit diesen Angaben lassen sich z.B. die Wanderungsströme zwischen Baden-Württemberg und dem übrigen Bundesgebiet sowie dem Ausland darstellen.

In der Bilanz aus Zu- und Fortzügen ergibt sich als Saldo ein Wanderungsgewinn (Nettozuwanderung), wenn die Zahl der Zuzüge höher ist als die Zahl der Fortzüge und ein Wanderungsverlust (Nettoabwanderung), wenn die Zahl der Fortzüge die der Zuzüge überwiegt.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen
Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek

Öffentliche statistische Fachbibliothek
Telefon 0711/641-28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen
aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax 641-13 40 62

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg • Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40 • poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de